

epd Dokumentation online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Direktor Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Bert Wegener.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Karsten Frerichs.

Verantwortlicher Redakteur epd-Dokumentation: Uwe Gepp

Erscheinungsweise: einmal wöchentlich, online freitags.

Bezugspreis:

- **Online-Abonnement** „epd Dokumentation“ per E-Mail: monatl. 29,40 Euro, jährlich 352,80 Euro, 4 Wochen zum Ende des Bezugsjahres kündbar. Der Preis für das Online-Abonnement schließt den Zugang zum digitalen Archiv von epd-Dokumentation (ab Jahrgang 2001) ein.

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-225,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: kundenservice@gep.de

Redaktion (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209

Fax: 069/58098-294, E-Mail: doku@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für „epd Dokumentation“ gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. „epd Dokumentation“, bzw. Teile daraus, darf nur mit Zustimmung des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbreitet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de.

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

Dokumentation

Frankfurt am Main ■ 6. Juli 2021

www.epd.de

Nr. 27

■ Evangelische Akademien: Streiten lernen und Brücken bauen – Demokratieförderung in Vergangenheit und Zukunft

Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll 2021 in Kooperation mit dem Verein für württembergische Kirchengeschichte (digital), 26.-27. März 2021

Impressum

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evangelischen Publizistik (GEP)
gGmbH
Anschrift: Emil-von-Behring-Str. 3,
60439 Frankfurt am Main.
Briefe bitte an Postfach 50 05 50,
60394 Frankfurt

Geschäftsführer:
Direktor Jörg Bollmann
Verlagsleiter:
Bert Wegener
epd-Zentralredaktion:
Chefredakteur: Karsten Frerichs

epd-Dokumentation:
Verantwortlicher Redakteur:
Uwe Gepp
Tel.: (069) 58 098 -135
Fax: (069) 58 098 -294
E-Mail: doku@epd.de

Der Informationsdienst
epd-Dokumentation dient der
persönlichen Unterrichtung.
Nachdruck nur mit Erlaubnis und
unter Quellenangabe.
Druck:
Strube Druck & Medien GmbH
Stimmerswiesen 3
34587 Felsberg

■ Streiten lernen und Brücken bauen

Die evangelischen Akademien sind nach 1945 auch als Antwort auf das Versagen der Kirchen im Nationalsozialismus gegründet worden, aber auch als Lernorte der Demokratie in einer neuen Gesellschaft. Dies trifft besonders auf die Evangelische Akademie Bad Boll zu, die wenige Monate nach dem Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus am 29. September 1945 (Michaelistag) zur ersten Tagung im Kurhaus Bad Boll einlud. »14 Tage der Besinnung für Männer des Rechts und der Wirtschaft« hieß es in der Einladung, die der damalige Landesbischof Theophil Wurm Ende August 1945 versenden ließ:

»Unter den schwierigen Umständen muss unser Volk beginnen, eine neue Grundlage seines Daseins, eine neue Ordnung seines Lebens und eine neue Zukunft für seine Jugend zu erringen. Viele von Ihnen, meine Herren, sind im besonderen berufen, an diesem Neubau unseres Volkes führend und helfend mitzuwirken.«

Mit finanzieller Unterstützung durch US-amerikanische Kirchen sowie durch Gelder aus der US-amerikanischen Besatzungszone gelang sehr schnell ein Ausbau der Akademiearbeit. Verbunden mit der finanziellen Unterstüt-

zung war die Erwartung, dass die neue Diskurskultur den Boden für einen demokratischen Aufbau der deutschen Gesellschaft mitbereiten würde.

Anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Evangelischen Akademie Bad Boll waren neben dem Festakt mehrere Tagungen geplant. Der Festakt konnte am 26. September 2020 u.a. mit dem Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble, Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Landesbischof Dr. h.c. Frank Otfried July unter erschwerten Bedingungen stattfinden – nicht jedoch die s.g. »Brückentagung«, die hier dokumentiert wird und 2021 coronabedingt digital nachgeholt wurde.

Zwei leitende Fragen bestimmten diese Tagung: Erstens ging es um die Frage, wie die Akademie in den Jahren nach 1945 mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umgegangen ist. Wie hat sie sich zu den belasteten Persönlichkeiten verhalten, die wieder Teil des öffentlichen Lebens wurden? Dazu hatte die Evangelische Akademie Bad Boll 2017 einen Auftrag an die Theologin Dr. Sabrina Hoppe erteilt, die s.g. »Soldaten-Tagungen« sowie die auch damals umstrittene »Nazi-Tagung« (1952) aufzuarbeiten. Sabrina Hoppe sollte neben Prof. Dr. Norbert Haag, dem Leiter des

landeskirchlichen Archivs, und zwei Zeitzeugen die Ergebnisse ihrer Forschungen im Archiv der Akademie vorstellen.

Können wir aus dem damaligen Umgang mit rechten Kräften inmitten der Gesellschaft etwas für die heutige Situation lernen? Vor welchen Herausforderungen steht die Demokratie heute? Welche Aufgabe kommt dabei den Evangelischen Akademien zukünftig zu? Dies war die zweite Fragestellung, die die Tagung bestimmte. Dazu leisteten u.a. Prof. Dr. Paul Nolte, Prof. Dr. Reiner Anselm und Prof. Dr. Elisabeth Gräß-Schmidt wegweisende Beiträge.

Die vorliegende Dokumentation möge in diesem Sinne zur Positionierung um den aktuellen Auftrag der Akademien einen Beitrag leisten – und das in einer Zeit, in der die finanziellen Ressourcen geringer werden. Dass den Akademien zur Absicherung von Pluralität gerade aus der christlichen Perspektive heraus ein eklatant wichtiger Auftrag zukommt, kann diese Dokumentation belegen.

Prof. Dr. Jörg Hübner, Direktor der Ev. Akademie Bad Boll

Quellen:

Evangelische Akademien: Streiten lernen und Brücken bauen – Demokratieförderung in Vergangenheit und Zukunft

Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll (digital), 26.-27. März 2021 in Kooperation mit dem Verein für württembergische Kirchengeschichte

Bildnachweis:

S. 4: Giacinto Carlucci, S. 7: Medienhaus/OKR, S. 11: privat, S. 28: Solveig Böhl, S. 35: Freie Universität Berlin/B. Wannenmacher, S. 38: Christl Metzenrath, S. 41: Norbert Neetz/epd

Inhalt:

Evangelische Akademien: Streiten lernen und Brücken bauen – Demokratieförderung in Vergangenheit und Zukunft Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll (digital), 26.-27. März 2021

▶ Akademiedirektor Prof. Dr. Jörg Hübner: Begrüßung	4
▶ Prof. Dr. Norbert Haag: Kriegsende als Neuanfang?	7
▶ Pfarrerin Dr. Sabrina Hoppe: War denn wirklich alles falsch?	11
▶ Dipl. Psych. Adelheid Müller-Knauß: Rede zur »Brückentagung« der Ev. Akademie	16
▶ Fragen und Diskussion	18
▶ Pfarrerin Dr. Sabrina Hoppe: »Was ist des Deutschen Vaterland?« – Die Tagungen der Jungen Generation in Bad Boll in den 1960er Jahren – auch ein Rückblick auf die Akademiegeschichte?	23
▶ Dr. Klaus Hirsch: Impuls eines Zeitzeugen	27
▶ Arnd Henze: Kann Kirche Demokratie? Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn	28
▶ Diskussion und Gespräche	31
▶ Prof. Dr. Paul Nolte: Lernprozesse in der Demokratie. Historische Erfahrungen und zukünftige Herausforderungen	35
▶ Prof. Dr. Reiner Anselm: Wir brauchen die Auseinandersetzung! Gesellschaftliche Betrachtungen und theologische Impulse im Zeitalter des Populismus	38
▶ Prof. Dr. Elisabeth Gräß-Schmidt: Verantwortung wagen – die evangelischen Akademien im Dienst des Aufbaus und der Bewahrung der Demokratie	41
▶ Diskussion und Gespräche	45
▶ Und was nun? Resümee während einer Podiumsdiskussion	51

Begrüßung

Akademiedirektor Prof. Dr. Jörg Hübner

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Tagungsgäste,

herzlich heiße ich Sie zur Tagung »Brücken bauen und streiten lernen« willkommen. Ich freue mich, dass Sie an einem Prozess teilhaben und sich daran aktiv beteiligen, der für unsere Akademie sehr wichtig ist:

Mit welcher Vision gehen wir in unserer Evangelischen Akademie zusammen mit Ihnen voran?

Welchen Beitrag leisten wir in einer Evangelischen Akademie zusammen mit Ihnen zur Förderung der Demokratie?

Ich freue mich auf Ihre Anregungen und auf die Impulse der Expert_innen, die wir eingeladen haben. Herzlich heiße ich deswegen die Referentinnen und Referenten unserer Tagung unter uns willkommen. Und herzlich bedanke ich mich beim Verein für Württembergische Kirchengeschichte für die Kooperation sowie bei den vier Politischen Stiftungen für die Mitwirkung an der Brückentagung.

Die Corona-Pandemie überlagert ja jede Erinnerung an das, was uns vor Corona beschäftigte. Und dennoch: Erinnern Sie sich möglicherweise noch an die Weihnachtsansprachen des Bundespräsidenten 2018 und 2019?

Die beiden Ansprachen bildeten einen Zusammenhang, und in beiden Reden ging es um die Rolle der Sozialen Medien, um den Zusammenhalt der Gesellschaft, um Streitkultur und Demokratie. 2018 sagte Frank-Walter Steinmeier: »Das ist das Schöne und das Anstrengende an der Demokratie zugleich. Wir müssen wieder lernen, zu streiten, ohne Schaum vorm Mund, und lernen, unsere Unterschiede auszuhalten. Wer Streit hat, kann sich auch wieder zusammenraufen. [...] Sprechen Sie mit Menschen, die nicht Ihrer Meinung sind!« Streiten ohne Schaum vor dem Mund haben – ein weises und mutiges Wort. Und ein Jahr später, 2019, kurz bevor die aktuelle Krise

alles weitere Reflektieren über den Corona-Haufen warf, sagte er: »Was machen wir jetzt mit all diesem Streit? Wie wird aus Reibung wieder Respekt? Wie wird aus Dauerempörung eine ordentliche Streitkultur? Wie wird aus Gegensätzen Zusammenhalt? [...] Wir brauchen die Demokratie – aber ich glaube: derzeit braucht die Demokratie vor allem uns!« Der Bundespräsident wollte allen Bürgerinnen und Bürgern Mut machen, sich aktiv für die Demokratie einzusetzen und die Stimme zu erheben: ehrlich und wahrhaftig.

Die Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft, die Frage nach dem, wo Brücken entstehen und Streiten sinnvoll ist, war bis zum 16.

März 2020 das Mega-Thema unserer Gesellschaft, und diese Frage wird es nach Corona wieder sein. Möglicherweise noch mehr denn je. Denn nur oberflächlich hat die Exekutive in der Corona-Krise, hat die gemeinsame Bereitschaft zum Zusammenhalt auf Balkonen in einer Zeit der Krise die Gräben zuge-

schüttet. Wir haben es an den Debatten um Verschwörungsmymen sowie in den heftigen Auseinandersetzungen mit Vertretern der Querdenker-Bewegung spüren können: Der Zusammenhalt der Gesellschaft ist und bleibt DIE Herausforderung in Zeiten, in denen wir vor nichts anderem stehen, als vor einer tiefgreifenden Transformation der spätkapitalistischen Gesellschaft. Und diese Transformation wird mit der Corona-Krise noch mehr an Fahrt aufnehmen.

Die Evangelische Akademie Bad Boll hat seit ihrer Gründung in den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ihren Auftrag wahrgenommen: Brücken bauen und streiten lernen. Respektvoll. Achtsam. Reflektiert und bedacht. Im »Lichte des Evangeliums«. Nicht zufällig ist so die Brücke zum Logo der Akademie geworden. Sie kennen dieses Logo, diese Brücke in Blau.





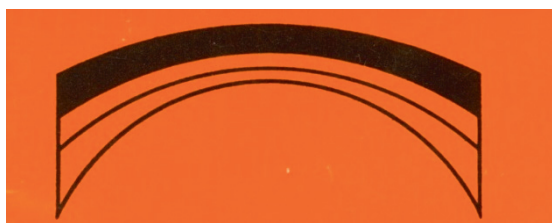
Die Brücke dieses Logos kennt noch nicht das andere Ufer, die andere Seite. Die Richtung weist nach vorne, verbunden mit dem Namenszug der Akademie. Hier, in Bad Boll, entstehen Visionen und zukunftsweisende Ideen. So verstehe ich die Bildersprache dieses Logos in der aktuellen Form.

Aber das Logo hatte nicht immer diese Gestalt. In den siebziger Jahren sah es so aus:



Eine praktische, kompakte Brücke. Alles war in der Farbe Orange gehalten. Damals sprach man hier vom »Juso-Orange« – ein Hinweis darauf, dass die Akademie ein Faktor war, dass sie sich klar positionierte und Farbe bekannte. So, wie diese kompakte Brücke als Bollwerk im Namenszug verankert war. Es war die Zeit, als eine konservative Regierung das Land prägte, eine Zeit, in der die Akademie sich Avantgarde der Moderne gegenüber einem konservativ verankerten Lebensgefühl verstand.

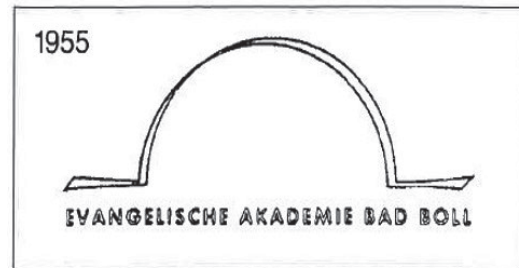
Gehen wir noch einen Schritt weiter zurück: In den 1960er Jahren sah das Logo der Brücke so aus:



Die Form des Regenbogens mit drei Farbschattierungen prägte das Logo. Farblich sollte die Akademie werden. Die unterschiedlichen Positionen, auch die Farben der Straße, die Farben der Jugend, die Farben der APO-Bewegung sollten in der Akademie aufstrahlen können. Das war die

Zeit, in der Rudi Dutschke und Ernst Bloch in der Akademie miteinander stritten. Zeit des Aufbruchs. Zeit des Wandels. Zeit des Abschieds vom Muff unter den Talaren.

Und das war das ursprüngliche Logo der Akademie in den frühen 1950er Jahren, der Zeit also, der wir uns heute Nachmittag zunächst zuwenden:



Damals verband mit dem Neubau des Hauptgebäudes eine Brücke die alte Villa Vopelius mit dem neuen Bettenhaus. Diese Brücke zwischen alt und neu, zwischen Tradition und Innovation, zwischen der belastenden Geschichte und dem Start in eine neue Zeit bestimmte die Akademiearbeit des ersten Jahrzehnts. Zugleich ist diese Brücke nun in der Form eines Omega gefasst und erinnert an ein biblisches Wort aus der Johannesoffenbarung: »Ich bin das A und das O, der Erste und der Letzte, der Anfang und das Ende.« Durch dieses christliche Brückentor, durch dieses Omega, so die Bildsprache, kann jede und jeder hindurchgehen. Und in der Tat: Das war damals die feste Überzeugung der Verantwortlichen hier im Haus: Das christliche Denken ist das einzig Vernünftige jenseits der Extreme. Die christliche Überzeugung verbindet. Das christliche Modell der Gemeinde, der zusammenhaltenden Gemeinschaft, ist auch ein Modell für die Gesellschaft nach dem Ende des Weltkriegs.

Heute staunen viele Zeitgenossen nur noch über den damals vertretenen christlichen Missionswillen in gesellschaftlicher Ausprägung. Ich habe es aktuell in meinen Forschungen zur Geschichte des KDA (Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt) in Württemberg wieder einmal wahrnehmen dürfen: Die Keimzelle des bundesweiten KDA findet sich in Bad Boll, nämlich in der Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, die hier 1951 gegründet wurde und deren erster Vorsitzender selbstverständlich Eberhard Müller war. Er baute zusammen mit Jörg Simpfendörfer, dem ersten Arbeiterpfarrer in der gesamten EKD (Evangelische Kirche in Deutschland), christliche Betriebszellen in den Betrieben Württembergs auf. Diese christ-

lichen Betriebszellen, die in diesen Begegnungen am Ort des Betriebes erlebbar waren, wurden bewusst als Bollwerke gegen den Kommunismus in den Gewerkschaften verstanden. Vollkommen selbstverständlich gelang es auf diese Weise, Hunderttausende von D-Mark in die Akademie zu holen – vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen unter der Leitung von Jakob Kaiser. Die Brücke von damals war die durch und durch christliche Brücke. Die Brücke von damals war die Vorstellung der christlichen Gemeinde. Die Brücke von damals war eine Brücke der christlichen Harmonie. Sie war eine Brücke, die zum reibungslosen Fluss der wirtschaftlichen Kräfte in der entstehenden Bundesrepublik und in Württemberg mit seiner Industrielandschaft beitrug. Auf dieser Brücke konnten auch die Kräfte und Energien der Vergangenheit mitgenommen und verändert werden.

Lassen Sie uns dies im Rückblick mehr und mehr verstehen, liebe Gäste. Lassen Sie uns die Kontur dieser Brücke in den 1950er Jahren ausloten. Aus dieser Vergangenheit kommen wir her, und von dieser Vergangenheit aus lässt sich auch verstehen, was aus der Akademie mit ihren reichhaltigen Facetten geworden ist.

Und selbstverständlich: Es ist nun zu prüfen, was heute dran ist und was heute gebraucht wird. Ich bin sicher, dass wir hier vor neuen Aufgaben stehen und die Kontur der Brücke heute eine andere ist. Möglicherweise ist es sogar gar nicht

mehr die Brücke, die das zukünftige Logo der Akademie sein wird. Denn: Brauchen wir nicht heute mehr denn je einen Think-Tank, der nach vorne weist, der innovativ wirkt, der sich von der Vergangenheit löst und Neues erprobt? Brauchen wir nicht für unsere Demokratie auch kommunizierbare, nachvollziehbare ethische Werte, die tragen?

Wir sind in dieser Tagung gemeinsam auf dem Weg, und ich bin sehr gespannt, was am Ende stehen wird. Unsere Diskurse werden gewiss eine Wirkung haben, wenn es um eine Ortsbestimmung der Gegenwart für unsere Akademie geht. In diesem Sinne freue ich mich auf die nächsten Stunden.

Und: Damit ich nun wirklich die Rolle des Akademiedirektors habe und mitdiskutieren kann, gebe ich die Moderation ab. Ich übergebe sie in die wunderbaren Hände von Anja Reichert-Schick und Wolfgang Mayer-Ernst. Vielen Dank dafür. Vielen Dank für die Vorbereitung und die Zeit. Vielen Dank für Euer Engagement, liebe Anja und lieber Wolfgang.

Noch einmal allen: Herzlich willkommen! 

Zur Entwicklung des Akademie-Logos siehe auch:
<http://u.epd.de/1vrf>

Kriegsende als Neuanfang?

Prof. Dr. Norbert Haag, Leiter des Landeskirchlichen Archivs Stuttgart

Die Evangelische Landeskirche im Ausklang der Ära Wurm (1945-1948)

Die Evangelische Landeskirche im Ausklang der Ära Wurm (1945-1948) in nur 15 Minuten charakterisieren zu wollen, kommt der Quadratur des Kreises gleich. Es macht es unumgänglich, aus der Fülle des Berichtswerten Weniges, als Fundament erachtet, herauszugreifen und pointiert zugespitzt zur Diskussion zu stellen.¹ Angesichts dieser Prämissen habe ich mich entschieden, Ihnen kein Kurzreferat zu bieten, sondern stattdessen wenige Thesen zur Diskussion zu stellen. In der evangelischen Kirchengeschichte hat dieser Ansatz ja Tradition. Ich kann sie aber beruhigen: es werden deutlich weniger als 95 sein.

1. Von der protestantischen Emphase des Jahres 1933 zum Rückblick auf 12 Jahre nationalsozialistischer Diktatur: Was blieb?

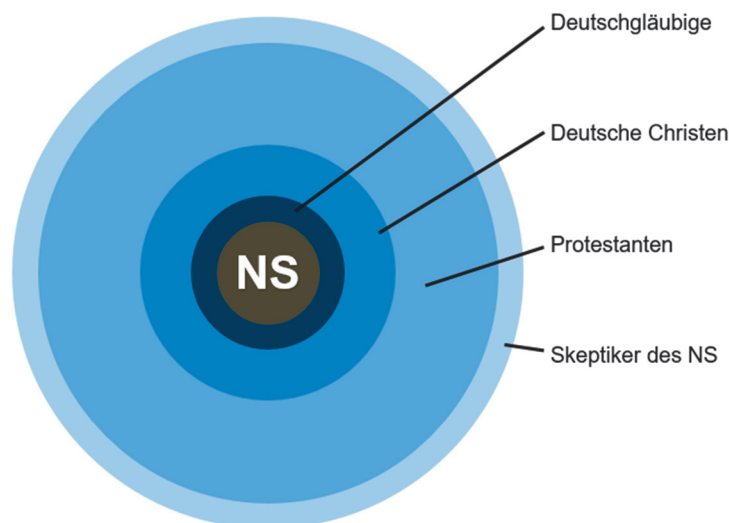
Am konzisesten ließe sich die Affinität von Protestantismus und Nationalsozialismus in der

Stunde ihrer entscheidenden Begegnung 1933 wohl im Bilde konzentrischer Kreise zum Ausdruck bringen: Mit einem äußeren (schmalen) Kreis früher Gegner oder zumindest Skeptiker des Nationalsozialismus, gefolgt von einem breiten Kreis insbesondere nationalprotestantisch geprägter Befürworter und einem nicht minder breiten



Kreis deutsch-christlicher Anhänger, die in der Rolle nationalreligiöser Fundamentalisten mit zeitweilig intensiver Unterstützung durch Hitler bzw. NS-Staat und Partei dominierenden Einfluss auf den binnenkirchlichen Diskurs bzw. das Ringen um Reichskirche und Landeskirchen zu nehmen versuchten, und dem kleinen Kreis der Deutschgläubigen, die als im

Regelfall protestantische Exilanten Rasse und Volk dem NS-Regime als Surrogat christlicher Glaubensüberzeugungen andienten.



Von dieser ursprünglichen Nähe von Protestantismus und Nationalsozialismus war nach Kriegsende keine Rede. Wenn die generationale Erzählgemeinschaft der württembergischen Pfarrer der Geburtsjahre 1910-1930 – sprich: diejenigen, die während ihrer aktiven Dienstzeit in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur besonders herausgefordert waren – sich an das untergegangene 1000-jährige Reich erinnerten, dann hoben sie vor allem eines hervor: den Kirchenkampf, verstanden als kirchlichen Widerstand gegen das Dritte Reich². Anders die Laien: Auf die Frage Gerhard Schmidtchens in seinen religionssoziologischen Untersuchungen³ führten zu Beginn der 50er Jahre 45% der Protestanten auf die Frage, unter welcher Staatsform es den Deutschen im 20. Jahrhundert am besten gegangen sei, das »Dritte Reich« an; und 48% von ihnen galt Hitler nach wie vor »einer der größten deutschen Staatsmänner«, wenn er nur den Krieg nicht begonnen hätte.⁴ Diese Befunde werfen Fragen auf: nach der Faktizität kirchlicher Widerständigkeit, nach dem Umgang mit Schuld, auch kirchlicher Schuld, und nach der Rolle von Kirche im Nachkriegsdeutschland der Stunde Null.

2. Kirchlicher Widerstand im Dritten Reich: Facetten eines vielschichtigen Problems

Von der emphatischen Aufbruchsstimmung, die auch der württembergische Protestantismus dem Dritten Reich entgegenbrachte, war spätestens nach dem gescheiterten Gleichschaltungsversuch im Herbst 1934 nichts mehr zu verspüren. Die Hoffnung, in symbiotischer Nähe zum nationalsozialistischen Staat ein umfangreiches Programm zur Rechristianisierung der Gesellschaft auf den Weg bringen zu können – hier hat das Zauberwort Volksmission⁵ seinen Platz – hatten sich als vollkommen illusorisch erwiesen. Auch wenn Landesbischof Theophil Wurm nichts unversucht ließ, mit den Machthabern des Dritten Reiches im Gespräch zu bleiben und ein für beide Seiten vorteilhaftes Agreement zu finden, war je länger, desto evidenter unabweislich, dass innerhalb der nationalsozialistischen Machtelite die weltanschaulichen Rigoristen um Bormann, Himmler und Rosenberg tonangebend geworden waren – nicht zuletzt deswegen, weil der Führer schwieg. Unter der Devise der »Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens« wurde eine Politik auf den Weg gebracht, die nicht zwingend auf Vernichtung der Kirchen zielte, sehr wohl aber auf ihre vollständige gesellschaftliche Marginalisierung. Dementsprechend bedroht sahen sich Kirchenleitung und Kirche Württembergs – und richteten sich redend wie handelnd auf die Auseinandersetzung mit einem übermächtigen Gegner ein. In

einem überaus aufschlussreichen Bild vor seinen Dekanen verglich Landesbischof Theophil Wurm seine Kirche mit einer Armee, die von allen Seiten bedroht sei – und forderte eben deswegen unbedingte Loyalität ein, um in der gegebenen Situation drohender Gefahr seine Landeskirche bestmöglich durch die Herausforderungen der Zeit führen zu können⁶. Möglich schien ihm dies nur durch eine auf Sicherheit bedachte Politik, die zu keinerlei Konzessionen bereit war, wo zentrale kirchliche Werte und Interessen auf dem Spiel standen, die ansonsten aber Reibungsflächen mit dem Nationalsozialismus konsequent mied. Schweigen war insofern eine zentrale Implikation dieser – innerkirchlich alles andere als unumstrittenen – Sicherheitspolitik (die erst sehr spät und auch nur in Grenzen aufgebrochen wurde). Ob diese konsequente Verteidigung der eigenen Interessensphäre als Widerstand bezeichnet werden soll, erscheint (mir) fraglich. Sie setzte zwar dem nationalsozialistischen Totalitätsanspruch Grenzen – und das war nicht wenig. Sie bot auch weitgehenden Formen individueller Widerständigkeit ein mehr oder minder schützendes Gehäuse. Sie war aber keine Form systemischen Widerstands, also eines Widerstandes, der das politische System des Nationalsozialismus grundsätzlich in Frage gestellt hätte.

3. Vom Umgang mit kirchlicher Schuld

Es hätte also gute Gründe gegeben, in der Nachkriegszeit die Frage deutscher Schuld bzw. kirchlicher Schuld zu diskutieren. Und Sie werden sagen: Das ist doch auch geschehen, in der Stuttgarter Schulderklärung, derer wir im letzten Jahr anlässlich ihres 75. Jubiläums ja auch gedacht haben. Allerdings: Im Kirchlichen Amtsblatt, wo sie zuerst (offiziell) veröffentlicht wurde, firmierte sie als Erklärung und eben nicht als Schulderklärung. Dieses Wort wollte man aus guten Gründen vermieden wissen. Und wer sich den Entstehungskontext und den Wortlaut dieser Erklärung genau durchliest, den könnte der Verdacht beschleichen, dass hier ein Meisterwerk kirchenpolitischer Rhetorik auf den Weg gebracht wurde, das vor allem auf die Erwartungshaltung der protestantischen Ökumene zielte. Denn ihre Unterstützung wurde als zentral bedeutsam eingeschätzt: kirchlich, politisch, wirtschaftlich.⁷

Ansonsten zeichnete das kirchliche Reden der unmittelbaren Nachkriegszeit über »Schuld« (von wenigen Ausnahmen abgesehen) vor allem eines aus: Es war nach Möglichkeit zu vermeiden – oder, wenn es nicht zu vermeiden war, dann war auch von der Schuld der Anderen zu reden. Diskussionen auf den Dekansbesprechungen (einem

Austauschformat der Kirchenleitung mit ihren Dekanen) bieten hier interessante Einblicke: Etwa, wenn Landesbischof Theophil Wurm auf der ersten Dekankonferenz nach dem Krieg (11. Juli 1945) unmittelbar nach der Schuld von Volk und Kirche⁸ auf »das Unrecht der Feinde« zu sprechen kam, »auf der Grundlage der Vorgänge in den Konzentrationslagern das ganze Deutsche Volk diffamieren und moralisch vernichten zu wollen«⁹, oder wenn der Prälat von Schwäbisch Hall, Wilhelm Lempp, dafür plädierte, dass die Kirche sich auf die Seite des Volkes stellen solle, d.h. zwar die religiöse Schuld, dagegen nicht die alleinige politische Schuld anerkenne¹⁰. Diese Diskussionsbeiträge sollen genügen. Sie zeigen m.E. in unzweideutiger Weise, dass für die Führungselite der württembergischen Landeskirche die Schuldfrage nicht im Singular gestellt werden konnte. Für sie gab es auch die Schuld der anderen. Und diese Schuld war ebenfalls zur Sprache zu bringen.

4.

Die spezifische Fassung der Schuldfrage als doppelte, als die eigene Schuld und als die Schuld der anderen, durch zentrale Verantwortungs- und Entscheidungsträger der evangelischen Landeskirche wies viele Facetten auf. Sie war nicht zuletzt dem Faktum geschuldet, dass die meisten Deutschen von Schuld nichts wissen wollten.¹¹ Die Vergangenheitsbewältigung in den Fokus kirchlichen Redens stellen zu wollen, war also kommunikativ herausfordernder, weil erfahrungsgesättigt mit verbaler oder nonverbaler Widerständigkeit der Angesprochenen verbunden (völlig abgesehen von den eigenen Überzeugungen der Redenden). Diese Widerständigkeit konnte zwar nicht zwingend gebrochen, aber zumindest relativiert werden, wenn auch von der Schuld der Anderen geredet wurde. Was allerdings von »den Deutschen« gerne gehört worden sein dürfte und vielfach auch erwartet wurde, dürfte bei den Siegern zumindest auf erhebliche Vorbehalte gestoßen sein. Dieses kommunikative framing der Schuldfrage beförderte ein Zweifaches: Die Verdoppelung der Schuld, wenn denn schon über sie geredet werden musste; und die Neigung gerade auch der Kirchen, über die Schuldfrage nicht mehr zu reden. Zumindest im Württembergischen wurde ihr mit der rituellen Bewältigung in der Stuttgarter Erklärung ein Begräbnis erster Klasse zu teil. Stattdessen (und auch dies war eine Form der Vergangenheitsbewältigung) wurde der kirchliche Diskurs auf Zukunft ausgerichtet: auf das, was zum Wohle des Volkes zukünftig beachtet werden sollte.

5. Rechristianisierung oder: Was schuldet die Kirche dem Volk?

Für Landesbischof Theophil Wurm, die leitenden Männer im Oberkirchenrat wie auch für die mittlere Führungsebene der württembergischen Landeskirche war die Antwort klar: Es galt, den kirchlichen Wiederaufbau von der »Kerngemeinde« aus in Angriff zu nehmen, jenen Männern und vor allem Frauen, die auch unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur »ihre Treue gegenüber dem Wort Gottes und der Ordnung der Kirche« unter Beweis gestellt hatten. Diese Kerngemeinde war der Nucleus, um erneut ein kirchliches Programm der Rechristianisierung der Gesellschaft aufzulegen, das auch zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur proklamiert worden war. Denn die Zukunft der Gesellschaft, so die Grundüberzeugung des württembergischen Landesbischofs, war nur dann gesichert, wenn der Wiederaufbau vom Sakralen her erfolge.¹² In dieser Perspektive betrachtet, trennten 1933 und 1945 keine Welten. Sogar das Zauberwort von einst war wieder da: Es hieß jetzt allerdings nicht mehr Volksmission, sondern Volksevangelisation. Das Ziel war also weithin identisch, es wurde allenfalls in Randströmungen in Frage gestellt. Nur galten die anderen Rahmenbedingungen: Im Unterschied zu 1933 machte sich niemand über die Größe der Aufgabe eine Illusion. Denn anders als insbesondere von kirchlichen Funktionsträgern erwartet, hatte der Krieg keine positiven Impulse für Kirche und Frömmigkeit freizusetzen vermocht. In dieser Perspektive betrachtet, hatte der gewaltsame Lehrer versagt.¹³

6. Nichts Neues unter der Sonne?

Es wäre allerdings verfehlt, würde der Ausklang der Ära Wurm unter die Überschrift *Nichts Neues unter der Sonne* gestellt. So rückwärtsbezogen die maßgeblich von ihm verantwortete programmatische Ausrichtung seiner Landeskirche war, so konsistent sich die mentalen Prägungen Theophil Wurms aus seiner Jugend im Kaiserreich erwiesen (einschließlich seines Antijudaismus), so ambivalent und vielschichtig war desungeachtet der Ausklang seiner Amtszeit. Umstritten ist – und dringend genauer zu erforschen wäre – die Unterstützung, die er gesuchten Nationalsozialisten als Mitglied der Stillen Hilfe, eines 1951 gegründeten Vereins, angedeihen ließ.¹⁴ Für die Entnazifizierung seiner Landeskirche hat er wenig getan¹⁵, und auch einigen (allerdings wenig profilierten) D.C.-Geistlichen, die (teils unter dem Druck der amerikanischen Militärregierung) aus dem kirchlichen Dienst entlassen worden waren, wurden später wieder rehabilitiert.¹⁶ Den kriti-

schen Versuchen der Sozietät, eine Debatte über die zukünftige Ausrichtung der Landeskirche anzustoßen¹⁷, versagte er sich völlig, einem Paul Schempp verweigerte er gar (im Unterschied zu Georg Schneider) eine persönliche Unterredung. Auf der anderen Seite fallen in das Ende seiner Amtszeit ausgesprochen innovative Richtungsentscheidungen von außerordentlicher Reichweite. Vieles wäre zu erwähnen, nur Weniges kann erwähnt werden. Zu verweisen wäre etwa auf die neue Bedeutung, die der Ökumene zugemessen wurde, und dem deutlich verbesserten Verhältnis zum Katholizismus. Beim Wiederaufbau des zerstörten Kirchenwesens und der Integration der Flüchtlinge in das kirchliche Leben wurde Enormes geleistet. Die Frauenordination wurde auf den Weg gebracht, das Hilfswerk der EKD ins Leben gerufen und last, but not least, 1945 eine Institution ins Leben gerufen, die ihre große Zeit als Think-tank noch vor sich haben sollte: Die Evangelische Akademie Bad Boll. Und damit wäre der Kreis durchschritten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Anmerkungen:

¹ Literaturhinweise: <https://www.wkgo.de> – David J. Diephouse, David Diephouse, Theophil Wurm (1868-1953); in: *Wir konnten uns nicht entziehen. 30 Porträts zu Kirche und Nationalsozialismus in Württemberg*, hrsg. von Rainer Lächele und Jörg Thierfelder, Stuttgart 1998, S.13-33. – Ders., David J. Diephouse, *Wanderer zwischen zwei Welten? Theophil Wurm und die Konstruktion eines protestantischen Gesellschaftsbildes nach 1945*; in: *Das evangelische Württemberg zwischen Weltkrieg und Wiederaufbau*, hrsg. von Rainer Lächele und Jörg Thierfelder (*Quellen und Forschungen zur württembergischen Kirchengeschichte*, Bd.13), Stuttgart 1995, S.48-70. – Siegfried Hermle, *Theophil Wurm – zum Stand der Forschung*; in: *BWKG 119/ 120, 2019/ 2020*, S.155-181. - Ausführlich wird sich der übernächste Band der *Blätter für württembergische Kirchengeschichte mit der Thematik des Ausklangs der Ära Wurm* befassen (*BWKG 122, 2022*), in dem die Referate der Jahresversammlung des Vereins für württembergische Kirchengeschichte 2020 nachzulesen sein werden. Vorläufig vgl.: *Das evangelische Württemberg zwischen Weltkrieg und Wiederaufbau*, hrsg. von Rainer Lächele und Jörg Thierfelder (*Quellen und Forschungen zur württembergischen Kirchengeschichte*, Bd.13), Stuttgart 1995, S.48-70

² Claudius Kienzle, *Generationale Erzählgemeinschaft evangelischer Pfarrer. Zur mentalitätsgeschichtlichen Wirkung des württembergischen Kirchenkampfes nach 1945*; in: *Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte* 73, 2014, S.271-304.

³ Gerhard Schmidtchen, *Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur*, Bern 197.

⁴ Zitiert nach: Frank-Michael Kuhlemann, *Nachkriegsprotestantismus in Westdeutschland. Religionssoziologische und mentalitätsgeschichtliche Perspektiven*; in: *Kirche, Staat und Gesellschaft nach 1945. Konfessionelle Prägungen und sozialer Wandel (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, Bd.21)*, Bielefeld 2001, S.23-53, hier S.27.

⁵ Siegfried Hermle, *Zum Aufstieg der Deutschen Christen. Das »Zauberwort« Volksmission im Jahr 1933*; in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 108, 1997, S.309-341.

⁶ »Meine Herren, ich habe das schon einmal gesagt, ein Kampf, ein Krieg lässt sich nicht führen, wenn ein Teil der Mannschaft sich unter einen anderen Befehlshaber stellt. Das geht nun einmal nicht. Wenn Sie mit mir nicht zufrieden sind, ich bin der Erste, der daraus die Konsequenz zieht, aber wenn die Pfarrerschaft in ihrer grossen Mehrheit glaubt, dass die Haltung, die die Kirchenleitung einnimmt, bei aller menschlichen Fehlsamkeit die richtige ist, ja dann glaube ich, müssen sich solche Amtsbrüder, die nun aus durchaus ehrenwerten, sachlich von mir völlig anerkannten Gesichtspunkten eine andere Haltung für richtig erklären, sich eben doch die Zurückhaltung auferlegen. Wir sind doch schließlich eine Armee, die wirklich in Gefahr ist.«. LKAS, A 126, 3764, Dekanskonferenzen 1924-1941, hier die Aussprache der Konferenz vom 11. November 1938 (186).

⁷ Dazu demnächst: Norbert Haag, *Die Schuld der Anderen. Zum kirchenpolitischen Kontext der sog. Stuttgarter Schulderklärung aus dem Blickwinkel der Evangelischen Landeskirche in Württemberg (erscheint in BWKG 122, 1922)*.

⁸ LKAS, A 126, 3765, Dekanskonferenz vom 11. Juli 1945, Protokoll, S.1.

⁹ LKAS, A 126, 3765, Dekanskonferenz vom 11. Juli 1945, Protokoll, S.1.

¹⁰ LKAS, A 126, 3765, Dekanskonferenz vom Febr. 1946, Protokoll, S.4.

¹¹ Die Haltung der meisten Deutschen wurde im Protokoll des Esslinger Kirchenbezirkstages 1946 etwa wie folgt beschrieben: »Viel Murren über das das Geschick, das unser Volk getroffen hat, ist zu finden. Man sträubt sich, die Schuld anzuerkennen. Wir müssen unserem Volk zum Verständnis der Geschichte helfen, zum Verständnis seiner Schuld. Es ist ja unser Volk nicht allein schuld, aber das ist keine Entschuldigung.«LKAS, A 126, 3765, Protokoll des Kirchenbezirkstag Esslingen vom November 1946.

¹² LKAS, A 126, 3765, Dekanskonferenz vom Febr. 1945, Protokoll, S.2

¹³ Dieter Langewische, *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, München 2019.

¹⁴ Felix Bohr, *Die Kriegsverbrecherlobby. Bundesdeutsche Hilfe für im Ausland inhaftierte NS-Täter*, Berlin 2018. – Oliver Schröm/Andrea Röpke, *Stille Hilfe für braune Kameraden. Das geheime Netzwerk der Alt- und Neonazis*, Berlin 2006

¹⁵ Dazu Clemens Vollnhals, *Entnazifizierung und Selbstreinigung im Urteil der evangelischen Kirche. Dokumente und Reflexionen (Studienbücher zur kirchlichen Zeitgeschichte, Bd.8)*, München 1989. – Ders., *Evangelische Kirche und Entnazifizierung 1945-1949. Die Last der nationalsozialistischen Vergangenheit (Studien zur Zeitgeschichte, Bd.36)*, München 1989

¹⁶ Rainer Lächele, *Ein Volk, ein Reich, ein Glaube. Die Deutschen Christen in Württemberg 1925-1960 (Quellen und Forschungen zur württembergischen Kirchengeschichte, Bd.12)*, Stuttgart 1994, S.218.

¹⁷ Hermann Diem, *Restauration oder Neuanfang in der Evangelischen Kirche?*, Stuttgart 1946. Der Text verstand sich »als Beitrag zu der nun allenthalben einsetzenden Diskussion um die rechte Neuordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland«, der am Beispiel der Evangelischen Landeskirche in Württemberg – mit der Diem besonders vertraut war – ausgearbeitet worden sei.

War denn wirklich alles falsch?

Pfarrerin Dr. Sabrina Hoppe, Pfarrerin im Dekanat Traunstein, Bloggerin und Verfasserin einer Dissertation über Eberhard Müller und Friedrich Karrenberg

So betitelte Eberhard Müller einen Vortrag, den er 1946 vor deutschen Kriegsheimkehrern hielt. Müller fragte darin nach den geistesgeschichtlichen Linien des Nationalsozialismus in der deutschen Zwischenkriegszeit. Uns führt diese Frage zum Umgang der Evangelischen Akademie mit dem Nationalsozialismus – wurde der Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit in Bad Boll zum Thema gemacht? Bei einem Blick auf die ersten Tagungen der Akademie legte es sich nahe, dazu die Hintergründe und Themen der sogenannten Soldatentagungen zu betrachten, deren erste Veranstaltung im November 1950 in Boll stattfand.

Neben den Soldatentagungen verdient dabei auch die umstrittene Tagung »Vergangenheit und Zukunft des deutschen Volkes« von 1952, intern Nazi-Tagung genannt, unsere Aufmerksamkeit.

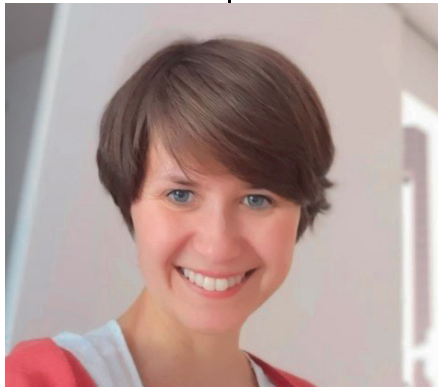
Die ersten Evangelischen Akademien gründeten sich in Bad Boll, Hermannsburg, Schleswig, Bad Herrenalb und Guntershausen (diese Akademie zog später nach Hofgeismar um) – in allen fanden in den 1950er Jahren nach diversen anderen berufsgruppenspezifischen Tagungen sogenannte Soldatentagungen statt.

Die erste Soldatentagung an einer Evangelischen Akademie fand vom 31. August bis 3. September 1950 in Guntershausen statt, die Leitung oblag dem Akademiedirektor Hans-Rudolf Müller-Schwefe. Die Tagung in Guntershausen kann wohl als Testballon der Evangelischen Akademien zum Format der Soldatentagungen angesehen werden. Es ist zu vermuten, dass die Durchführung von Soldatentagungen auf ein gemeinsames Anliegen des Leiterkreises zurückzuführen ist, belegt werden kann dies jedoch nicht.

Im Programm der Tagung heißt es:

»Das deutsche Volk hat noch nicht begonnen, seine Vergangenheit zu verarbeiten. Es scheut wie ein schuldhaft Verunglückter die Erinnerung an die Zeit des zweiten Weltkrieges. Darum wird

*auch die Existenz der ehemaligen Berufssoldaten möglichst totgeschwiegen. Aber sie leben ja unter uns und ihr zäher und schwerer Kampf um ihre Existenz sowie die unwürdige Art ihrer Behandlung darf nicht länger übergangen werden. (...) Wir wollen versuchen, das Verständnis der Vergangenheit zu vertiefen und einander helfen, durch ihre geistige Bewältigung und durch kameradschaftliche Aussprache über die Gegenwart uns frei und tüchtig für die Zukunft zu machen. (...)*¹



Die Akademiedirektoren Müller und Müller-Schwefe verstanden sich als Männer, die ihr Engagement für den Wiederaufbau der bundesrepublikanischen Gesellschaft als durchaus legiti-

me Fortsetzung ihres eigenen Handelns während des Nationalsozialismus betrachteten. Sie fühlten sich nicht dazu aufgefordert, Schuld einzugestehen oder die eigene Einstellung zu Volk, Nation und Demokratie zu hinterfragen, sondern verstanden sich als exemplarische Vorbilder eines neu zu erweckenden demokratischen Selbstbewusstseins deutscher Prägung – welches nicht ohne die Kirche als Trägerin des Wortes Gottes auskommt.

Der Bericht im Boller Rundbrief nach der ersten Soldatentagung in Boll, spricht von einem Dilemma des Soldaten, welches sich in der sich neu orientierenden bundesrepublikanischen Gesellschaft fortsetze: So sei der Soldat der deutschen Wehrmacht kontinuierlich zwischen der Erfüllung seiner Pflicht und dem inneren Bestreben »Mensch zu bleiben« zerrissen gewesen. Das »innere Soldatendrama« sollte Thema der Soldatentagung sein, so die Akademie selbst. Nicht etwa die Frage nach der Verantwortung der Soldaten für die Gräueltaten der deutschen Wehrmacht im II. Weltkrieg bzw. die traumatischen Folgen für sie und ihre Familien. Vielmehr spitzt der Verfasser des Berichtes zu: »Es kam und kommt weniger darauf an, wie er als Verantwortlicher gehandelt hat, sondern, warum er es tat, d.h. ob seine Beweggründe anständig waren.«²

In den internen Notizen zur Vorbereitung der Tagung wird als Sinn der Tagung weiter genannt, einen »Beitrag (zu) liefern für (das) Herausstellen des christlichen Soldaten auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit und der jetzigen Umstände.« Laut der Selbstbeschreibung der Verantwortlichen wird also sowohl öffentlich wie auch intern die Entwicklung eines christlichen Berufsethos für Soldaten in den Mittelpunkt der Veranstaltung gestellt. Der Wehrbeitrag der Bundesrepublik hingegen spielt in den Protokollen zwar eine untergeordnete Rolle, wird aber immer wieder thematisiert.

So schrieb Eberbach am 10. Oktober 1950 bei der Vorbereitung an Pfarrer Riess in Stuttgart: »Für uns handelt es sich darum, die Offiziere, die so lange nur als der Sündenbock abgestempelt waren und grossenteils verbittert sind, einmal ins Gespräch zu bringen, die unverdauten Probleme in ihnen zu klären und sie damit über den »Ohne-mich«-Standpunkt wegzubringen.«

Die Intention der Soldatentagungen war eine doppelte: So wollte man zum einen die Reflexion über die erlebte Wirklichkeit von Soldaten und Offizieren ermöglichen und dabei insbesondere auf Fragen eines möglichen neu zu formulierenden Berufsethos eingehen, zum anderen aber auch den gegenwärtigen Kontext der Wiederbewaffnungsdebatte aufgreifen, um die darin unsichere Situation der ehemaligen Wehrmachtangehörigen in den Raum der Kirche zu holen.

Die Offenheit der Akademie für konträre Positionen und interessensunabhängigen Austausch sollte signalisieren, dass auch für Soldaten ein Platz in der Kirche sein könne. Zum anderen aber setzten Müller und Eberbach durch die kurz hintereinander in ganz Deutschland stattfindenden Soldatentagungen einen Kontrapunkt zur Ohnemich-Bewegung. Damit bereiteten sie sowohl den Boden für Müllers eigene öffentliche Positionierung vor, die auch in Gestalt der Denkschrift »Wehrbeitrag und christliches Gewissen« 1952 erschien, als auch auf einer anderen Ebene die Überlegungen der deutschen Verteidigungspolitik zur Entwicklung der sogenannten Inneren Führung vor.

Die inhaltliche Gestaltung der Tagung, sowie die Akquise von Referenten lag maßgeblich in den Händen des ehemaligen Panzergenerals Heinrich Eberbachs, Geschäftsführer der Akademie. Eberbach versuchte, auf die Referenten zuzugehen und sprach offen von seinen Vorstellungen zu den Inhalten der Tagung.

So schrieb er etwa an General a.D. Röhrich: »Die Hitlerzeit denken wir uns dabei nicht nur negativ geschildert. Es sollen die positiven Erscheinungen, die vor allem für die jüngeren Offiziere gelten, dabei berührt werden. Sonst besteht die Gefahr, dass die Jungens die Stoffbehandlung als unsachlich ablehnen.«³

Eberbach versuchte, einflussreiche konservative Kreise und Netzwerke der jungen Bundesrepublik zu aktivieren. Er knüpfte dabei an das gebrochene Selbstverständnis der Soldaten und ihre Verlorenheit im Gefüge der Nachkriegsjahre, sowie an ihre moralische Verunsicherung an.

Ich gehe auf ein besonderes Thema der Tagung und gleichzeitig auf einen Referenten ein: Hans Hagen, der frühere Adjutant Remers, bekannt als ungebrochen föhrtretu und tief nationalsozialistisch geprägt, referierte in Boll über das Attentat vom 20. Juli und die Frage nach dem Eid. Die Wahl und Themensetzung von Hagen zeigt die Unerschrockenheit der Veranstalter der Boller Soldatentagung an einer der polarisierendsten militäretischen Fragen der Nachkriegszeit. Hagen galt im Dritten Reich als profiliertes Verteidiger der nationalsozialistischen Ideologie, insbesondere in Fragen der kulturellen »Säuberung« im Sinne der Machthaber, etwa in seiner Position als Leiter der kulturpolitischen Abteilung der Parteiamtlichen Prüfungskommission (PKK) der NSDAP (1937-1939). Er hatte während des Umsturzversuchs vom 20. Juli dazu beigetragen, den Putschversuch zu stoppen und damit seinen unmittelbaren Vorgesetzten Otto Remer unterstützt. Sein Vortrag war tatsächlich auch derjenige, der in den Pressemeldungen nach der Tagung für das meiste Echo sorgte. Inhalte seines Vortrags sind nicht überliefert.

Wie lassen sich die Soldatentagungen nun in den damaligen historischen Kontext einordnen?

Handelte es, sich, wie der Historiker Bert-Oliver Manig schreibt, um eine »konzertierte Aktion der Lutherischen Landeskirchen zur Wiederaufrichtung der ehemaligen Berufssoldaten«?⁴ Die Akademien als Instrumente politischer Positionierung im Kontext der Wiederbewaffnungsdebatte in der jungen Bundesrepublik?

Schaut man aber parallel auch auf die innerprotestantische Wiederbewaffnungsdebatte, dann lassen sich Parallelen und Entwicklungen erkennen, die nicht die Akademien selbst zu den maßgeblichen Akteuren einer »konzertierten Aktion der lutherischen Landeskirchen« machen, sondern

sie vielmehr als Orte begreifbar machen, an denen politische Lobbyarbeit und kirchenpolitischer Bekenntnisstreit ihren Niederschlag in der kirchlichen Missions- und Bildungsarbeit finden.

Diejenigen militärhistorischen Studien, die die Soldatentagungen behandeln lassen m.E. eine mögliche relevante Intention meist außer Acht, nämlich Müllers gesellschaftsmisionarische Intention der evangelischen Akademiearbeit. Müller selbst war zwar politisch durchaus aktiv. Wenn er sich jedoch publizistisch oder auch durch Teilnahme an Veranstaltungen oder durch eigenen Tagungsarbeit engagierte, geschah das immer auf dem Hintergrund seiner Vorstellung eines Protestantismus, der sein Ziel erstens darin sah, den persönlichen Glauben der Menschen zu stärken und gleichzeitig ihre Hinwendung zur Institution Kirche als einer alltagsnahen Begleitung zu stärken.

Schenkt man der anfangs zitierten Intention der Tagungsveranstalter Glauben, es sei ihnen mit der Tagung um einen »neuen Anfang« für den Soldatenberuf gegangen, so war das in jedem Fall schwer zu vermitteln, wie Uwe Walter, ehemaliger Studienleiter hier betont: *»Die Tagung als Seelsorgeprojekt zu verstehen, ist jedenfalls für die zivile Öffentlichkeit schwer nachvollziehbar geblieben.«*⁵

Menschen, die dem kollektiven Gedächtnis eindeutig als »Täter« bekannt waren, als Organisatoren des Genozids, als juristische Legitimationen, als publizistische Verteidiger der NS-Ideologie, trafen auf Kirchenvertreter, denen als »Nichttäter« grundsätzlich das Vertrauen eines moralischen und demokratischen Neuanfangs entgegengebracht wurde. Was völlig fehlte – und auch in keiner medialen Berichterstattung erwähnt wurde, was umso mehr auf eine klaffende Lücke hinweist – ist die Perspektive der Opfer. Positiv formuliert: Die Soldatentagungen boten den eingeladenen Soldaten und Militärangehörigen einen geschützten Rahmen zur Kommunikation, in dem sicher gestellt war, dass die eigenen Rechtfertigungs- und Legitimationsanliegen gehört wurden. Doch anstatt die Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Lebensrealitäten von Soldaten und Generälen, deren Umgang mit ihrer beruflichen Vergangenheit und mit ihrer Sicht auf Schuld und Verantwortung mit dem Erleben der Gegenwart zu kontrastieren und in einem theologischen Raum zu thematisieren, verdingte sich die Soldatentagung als seelsorgerischer Legitimationsraum einer nicht mehr existenten Berufsgruppe.

Die intern sogenannte »Nazi-Tagung« im Jahr 1952 war ein Novum in der noch jungen Geschichte der Evangelischen Akademien. Ihr offizieller Titel lautete »Vergangenheit und Zukunft des deutschen Volkes«, sie fand im Juli 1952 statt. Auch für diese Tagung war Heinrich Eberbach zuständig.

Die größte Herausforderung bei der Organisation der Tagung war, wie Müller und Eberbach selbst mehrfach betonten, die Akquise der Teilnehmenden. Die Tagung sollte sich an »*bekennende Nationalsozialisten*« richten, die sich verständlicherweise als solche nicht öffentlich bezeichnen wollten. In einem Brief an die evangelischen Pfarrämter beschrieb Eberhard Müller die Zielsetzung der Tagung wie folgt.

*»Zunächst beabsichtigen wir ein Gespräch über das Thema Vergangenheit und Zukunft des deutschen Volkes, insbesondere mit ehemaligen Nationalsozialisten. Bekanntlich gibt es unter diesen eine grössere Anzahl von Menschen, die seit dem Jahre 1945 im echten Sinne suchende Menschen geworden sind, und die aber weder mit der Vergangenheit noch mit der Zukunft, vielfach auch nicht mit sich selbst und der menschlichen Gesellschaft ins Reine gekommen sind.«*⁶

Diese formale Grenzziehung scheint bezeichnend für die Nazi-Tagung gewesen zu sein: Eine fast schon schizophrene Abspaltung der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer führenden Träger von den Gräueltaten in den Vernichtungslagern, von der katastrophalen Kriegsniederlage für die deutsche Wehrmacht, von dem Verlust jeglicher demokratischer und freiheitlicher Strukturen in der deutschen Gesellschaft.

In der Presse wurde die Tagung aufmerksam und sehr unterschiedlich wahrgenommen. Während eine Zeitung von »Anschlussversuchen« von Nationalsozialisten an die evangelische Kirche sprach, lobten die »Blätter der Deutschen Union« die Tagung inhaltlich sowie mit der Überschrift »Schritte nach vorn« und überschrieb sie mit dem Goethe-Zitat *»Was vergangen, kehrt nicht wieder, ging es aber leuchtend nieder, leuchtet lange noch zurück.«*⁷

Die Struktur der Tagung für ehemalige Nationalsozialisten glich den sonstigen Akademietagungen mit Rundgesprächen, Vorträgen und biblischen Besinnungen zur Unterbrechung sowie großzügig bemessenen Zeiten zur individuellen Begegnung. Im üblichen internen Tagungsbericht wurde besonders der Vortrag des CDU-Politikers

und Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers als »ausschlaggebend für den Erfolg« der Tagung betont.⁸

So vermerkt der Abschlussbericht der Tagung: »Die Massenansammlung von Parlamentariern am letzten Nachmittag, mit ihrer sichtlichen Freude daran, sich selber reden zu hören, hat zeitweise Ehlers Erfolg bzgl. positiver Einstellungen unserer Gäste zur Demokratie wieder gefährdet.« In diesem Nebensatz zeigt sich letztlich auch die hidden agenda der Tagung: Es ging den Veranstaltern durchaus auch um ein Mitwirken an der Transformation politischer Haltungen und den Aufbau eines neuen Vertrauens in demokratische Strukturen, welches vorsichtig und eben durch Redner wie Ehlers gestützt werden sollte. Dieses Ziel geht auch aus den Notizen des amerikanischen Geheimdienstes hervor, der die Tagung begleitet hatte.

Das summary des US-Geheimdienstes formuliert das Ziel der Tagung wie folgt: »The principal purpose of the conference was to assemble a representative group consisting of former proponents of NSDAP ideologies, for the purpose of dissuading their former viewpoints and encouraging them by means of lectures and discussions to participate in the present democratic form of government in Western Germany.«⁹

Abschließend stellt der Bericht des Geheimdienstes auch heraus, welche Bedeutung die Tagung insbesondere für die junge CDU hatte: »(...) because it was a means whereby the party indirectly gained contact with that segment of the population which is possibly still embittered and politically dormant, with the possibility of converting them to the CDU by extending an invitation to participate constructively in strengthening the democratic foundation of Western Germany.«¹⁰

Die Kontaktaufnahme der CDU mit den als verbittert und politisch abwartend wahrgenommenen Kreisen der ehemaligen Verantwortungsträger kann wohl auch aus der Sicht der Veranstalter als treibendes Motiv der Tagung mit ehemaligen Nationalsozialisten bezeichnet werden. Hatten die Soldatentagungen noch den Tabubruch der Auseinandersetzung mit den Soldaten selbst und den Fokus auf deren Erfahrungen, Prägungen und geistliche Bedürfnisse zum Thema, so war die sogenannte Nazi-Tagung anders gelagert: 1952 gewann die innenpolitische Situation an Stabilität, gleichzeitig wuchs der Druck auf die noch jungen demokratischen Parteien, ihr Profil zu schärfen und ihre Wählerschaft um sich zu kon-

zentrieren. Es kann somit davon ausgegangen werden, dass die Tagung mit ehemaligen Nationalsozialisten Anfang Juli 1952 durchaus zum Ziel hatte, den ehemaligen Offizieren und ranghohen Militärangehörigen konkrete parteipolitische Alternativen zum Revisionismus etwa der Deutschen Union zu bieten, wenngleich insbesondere Heinrich Eberbach sich bemühte, den Kontakt zu den rechtskonservativen Kreisen der Bundesrepublik nicht zu schädigen. Eberhard Müller wiederum garantierte in seiner Rolle als Netzwerker nach Bonn und in die offiziellen Gremien der EKD einen guten Austausch für die Interessen des politisch konservativen Protestantismus.

Resümee

Müller und Eberbach sahen in den Teilnehmern ihrer Tagung Wählerstimmen, gut vernetzte Entscheidungsträger und politisch noch »formbare« und »demokratisierbare« Menschen. Das war ihrer Überzeugung geschuldet, dass die Funktion dieser Menschen in der NS-Zeit als Entscheider, Militärführer und Kriegsstrategen sie nicht automatisch zu Verbrechern machte. Sie sahen darin weder den Beweis ihrer Unmenschlichkeit, noch ihrer moralischen Verdorbenheit, noch ihrer Unbelehrbarkeit. Die Leitung der Akademie lebte damit eine Schlusstrich-Mentalität aus, die sie mit den Werten Dialog, Kompromiss und Mission zu chiffrieren versuchte. Fragestellungen in der Art von »Was haben wir aus der Erziehung im Offizierskorps gelernt?« sahen wie mit einem Silberblick an der Verführbarkeit des Menschen, die ihn aus seiner moralischen und lebenswürdigen Integrität herausführen konnte, vorbei. Es fehlte eine Aufarbeitung der Verbrechen, die im Namen eines als christlich gelesenen Land begangen wurden. In keinem Redebeitrag wird das Ringen um die Allmacht, das Mitleiden, die Ohnmacht oder auch Gottes Liebe zur gefallenen Kreatur benannt. Das mag dem Versuch geschuldet sein, die Teilnehmer der Tagung nicht mit theologischer Kost abzuschrecken. Die Ausrichtung der genannten Tagungen orientierte sich an den Bedürfnissen ihrer Teilnehmer nach Sichtbarkeit, Austausch und Wertschätzung. Die Akademie verband diese Bedürfnisse mit ihrem eigenen Versuch, einen Platz in der jungen bundesrepublikanischen Gesellschaft zu finden, was durchaus als analog zur Suche der evangelischen Kirche nach ihrer Funktion und ihrem Ort gesehen werden kann.

Anmerkungen:

¹ Tagungseinladung der Evangelischen Akademie, Archivmaterial. Mit herzlichem Dank an Akademiedirektor Karl Waldeck für die Genehmigung der Einsichtnahme vor Ort in Hofgeismar.

² Rundbrief Nr.9 der Evangelischen Akademie Bad Boll, Juni 1951.

³ Brief von Eberbach an Röhricht vom 4.10.1950, AEABB, Soldatentagungen, Korrespondenz, Nr.11-6.

⁴ Bert-Oliver Manig, *Die Politik der Ehre. Die Rehabilitierung der deutschen Berufssoldaten in der Bundesrepublik*, Göttingen 2004, S. 246.

⁵ Uwe Walter, »Welt in Sünde - Welt in Waffen. Der Streit um die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und die Evangelische Akademie Bad Boll«, S.4, *Online-Texte der Evangelischen Akademie Bad Boll*.

⁶ Brief von Müller an die Evangelischen Pfarrämter vom 9. Juni 1952, AEABB, Akte Soldatentagungen.

⁷ *Die Kriegsgeneration*, Blätter der Deutschen Union Nr.6/August 1952, Titelseite.

⁸ AEABB, Akte der Tagung *Vergangenheit und Zukunft des deutschen Volkes*.

⁹ Ebd.

¹⁰ Ebd.



Rede zur »Brückentagung« der Ev. Akademie

Dipl. Psych. Adelheid Müller-Knauff, Tochter des Akademiegründers Dr. Eberhard Müller

1) In einer meiner frühesten Kindheitserinnerungen stehe ich im Giebelzimmer unserer Wohnung im Südflügel der Akademie und höre, wie meine älteste Schwester Ruthild im Erdgeschoss Klavier spielt. Heute weiß ich, es war das »Regentropfen-Prélude« von Chopin. Es fängt an mit einer fröhlich-leichten Melodie, bis dann das »tropf tropf tropf« in der linken Hand ein immer bedrohlicher werdendes Stampfen wird, zu einer düsteren Melodie, die schließlich abbricht und in einen leisen und unendlich schmerzlichen Gesang, wie ein Weinen oder Wimmern, übergeht. Ich war noch ein Kindergartenkind, ich hörte wie gebannt zu und erinnere mich an den Gedanken, der mich wie eine Erkenntnis durchfuhr: »So war der Krieg!« Es war so, als wären die Erzählungen meiner Eltern und die der älteren Geschwister, die den Krieg noch erlebt hatten, plötzlich emotional von mir erfasst und begriffen worden. Der Krieg, das war die Hölle.

Hölle und Satan spielten keine große Rolle in meiner religiösen Erziehung. Gott stand für Liebe, Jesus für Vergebung, Gnade und Neuanfang. Die Hölle lag hinter uns, und dass sie nie mehr eine Chance haben sollte, dafür kämpfte leidenschaftlich mein Vater. Soviel begriff ich als Kind.

2) Ich erzähle dies hier – nicht so sehr, weil ich es als Psychoanalytikerin »mit den Erinnerungen habe« – sondern weil ich hier eingeladen bin als jemand, der Eberhard Müller persönlich gut kannte. Und das ist ja wichtig, wenn man über seine Motive spekuliert. Und die Deutung seiner Motive, das ist der einzige wesentliche Punkt, an dem ich Sabrina Hoppe widersprechen möchte. In ihrer hochspannenden Netzwerkanalyse, die ich mit ganz großem Gewinn an Erkenntnis und sogar Vergnügen an den lebendigen Briefzitate gelesen habe – stellt sie die These auf, dass Eberhard Müller mit Hilfe der Akademiearbeit seine konservativen politischen Überzeugungen, CDU-Politik durchsetzen wollte. Ich behaupte: umgekehrt wird ein Schuh draus: Er nutzte seine politischen Netzwerke, um seinen christlichen Auftrag erfüllen zu können. Und dieser religiöse Auftrag hatte etwas Existentielles, es ging ums Überleben. Nur wenn wir konstruktiv streiten lernen, und das heißt als ersten Schritt immer: zuhören lernen, können wir überleben. Denn das ist die Voraussetzung dafür, dass Ideologien wie der Nationalsozialismus und dem – zu der Zeit ja

stalinistisch geprägten – Kommunismus keine Chance mehr haben.

Mein Vater hat gar nicht immer CDU gewählt. Viele Jahre wählte er SPD. Seine Gegner waren nicht die Sozialisten, er hielt sie eher für Träumer. Sein Gegner war:

3) »Die Automatisierung des Bösen«. In der hochtechnisierten komplexen Industriegesellschaft hat der Einzelne kaum eine Chance, eine moralisch integre Entscheidung zu treffen. Jede Entscheidung wird zur »Gruppenentscheidung«, er spricht sogar von »Gruppenpersönlichkeiten«, die der christlichen Botschaft bedürftigen. So sehr Eberhard Müller an die Überlegenheit des westlichen politischen Systems glaubte, so unablässig warnte er davor, den Marktmechanismen freien Lauf zu lassen, sie führen ansonsten zur »Automatisierung des Bösen«. (Eine leider häufig übersehene Schrift von E.M. von 1961) Wenn man sein Buch »Bekehrung der Strukturen«, geschrieben vor 50 Jahren, liest, so könnte man viele Passagen ins Grundsatzprogramm der Grünen durchaus übernehmen. Ich bin geneigt, zu behaupten: E.M. würde heute die Grünen wählen. Er wäre entsetzt, wie ich es bin, über die Macht der Finanzkonzerne und über eine neoliberale Politik, in der sich Politiker selbst entmachten, und lebensnotwendige Aufgaben der Gesellschaft in private Hände geben, mit der absurden Phantasie, dass sie besser funktionieren, wenn sich private Investoren damit die Taschen füllen, d.h. jederzeit Geld rausnehmen können, statt Gewinne zu reinvestieren.


4) Ich will nicht bestreiten, dass E.M. einen heftigen antikommunistischen Affekt hatte, auch wenn er dies selbst bestritten hat (S. »Biographisches« 1982, in: Daur und Schubert, Hrsg. Eberhard Müller: Bestand hat, was im Lebendigen weiterwirkt). Der Affekt spielt ja bei Motivdeutungen eine wichtige Rolle. Psychologisch liegt ja nahe, dass dies auch mit drei Jahren an der Ostfront zu tun haben könnte und mit der uns erst heute bekannten Tatsache, dass die Propaganda der Nazis viele ihrer Gräueltaten in Osteuropa der Sowjetischen Seite zugeschoben hatte. Ich folge aber trotzdem nicht der Kritik von Frau Hoppe, dass die Akademie mit ihren Soldatentagungen nur vorgegaukelt hätte, ein dritter neutraler Ort zu sein, da E.M. ja ganz eindeutig auf Seiten der Westbindung und damit der Wiederbewaffnung

der Bundesrepublik gewesen sei. (SYM 2020) Dies ist m.E. eine Vermischung von Setting, wie wir Gruppenanalytiker es verstehen, und inhaltlicher Position. Das Setting muss neutral sein, die inhaltliche Position nicht unbedingt. Wichtig wäre, zu überprüfen, ob die Kritiker der Wiederbewaffnungspolitik adäquat zu Wort gekommen sind auf Tagungen, bei denen es um die politische Frage der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik ging – egal, welche Position E.M. persönlich vertrat. Daran muss gemessen werden.

Und dieser Prüfung hält er nicht immer stand: Mir ist ein Protokoll von Eberhard Müller in die Hände gekommen (Sonderdruck aus »Die neue Furche« vom Dez.1951), in dem er ein Treffen von »Kirchenführern« mit Spitzenpolitikern, unter anderem Adenauer auf der einen Seite, Heinemann und Arndt auf der anderen Seite beschrieb, zu dem die Evangelische Akademie eingeladen hatte. Seine Darstellung der Adenauer'schen Position nahm 4x so viel Raum ein wie die der Gegenseite... Für viele mag auch sein leidenschaftlicher, pointierter Diskussionsstil und seine recht drastische Bildersprache einschüchternd gewirkt haben. Andererseits litt er ganz sicher nicht unter einem Mangel an Selbstironie, und konnte ebenso gut einstecken, wie er austreten konnte.

5) Im Streit mit seinen in der Studentenbewegung engagierten Kindern ging es E.M. häufig um den Begriff der Macht. Wir empörten uns über die Behandlung der »Machtlosen«. E.M. ging es darum, nicht die »Macht« an sich zu verteufeln, sondern um das Erkennen möglicher Gegenmacht, um das Entfalten des »Spiels der Kräfte«. Dazu ist notwendig, all jene ausfindig zu machen, die an einer komplexen Struktur beteiligt sind – die Mächtigen und die Machtlosen, diejenigen, die man sieht, und diejenigen, die bislang nicht gesehen werden. Und: last but not least, ihnen

die gegenseitige Abhängigkeit deutlich zu machen. Bertolt Brecht schrieb: »Denn die einen sind im Dunkeln und die anderen sind im Licht. Doch man sieht nur die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.« Die mächtigen Kapitaleigner können ihre Abhängigkeit zu verringern suchen, indem sie die »Machtlosen« unsichtbar machen, ihre Verantwortung an Subunternehmen abgeben, deren Verantwortungslosigkeit sich wiederum in einem undurchdringlichen Gestrüpp von Arbeitsvermittlern und deren Sklavenhalter-ähnlichen Praktiken verbirgt. Heute sind es häufig Journalisten und NGOs, die diejenige Arbeit machen, die sich die Ev. Akademie in den 60er Jahren vorgenommen hatte. Die Zeitschrift LE MONDE diplomatique schrieb im Februar d.J. über die Sklavenarbeit in der Gummihandschuhindustrie (S. 4): »Wo die großen multinationalen Konzerne und Investoren nur gebetsmühlenartig (!) auf ihr Konzept der Corporate Social Responsibility (CSR) verweisen, schaffen es bisweilen kleine zivilgesellschaftliche Organisationen mit Hilfe medialer Aufmerksamkeit, sie tatsächlich zum Handeln zu zwingen.« Die Ev. Akademie ist heute eine unter vielen solcher Organisationen, und bei gelegentlichen Einladungen, für die ich sehr dankbar bin, konnte ich mich davon überzeugen, dass Sie weiterhin dabei sind, Licht ins Dunkle zu bringen. Dafür danke ich Ihnen.

Und warum erzähle ich Ihnen das alles, 32 Jahre nach Eberhard Müllers Tod? Es ist sehr wichtig, seine Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen zu kennen, um daraus zu lernen. Mir scheint es aber noch wichtiger, seine Motive und Impulse, einen humanisierenden Einfluss in die Welt zu tragen und dafür Institutionen zu schaffen, weiterzutragen und sich von seiner Energie anstecken zu lassen, einer »Automatisierung des Bösen« entgegenzuwirken. 

Fragen und Diskussion

Moderation: Wolfgang Mayer-Ernst, Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll

Prof. Dr. Norbert Haag: Die Soldatentagungen, von denen Frau Hoppe berichtet hat, waren wohl ein neues Format und konnten womöglich als Seelsorge an den ehemaligen Soldaten legitimiert werden. Aber ich habe mich gefragt, ob diese Tagungen, gewollt oder ungewollt, auch der Nähe des Protestantismus zum Militarismus zu sehen sind und damit einer Kontinuität vom dritten Reich in die junge Bundesrepublik hineingeschuldet waren. Können Sie dazu aus Ihrer Perspektive etwas sagen?

Dr. Sabrina Hoppe: Das lässt sich tatsächlich nicht allgemein sagen, sondern ich habe mir in den detaillierteren Forschungen, die ich betrieben habe, notiert, welche Karrieren quasi die einzelnen Referenten hinter sich haben. Und da sind bei der »Nazitagung« einzelne Leute dabei: Einer, der war einige Jahre als Hausarzt irgendwo auf dem Land untergetaucht, bevor er dann noch mal eingestiegen ist als Jurist oder sonst irgendwas. Diese einzelnen Karrieren von Kontinuitäten waren kurz unterbrochen, und von diesen Menschen waren es definitiv viele bei der »Nazitagung«. Die Akademie selber war ja auch ein Hort für Leute, die hier eine neue Anstellung gebraucht haben. Eberhard Müller war auch da jemand, der solche Leute unterstützt hat, und sein Bruder Bernhard, der Fabrikant war, war da auch sehr aktiv. Es gibt zum Beispiel auch einige hohe Militärs, die in der »Historical Division« tätig waren. Das ist eine historische Division gewesen, eine Abteilung von Deutschen, die ihr Wissen über den Krieg und über die Militärgeschichte eingebracht haben in die Forschungen für die Alliierten. Da sind einige untergekommen. Oder zum Beispiel auch im Institut für Zeitgeschichte in München, das ja gerade für die Aufklärung des Nationalsozialismus bekannt ist. Zum Beispiel war dort am IFZ ein gewisser Herr Schart aktiv und wurde nach Bad Boll eingeladen. Und generell zur Frage der Kontinuitäten zum Beispiel im Bereich der Soziologie, also der Bevölkerungswissenschaften, da war zum Beispiel sowohl Bad Boll als auch Hermannsburg ein ganz großer Pool, wo Leute aus der Soziologie wieder Aufträge gekriegt haben.

Wolfgang Mayer-Ernst: Ich wollte das kurz mit zwei Namen aus Bad Boll nochmals deutlich machen: Heinrich Eberbach, der Studienleiter, der die Soldatentagungen organisiert hat, war ehemaliger Panzergeneral in der Wehrmacht. Zu den Männern, die im Nationalsozialismus in wichti-

gen Positionen saßen, gehört zum Beispiel der Eröffnungsvortrag der Soldatentagungen, Reinhard Höhn, einer der führenden NS-Juristen, SS-Oberführer und 1939 – 1945 Direktor des Instituts für Staatforschung an der Berliner Universität. Nach dem Krieg war er kurz untergetaucht, arbeitete bis 1953 als Heilpraktiker und wird also 1950 zur Soldatentagung nach Bad Boll als Eröffnungsvortrag referent eingeladen.

Man überlegt sich das ja sehr genau, wen man für einen Eröffnungsvortrag einlädt. Einen ehemals wichtigen NS-Juristen einzuladen, das entspricht zwar gewissermaßen dem Mainstream der Adenauerdemokratie. Man musste die alten Eliten irgendwie für die Demokratie gewinnen, ohne sie ging der Aufbau eines Verwaltungsapparates nur schwerlich. Aber eine kritische Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur war so kaum möglich.

Oder müssen Sie mir da widersprechen, Herr Haag.

Norbert Haag: Ich weiß nicht, warum Sie denken, dass ich da widersprechen möchte. Es ist eine sensible Thematik und ein schwieriges Feld, da kann es einen einmal von unserer eigenen deutschen Geschichte wegleiten, und man muss sich zum Beispiel einen Irakkrieg anschauen, wo man sich zumindest fragen kann, war es ganz glücklich, allen Funktionsträgern eines verbrecherischen Regimes keine Optionen mehr zu eröffnen, und sie so teilweise zum IS zu treiben. Die Frage ist ungeheuer schwierig, die Frage ist ungeheuer diffizil. Wenn wir uns als Historiker diese Frage anschauen, dann dürfen wir aus meiner Sicht nicht nur die Angebote aufgreifen, die uns damals tätige Akteure unterbreiten und sagen, jawohl, das haben sie gemacht und jawohl, das haben sie gewusst, sondern wir müssen aus meiner Sicht natürlich schon auch ihre Aktionen, ihre Beweggründe kontextualisieren. Und in dem Zusammenhang würde ich dieses Kontinuitätsmoment oder dieses Moment jenseits einer moralischen Bewertung letztendlich angesprochen wissen wollen. Das war eigentlich das ganze Anliegen.

Wolfgang Mayer-Ernst: Frau Müller-Knauß, man muss deutlich sagen, dass sich Ihr Vater mit ganzem Herzen gegen die Desorientierung und damit auch für die parlamentarische Demokratie, für eine liberale Gesellschaft eingesetzt hat, et-

was, was im deutschen Protestantismus bis 1945 eher ein absolutes No-Go war.

Walter Fischer (*Teilnehmer*): Ich habe an einer der Tagungen zur Wiederbewaffnung in Bad Boll als Student teilgenommen. Damals waren sehr viele Studenten dabei, fast alle natürlich Kriegsteilnehmer. Ich war nur noch ein paar Monate im Kriegsdienst, aber eben auch. Und die überwiegende Zahl der Studenten waren emphatisch gegen die Wiederbewaffnung. Der Tagungsleiter Eberhard Müller hat sich dafür ausgesprochen. Auch Bischof Wurm hat einen Vortrag gehalten. Die Studenten haben ihm zunächst einmal aus demokratischer Einstellung heraus ruhig zugehört, obwohl sie mit seinen Ausführungen nicht einverstanden waren. Aber dann hat sich zum Schluss seiner Rede Bischof Wurm zu einem Schillerzitat verstiegen: »Die Freiheit ist der Güter höchstes nicht.« Das ist ein Schillerzitat, das da überhaupt nicht hingehört, aber diese Aussage hat dann zu einem Sturm der Entrüstung geführt, und Eberhard Müller hatte seine liebe Not, dem Landesbischof noch einen einigermaßen zivilen Abgang zu ermöglichen. Das ist meine Erinnerung an diese Tagung.

Ich habe aber noch aus psychischer Sicht ein Erlebnis, das ich kurz berichten will. Ich bin mit elf Jahren mit meiner Mutter am Tag nach der Pogromnacht in Stuttgart durch die Calwer Straße gelaufen und habe gesehen, wie dort die jüdischen Geschäftsinhaber ihre Scherben zusammengefeigt haben und versucht haben, ihre kaputten Fensterscheiben mit Brettern zu zunageln. Und ich habe beobachtet, wie die Stuttgarter Bevölkerung mit gesenktem Kopf darum herumgelaufen ist, und jeder wusste ganz genau, dass das nicht der Ausdruck des Volkszorns war, so wie es die Propaganda damals dargestellt hat, sondern dass das ein staatlich organisiertes Verbrechen war. Warum ich das jetzt erzähle, ist dies: Ich habe dann nach einiger Zeit dieses Erlebnis vollkommen aus meinem Gedächtnis verbannt. Das passte sozusagen nicht mehr in meine Vorstellungswelt. Erst viele Jahre nach dem Krieg fiel mir das plötzlich wieder ein, und dann habe ich meine Mutter gefragt, ob sie zufällig zum Einkauf nach Stuttgart gekommen war oder ob sie da hingehen wollte, um zu sehen, was da los war. Da war sie leider schon zu alt, um sich daran zu erinnern. Ich habe also die Antwort auf diese Frage nicht mehr erhalten.

Wolfgang Mayer-Ernst: Herr Fischer noch eine Frage: Sie waren in diesem Setting in der Akademie willkommen, auch beim Akademiedirektor,

obwohl Sie ja als Kriegsgegner, Wiederbewaffnungsgegner bekannt waren?

Walter Fischer: Bekannt war ich damals noch nicht. Aber die Studierenden, die da waren, waren willkommen.

Dipl.-Psych. Adelheid Müller-Knauf: Es ist immer die Gefahr, man kommt dann in die Rolle des Apologeten, des Verteidigers hinein, aber ich finde, es gibt schon einen wichtigen Aspekt, den ich hier einbringen möchte: Es gab nach 1945 diese Spaltungstendenzen: Plötzlich waren sie alle Nazigeegner. Das immerhin kann man meinem Vater nicht vorwerfen: Er war zwar Nazigeegner, das kann ich mit Briefen ab 1936 belegen, aber diese Spaltung in »schuldige« und »unschuldige« Deutsche, nämlich in die, die keine Schuld zu haben glauben und sich sogar als »Opfer« fühlen, auch wenn sie gar keine waren, und in die »Nazis«, die »schuldigen« Deutschen – diese Spaltung hat er nicht mitgemacht! Er hat 1945 die Position gehabt: Wir müssen gemeinsam da durch, es ist eine gemeinsame Schuld der Deutschen. Da gibt es nicht nur die Täter (die gab es zweifellos) und die »Reinen«, sondern alle haben einen Teil der Schuld an den furchtbaren Verbrechen der Deutschen. In der Ablehnung dieser Spaltung in Schuldige und Unschuldige sehe ich auch eines der Motive Eberhard Müllers, Männer wie Gerhard Scholz, der ja ein hoher Militär gewesen war, und Herrn Eberbach, einen ehemaligen General, als Mitarbeiter der Akademie einzustellen.

Herr Haag hat die Stuttgarter Schulderklärung angesprochen. Ich bin sehr überzeugt, dass es ein ganz intensiver Wunsch war, dieses Schuldbekenntnis gemeinsam abzugeben, sozusagen als Nation, und wenn man jemals im Ausland gelebt hat, dann weiß man sich auch als Mitschuldige, auch wenn man danach geboren ist. Ich erinnere mich, als ich mit 17 nach USA ging und den ersten Tag in der Schule war und die Treppe hoch ging, flüsterte hinter mir einer: »Gas chambers ... concentration camps ...«. Man ist ständig damit konfrontiert und muss sich damit auseinandersetzen. Und ich finde es wichtig, das im Auge zu behalten, wenn es um diese frühen Nachkriegsjahre geht. Nicht zu rechtfertigen, und erschreckend finde ich das Fehlen der Opferseite in den Tagungen, dass man da nur noch den ehemaligen Kriegsteilnehmern auf deutscher Seite in den Tagungen helfen wollte, zur Wahrheit zu finden. Da würde ich am liebsten nochmals selbst recherchieren, ob das so durchgängig war – vielleicht kann Herr Roether da weiterhelfen ...

Wolfgang Mayer-Ernst: Herr Roether, der Archivar der Akademie, hat es gehört und wird recherchieren. Obwohl ich glaube, die Erfolgsaussichten, vor 1968 da etwas zu finden, sind sehr dürftig.

Frau Müller-Knauß, Sie haben vorhin erzählt, dass Ihr Vater als Gegner des Nationalsozialismus agiert hat, auch in der Kriegszeit, auch in der NS-Diktatur. In seiner Biografie finde ich trotzdem einen Bruch. Er erzählt sehr ausführlich über sein Engagement für die Evangelische Wochen, wo er mit viel Cleverness, auch in Kooperation mit einzelnen GESTAPO-Vertretern, sich zumindest für sein Projekt, die Evangelischen Wochen, einem kirchlichen Unternehmen, sehr engagiert hat. Aber nach 1938 verstummt die Autobiografie und setzt erst wieder 1945 ein. Er war als Soldaten-seelsorger der Wehrmacht im Ausland, in Russland, in Minsk, stationiert. Hat er zuhause oder in Briefen von Erinnerungen aus dieser Zeit erzählt?

Adelheid Müller-Knauß: Feldpost-Briefe gibt es von ihm selbst nicht mehr, aber von einem Pfarrerkollegen aus der bekennenden Kirche, Axel Sommer, der in der Nähe stationiert war und dort umgekommen ist 1944. Dessen Tochter hat die Briefe ihres Vaters entziffert und sie mir dankenswerterweise zukommen lassen, da Eberhard Müller dort mehrfach erwähnt wurde. Ich selbst habe früher mit meinem Vater viel über die Kriegszeit gesprochen. Übrigens war er die ersten beiden Kriegsjahre Bausoldat an der Westfront, und erst von 1942 bis 1945 Militärpfarrer in Russland. Ich habe ihn einmal gefragt: »Sag mal, was hast du da eigentlich machen können? Was hast du denn da gepredigt?« Darauf hat er gesagt: »Ich konnte nicht predigen. Meine Lösung war: Gruppengespräche mit den Soldaten«. Und dann hat er mir eine Anekdote erzählt, dass einmal ein Offizier, der bekannt war als ein bekennender Nazi, in seine Gesprächsgruppe gekommen ist und ihm eine Fangfrage gestellt hat und gesagt hat: »Wird Adolf Hitler in den Himmel kommen?« Daraufhin habe er gesagt. »Da müssen Sie Gott selber fragen, aber ich kann Ihnen ungefähr sagen, was er Ihnen antworten wird: Das werde ich mit Adolf Hitler ganz persönlich besprechen!« Was ich verstanden habe ist: Das Einzige, was er machen konnte, ist, dass die Leute ihr Gewissen nicht mehr abgegeben haben an den Führer, dass er den Soldaten klar zu machen versuchte: Es gibt ein Gewissen und da steht man ganz persönlich vor Gott. Und das, finde ich, ist keine unerhebliche Arbeit. Ob er die Kriegsgräuere der Wehrmacht mitbekommen hat, darüber weiß ich nichts. In den Briefen Axel Sommers, der übrigens nicht als

Pfarrer eingesetzt war, sondern als Funker, gibt es eine Stelle, wo er erwähnt, es hätten die Partisanen furchtbar gewütet. Ich denke, die Forschungen darüber hat mein Vater gar nicht mehr erfahren. Da war mein Vater längst tot, als herauskam, wie die Nazis die Gräueltaten der eigenen Soldaten der Gegenseite, den »Partisanen«, zugeschoben haben. Ich bedaure, ihn nicht noch mehr über diese Zeit befragt zu haben. Wenn man ihn persönlich gefragt hat, hat er viel über diese Zeit gesprochen.

Wolfgang Mayer-Ernst: Wenn ich noch einmal auf den aktiven Einsatz von Eberhard Müller für die Evangelischen Wochen verweise, dann entspricht das dem, was lange in der Württembergischen Landeskirche als Widerstand bezeichnet wurde, aber in Wahrheit doch dem, was Sie, Herr Haag, als Sicherheitsbedürfnis und Sicherung kirchlichen Handlungsspielraumes bezeichnet haben, entspricht.

Norbert Haag: Ich denke, das wird man wahrscheinlich schon so sehen können. Wir sind aus meiner Perspektive in der privilegierten Situation, nicht in dieser Zeit leben zu müssen, und ich finde, es ist ungeheuer schwierig, den damals handelnden Personen gerecht zu werden. Das Zitat, das ich in meinem Vortrag anführte, ist aus meiner Sicht deswegen so interessant, weil es den Primat der Sicherheit in einer Situation existenzieller Bedrohung der Landeskirche sehr klar zum Ausdruck brachte. Das Zitat ist deswegen interessant, weil diese Aussage in einer Besprechung des Landesbischofs mit seinen Dekanen getroffen wurde. Da drang nichts nach außen, da war man unter sich, da konnte man sich austauschen. Es gibt die Analyse des Landesbischofs wieder, und diese Analyse führte zu bestimmten Konsequenzen, wie er seine Handlungsmöglichkeiten bewertete. Und seine Handlungsmöglichkeiten hat er aus meiner Perspektive, und das ist die Perspektive des rückschauenden Historikers, klar priorisiert. Und da stand für ihn sozusagen auf der allerallerobersten Ebene, darauf zu achten, wie er seine Landeskirche durch diese herausfordernden, schwierigen Zeiten bringt. Das Problem bei dieser Geschichte war, dass sozusagen diese kirchenpolitische Konzeption eine Kehrseite hat, nämlich das Schweigen. Weil man eben seine Kirche durch diese Zeit bringen wollte, hat man andere Themen sehr bewusst nicht angesprochen. Dazu gehört zum Beispiel das Thema Reichspogromnacht oder Ähnliches. Dazu gehört natürlich auch, was man auch wissen muss, dass der Herr Landesbischof Wurm sich anschließend

für die in Erscheinung Getretenen, wie Julius von Jahn, eingesetzt hat.

Noch ein weiterer Aspekt: Wir müssen aufpassen, dass wir nicht zu scharf kategorisieren, sondern wir müssen auch die Bereiche benennen, wo es sozusagen Übereinstimmungen gegeben hat, und die Übereinstimmungen gab es in vielen Bereichen. Wenn wir Wurm als Kind des Kaiserreiches begreifen mit seiner Hochschätzung des Militärischen, des Nationalen etc. pp, dann hilft es schon zu verstehen, warum die »außenpolitischen Erfolge«, die die NS-Diktatur vor allem in der Vorkriegszeit, auch zu Beginn des Krieges zu erzielen wusste, schon gut ankamen. Sie wurden diskutiert, sie wurden geschätzt. Und das sind sozusagen dann die Bereiche, wo ich sagen muss, so sehr es Bereiche gab, wo man klar auf Widerständigkeit gesetzt hat, so sehr es Bereiche gab, über die man geschwiegen hat, so sehr gab es auch noch Bereiche, wo man, sagen wir mal, sich sehr nah an dem bewegte, was auch den Nationalsozialisten wichtig war.

Wolfgang Mayer-Ernst: Ich glaube, es ist klar, dass es nicht um moralische Überheblichkeit gehen kann, sondern allerhöchstens auf den Hinweis darauf, dass in den 50er, 60er, 70er Jahren in der kirchlichen Zeitgeschichtsforschung einige blinde Flecken und auch beschönigende Beschreibungen kirchlichen Widerstandes zu finden waren.

Prof. Dr. Jörg Hübner: Ich habe hier noch einmal deutlich gemacht dieses Symbol der Brücke, dieses Logo, das unsere Akademie bis heute prägt. Was würden Sie sagen, Frau Hoppe, Herr Haag und auch Sie aus Ihrer persönlichen Stellung, Frau Müller-Knauß, war diese Anfangszeit eine Phase des Brückenbauens? Könnte man die Akademie dort als Brücke verstehen? Was hat sich dort ereignet? Ihre Einschätzung?

Sabrina Hoppe: Auf jeden Fall könnte sich in dem Brückensymbol, wenn man es darauf anwenden will, der Versuch zeigen, eine Brücke für diejenigen Menschen zu bauen, die, aus welchen Gründen auch immer, sich nicht mehr mit der Kirche oder dem christlichen Glauben verbunden gewusst haben. Da würde ich den missionarischen Ansatz noch mal stark machen, der wirklich quasi als Nebenerscheinung zu allen, nennen wir sie politischen Instrumentalisierungen oder Erscheinungen ganz, ganz stark ist, dass es Eberhard Müller selber immer darum gegangen ist zu zeigen, da, wo wir scheitern, sind wir einfach aus der Schöpfungsordnung herausgefallen, da ma-

chen wir nicht das, wo uns der Glaube an Gott eigentlich hinsetzen möchte, und da sind wir dem Wort nicht mehr treu gewesen. Bei der Theologie Eberhard Müllers bin ich teilweise an meine Grenzen gestoßen, an welche Strömungen man sich da andocken kann. Das ist eigentlich nur eine personelle Verbindung. Ich würde also grundsätzlich diesen missionarischen Aspekt sehen.

Norbert Haag: Ich würde es einmal wie folgt formulieren: Ich befinde mich auf einer kleinen Insel in der Mitte eines Flusses, und ich baue jetzt eine Brücke an das andere Ufer in der Richtung, in die ich blicke. Und in dieser Hinsicht könnte ich mich der Vorrednerin anschließen, dass man darauf geachtet hat, wie man weiter nach vorne kommt. Was mir fehlt, ist sozusagen der Bogen nach hinten, der erklärt, warum ich auf der Insel in der Mitte des Flusses stehe, den finde ich deutlich unterbelichtet, und das hat auch die Akademie nicht geleistet (ich glaube, das können Menschen, die sozusagen in ihrer eigenen Zeit stehen, wahrscheinlich überhaupt nur begrenzt leisten). Da kommen wir vielleicht ein Stück weit an die *conditio humana*, aber diese Aufgabe darf darüber hinaus nicht vergessen werden. Die kirchliche Zeitgeschichte hat sich sehr spät, man könnte sagen zu spät und vielleicht erst auf erheblichen Druck von anderer Seite her dieser Frage gestellt. Sie hat es getan, das muss man auch sagen, denn es gibt aus meiner Sicht sozusagen ein übertriebenes Kritisieren der kirchlichen Zeitgeschichte und ihrer Defizite. Es ist ja nicht so, dass sie nichts getan hätte. Sie hat vielleicht ein bisschen spät damit angefangen. Zwischenzeitlich ist sie als kompetenter Gesprächspartner geschätzt und gewürdigt. Den Zeitpunkt des Einsetzens kann man vielleicht als optimierungsfähig bezeichnen.

Wolfgang Mayer-Ernst: Sie sind das beste Beispiel dafür, dass die kirchliche Zeitgeschichtsschreibung auf der Höhe der Zeit angekommen ist.


Adelheid Müller-Knauß: Zunächst fiel mir ein: Die Akademie war und ist eine »Brücke zum Überleben.« Damals wie heute ist für mich das Wichtigste, dass sie eine Brücke ist zu dem Teil des Lebens, der immer mehr durchgreifend ist, also die Arbeitswelt, die politische Welt, die Finanzwelt. Wichtig ist, dass die Kirche sich nicht davor drückt, eine humanisierende Aufgabe zu haben in dieser Welt. Bei Eberhard Müller gibt es Zitate aus seinen Schriften in den 60er/70er-Jahren, die klingen zum Teil wie das Grundsatzzprogramm der Grünen heute.

Wolfgang Mayer-Ernst: Das ist, glaube ich, das bleibende Vermächtnis Ihres Vaters, wo wir in der Akademie versuchen, mit unserer Arbeit dran zu bleiben.

Walter Fischer (*Teilnehmer*): Zum Thema Brücke. Eine Brücke zurück ist das Buch von Frau Biermann-Rau: »An Luthers Geburtstag brannten die Synagogen«, das 2012 herausgekommen ist.

Zur Zukunft. Ich bin schon lange nicht mehr in der Kirche, weil es mir nicht mehr möglich ist, mit meinem Weltbild das Weltbild der Kirche zu übernehmen. Keiner der drei Artikel des Glaubensbekenntnisses ist nach meiner Sicht heute noch mit dem Christentum verträglich, und ich

fände es gut, wenn die Akademie mal eine Tagung machen würde zu diesem Thema. Ich denke, die drei Buchreligionen stehen alle vor der Brücke in die Zukunft, sie sollten sich gemeinsam bewegen aus ihrem alten Weltbild heraus. Mir ist klar, dass die Akademie damit ein Problem hat, denn die Konservativen in der Synode könnten ihr deshalb die Mittel abdrehen.

Wolfgang Mayer-Ernst: Vielen Dank, Herr Fischer, das ist, glaube ich, eine wichtige Geschichte und ganz im Sinne des volksmissionarischen Anliegens des Akademiegründers. 

»Was ist des Deutschen Vaterland?« – Die Tagungen der Jungen Generation in Bad Boll in den 1960er Jahren – auch ein Rückblick auf die Akademiegeschichte?

Pfarrerin Dr. Sabrina Hoppe, Pfarrerin im Dekanat Traunstein, Bloggerin und Verfasserin einer Dissertation über Eberhard Müller und Friedrich Karrenberg

Ich frage im Folgenden danach, ob in den 1960er Jahren, die in der Innenperspektive der Akademiegeschichte oft als Phase der Transformation der Ausrichtung der Akademie gesehen werden, vielleicht auch eine Auseinandersetzung mit den Anfangsjahren der Akademie stattgefunden hat. Ich betrachte dabei insbesondere die sogenannten Tagungen der Jungen Generation. Sie entstanden bereits in den frühen 1950er Jahren.

In das Selbstverständnis der Akademie haben sich die 60er Jahre als Zeit der großen Neuausrichtung eingebrannt – man sei vom Forum zum Faktor geworden, heißt es da in der Rückschau, habe Position bezogen und sei »politischer« geworden. Aber wurde in diesem Zusammenhang an der Akademie auch das »Schweigen der Väter« über die NS-Vergangenheit durchbrochen? Fand auch dort eine »ertrotzte Aufklärung«¹ statt, wie sie der Historiker Norbert Frei für die Bundesrepublik diagnostizierte?

Die Themen der Tagungen der Jungen Generation in den 1960er Jahren wurden v.a. von Studienleiter Klaus Reblin geprägt und deckten viele Themen ab. Zwei Tagungen werden ich im Folgenden näher betrachten.

Die Tagung »Was ist des Deutschen Vaterland« fand vom 27.-30. Dezember 1964 statt und behandelte »Das Problem des Nationalismus in Deutschland«. Während aus heutiger Perspektive unter diesem Titel auch eine Aufarbeitung des Nationalsozialismus denkbar gewesen wäre, konzentrierte sich die Tagung auf das zeitgenössische »Vaterland«, das angesichts der innerdeutschen Teilung – seit drei Jahren stand die Berliner Mauer – eine neue Dimension der Nationalität eröffnete. Die Tagung orientierte sich dabei wissenschaftlich an den Forschungen des Historikers Eugen Lemberg, der damals als einer der renommiertesten Wissenschaftler insbesondere in der sogenannten Ostforschung galt. Im Einleitungstext des Tagungsprogramms wird jedoch deutlich, inwiefern Studienleiter Reblin eben in dieser Schwerpunktsetzung eine Konsequenz aus den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus sieht:

»Lange Zeit nach dem letzten Weltkrieg war das Problem des Nationalen in Deutschland tabu. Das war eine vielleicht notwendige, sicherlich aber verständliche Reaktion. Wir hatten böse Erfahrungen gemacht. Ein übersteigter Nationalismus, der seine Wurzeln in einer Zeit lange vor der Hitler-Herrschaft hatte, hatte Deutschland an die Grenze nationaler Existenz geführt, an eine Grenze, die noch heute, fast zwanzig Jahre danach, das Leben und Denken in Deutschland bestimmt. (...) Das politische Geschehen der letzten Jahre, besonders aber der letzten Monate hat gezeigt, daß es an der Zeit ist, das Problem des Nationalismus in Deutschland neu, und zwar nüchtern zu durchdenken.«² Reblins Diagnose des Tabus des Nationalismus bezieht sich augenscheinlich auf die Diskurslage in Deutschland allgemein, er spitzt seine Einschätzung nicht auf die Kirche zu, bzw. kirchliche Institutionen im Allgemeinen. Der Einleitungstext der Tagung erwähnt vielmehr keine Fragen des Glaubens bzw. schafft keinen weltanschaulichen Rahmen für die Diskussion der Frage des Nationalen. Reblins Worte von der »Grenze nationaler Existenz« sind hingegen wohl bewusst offen gewählt, so dass sowohl die geographischen Grenzen Deutschlands als auch die Grenzen der Menschlichkeit mitgedacht werden können. Seine Einschätzung der Tabuisierung geht nicht darauf ein, inwiefern dieses Tabu auch auf den Tagungen der Akademie galt, nimmt sie jedoch auch nicht aus. Das »Schweigen der Väter« als umfassendes Phänomen setzt diese Tagung voraus.

Reblin verweist hier auf sachliche Notwendigkeiten der Wiederbelebung eines diskursiv in Deutschland schwierigen Begriffs und verteidigt damit gleichzeitig auch die Präsenz einer solchen Thematik an einer Evangelischen Akademie: Hier soll eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Nationalismus stattfinden, die die Teilnehmenden in die Lage versetzt gegenwärtige Debatten informiert zu begleiten und zu bereichern und sich dabei nicht von Prägungen, individuellen Erfahrungen und vorgebildeten Überzeugungen begrenzen zu lassen. Damit reaktiviert Reblin ein Paradigma des evangelischen Nachkriegsprotestantismus, das bestimmte Strömungen des Protestantismus bereits in der Zwischen-

kriegszeit geprägt hat, nämlich die Rede von »Nüchternheit und Sachlichkeit« als Maßstäbe protestantischer Urteilsbildung.

Reblins Aufruf zur Nüchternheit impliziert dabei eine Rückkehr zu den Sachfragen einer Debatte, eine Forderung nach möglicher Ideologiefreiheit, die sich auch in früheren Diskussionen protestantischer Akteure in sozialpolitischen und wirtschaftsethischen Fragen wiederfindet, wie sie auch in der Nachkriegszeit im Umfeld der Evangelischen Akademie Bad Boll und der Arbeitsgruppe IV des Evangelischen Kirchentags geführt wurden. Strittige Fragen sollten unabhängig von politischen und kirchlichen Parteibildungen diskutiert werden, entsprechend jedoch mit Sachkenntnis zu den behandelten Themen etwa zur Lohngerechtigkeit unterfüttert sein. Hans Hermann Walz wiederum, zunächst Studienleiter in Boll, dann lange Zeit Generalsekretär des Kirchentags, prägte mit dieser Haltung auch den Kirchentag. Sie beinhaltete eine Hinwendung der Kirche zur Welt, die in Gestalt des Kirchentags exemplarisch vorangetrieben werden sollte.

Der »Bezug zur Welt« wurde Programm, noch bevor man das in der Praktischen Theologie als »empirische Wende« betitelte. Auch in wissenschaftlichen Einrichtungen schlug sich das nieder, so z.B. im 1955 von Heinz-Dietrich Wendland an der Universität Münster eingerichteten Institut für Christliche Gesellschaftswissenschaften.³ Für Eberhard Müller selbst bildete der oben bereits erwähnte Leitbegriff des Kompromisses die Essenz seiner Arbeit an der Akademie, den er ebenfalls im Sinne dieser Sachlichkeit und Nüchternheit verstanden wissen wollte. So betonte er in seiner Autobiographie, es sei ihm in der Akademiarbeit, nie um »*Harmonisierung, sondern um Sachlichkeit*« gegangen.⁴

Zu verweisen ist an dieser Stelle darauf, dass der Kompromissbegriff in der evangelischen Theologie auch bei dem späteren Praktischen Theologen Dietrich Rössler aufgegriffen wurde, der sich wiederum auf Trillhaas bezieht. Nach Rössler vermittelt der Kompromiss zwischen ethischer Tradition und gegenwärtigen geschichtlichen Veränderungen und ermögliche als integratives Prinzip so »*die Aufnahme neuer Gesichtspunkte, die Rücksicht auf Rechte, die bisher keine Rolle gespielt hatten, die Integration von Einsichten, die sich neu und unüberhörbar zu Wort melden und deren Unterdrückung nur gegen die Prinzipien der Ethik selbst möglich wäre.*«⁵

Theologiegeschichtlich interessant ist an dieser Stelle, dass Archiv-Unterlagen aus Bad Boll zeigen, dass Rössler im Anschluss an seine medizinische Promotion an der Evangelischen Akademie tätig war: 1952 war er maßgeblich an der Organisation der Tagungen für die Junge Generation in Bad Boll beteiligt, wie ein Rundschreiben vom Dezember 1952 belegt.⁶ Rösslers spätere Überlegungen zum Kompromiss und seine theologische Heimat in der sogenannte Wendland-Schule finden so auch in der institutionellen Praxis der Akademie mit ihrer Hinwendung zur Welt eine Entsprechung.

Reblins Formulierungen im Tagungsprogramm zur Nationalismus-Tagung im Oktober 1964 standen somit ganz in der Tradition der Evangelischen Akademie, in dem sie die Akademie zu einem möglichst ideologiefreien Raum machen wollten – dass eigene weltanschauliche Überzeugungen und Prägungen manchmal die eigene Haltung als ideologiekritischer wahrnehmen, als sie von anderen beurteilt wird, steht damit außer Frage. Trotzdem kann der Ruf Reblins zur Nüchternheit und Sachlichkeit als Interpretation der Hinwendung der Kirche zur Welt aufgefasst werden, die den deutschen Protestantismus bereits seit Jahrzehnten zu prägen schien und in der Institutionalisierung von Kammern und der Versprachlichung der Urteilsbildungen in Denkschriften an die Öffentlichkeit gelangte. Gleichzeitig mag dieser Ansatz durch Theologen wie Dietrich Rössler Eingang in die akademische Theologie gefunden haben, wodurch die Wechselwirkungen von institutionalisierter Reflexion und akademischem Diskurs abgebildet werden.⁷

Die zweite Tagung, die ich hier erwähnen möchte, ist die Pfingsttagung für die Junge Generation 1965 mit dem Titel »Deutsche Bilanz« vom Juni 1965. Die Tagung war in ihrer Ausrichtung eine Wiederauflage der Tagung »1945-1956 – Zeit der Bewährung?«, die im Mai in Kloster Hirsau stattfand.

Es ging in beiden Tagungen um die Frage, ob es in den »*letzten zwanzig Jahren zu einer politischen und geistigen Selbsterneuerung gekommen*« ist, so formuliert Reblin im Tagungsprogramm: »*Wir haben etwas Neues geschaffen. Aber sind wir neu geworden? (...) Steht das wiederaufgebaute Deutschland auf einer neuen Basis? Oder haben wir die Aschehaufen der Vergangenheit zur Basis für unsere neue Ordnung gemacht?*«

In der Stunde der Besinnung, so ist im Tagungsbericht zu lesen, begnügte sich Reblin dabei nicht

mit einer bloßen Bilanzierung, sondern forderte eine klare Haltung der Kirche in politischen Entscheidungen unter dem Titel »Ach, daß Du kalt oder warm wärest...«, ein Zitat aus Offb 3,15. Er diagnostizierte darüber hinaus ein Versagen der Kirche in der Nachkriegszeit. Sie habe »nur Geborgenheit« und keine echte Hilfe »zu einem Neuaufbau der Gesellschaft geboten (...)« und habe sich ferner nicht bemüht, »auch selbst neu zu werden.« Als Konsequenz forderte er eben jenes entschiedene Handeln der Kirche, da die »Christen im Rücken die Auferstehung« hätten, so dass man »diesen Mut von ihnen erwarten« könne.⁸ Liest man Reblins Worte auch als Analyse und Kritik der Handlungen der eigenen kirchlichen Institution, so könnte man freilich die frühen Soldatentagungen als eben jene Handlungen der bloßen »Geborgenheit« interpretieren, die eben die Chance zu einer Neuausrichtung der Gesellschaft verpasst hätten. Eine solche Deutung ist jedoch zumindest gewagt, da innerkirchliche Kritik für gewöhnlich eben jenen Teil der Kirche meint, dem der Sprecher sich nicht zugehörig fühlt. In der zweiten Auflage seiner Besinnung zu Pfingsten verstärkte Reblin den Impuls, dass Christen sich zu positionieren hätten, wenn er formuliert, die Christen würden »einmal hier, ein anderes Mal dort stehen, ein Mal links, ein anderes Mal rechts. Sie werden aber immer auf der Seite der Freiheit stehen, auf der Seite der Freiheit des Menschen, seiner Gesellschaftsordnung und seines Staatswesens.«⁹

Eine explizite Auseinandersetzung mit der Geschichte der Akademie hat in den 1960er Jahren nicht stattgefunden hat. Die Versäumnisse bezüglich eines ausgeglichenen Diskurses zur Vergangenheitsbewältigung lösten auch die Tagungen der Jungen Generation nicht ein: Die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur kamen selbst nicht zur Sprache, es blieb unter den Referenten weiterhin bei einem »Herrschaftsdiskurs« der akademischen, politischen und öffentlichen Elite. Das änderte sich erst in den 1980er Jahren, als erste Tagungen zur Rolle der Medizin und der Justiz im Nationalsozialismus sowie zum »Vermächtis der Opfer« in Bad Boll stattfanden.¹⁰

Die 1960er Jahre, so die scheinbar einhellige Feststellung der Boller Chronisten bildeten eine Umbruchphase der Akademiearbeit, die meist als Verschiebung des Selbstbildes »vom Forum zum Faktor« bezeichnet wurde – eine Darstellung,¹¹ der zwar so nicht eindeutig zugestimmt werden kann, die jedoch zumindest auch der Wahrnehmung Eberhard Müllers entspricht: In seiner Autobiographie und auch darüber hinaus betonte er

den Charakter der Akademie als Forum des Austauschs und wehrte sich gegen Vorstellungen, die die Akademie selbst als Faktor in Debatten sehen wollten. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass dies so lange galt, wie er selbst festlegte, für welche Themen, Akteure und Haltungen die Akademie ein Forum bilden sollte. Müller selbst schuf durch Tagungen wie die oben analysierten Soldatentagungen Fakten in der kirchlichen und politischen Bewusstseinsbildung und machte die Akademiearbeit damit zu einem relevanten Faktor in der öffentlichen Wahrnehmung der Kirche.

Seine eigene Darstellung der Akademie als Forum ohne eigene Haltung zu politisch diskutierten Themen war in diesem Sinne ein Selbstbetrug, bzw. ein kluger und taktierender Ansatz, der ähnliche Töne wie der politische Konservatismus anschlug: Der Kampf um die Aufrechterhaltung bestehender Ordnungen konnte so als Bollwerk gegen emanzipative, libertäre und politisch damit oft linke Strömungen verteidigt werden. Die später oft so genannte »Politisierung des Protestantismus«¹², die angeblich den deutschen Protestantismus in den 1960er Jahren transformierte, ist demnach nicht etwa die erste Politisierung einer bis dahin unpolitischen Konfession, sondern zeigt vielmehr eine Mehrheitsverschiebung an, die eine größere Offenheit des Protestantismus für Themen wie Schöpfungsbewahrung, Gleichberechtigung, Friedensethik etc. abzubilden vermag.

Die Rede von der Verschiebung vom Forum- zum Faktorcharakter der Akademie übersieht diese Diskursverschiebung und greift daher zu kurz, um den Wandel im Selbstverständnis der Akademie angemessen zu beschreiben. Allerdings: Vielleicht liegt der tatsächliche Wandel nicht im Selbstverständnis der Akademie »nach innen«, sondern in ihrer Kommunikation nach außen: Dementsprechend wären die Tagungen der Jungen Generation oder auch exemplarisch die berühmte Dutschke-Bloch-Tagung ein Ausdruck dessen, was die Akademie seit ihrer Gründung bereits faktisch praktizierte: Sie wollte ein Ort – wenn man so will: ein Forum – sein, an dem Themen, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung haben, in einer Art und Weise, die keinen akademischen Zugang erfordert, diskutiert werden konnten, um damit selbst ein Multiplikator für Themen, Akteure, Meinungen und Ideen zu sein und die Teilnehmer der Tagungen selbst zu solchen Multiplikatoren zu machen.

Setzt man voraus, dass eine Bildungseinrichtung wie die Evangelische Akademie Bad Boll ein Ort des Dialogs über Themen von allgemeinesell-

schaftlichem Interesse sein will, wo Sachfragen und Haltungen aus der Perspektive des christlichen Glaubens und auf der Basis eines evangelischen Menschenbildes diskutiert werden, so liegt es in ihrer Verantwortung, sich insbesondere mit denjenigen Themen auseinanderzusetzen, die diskursive Spannungen hervorrufen, bzw. neue Fragen aufwerfen, die nicht durch bloßes politisches Handeln gelöst werden können. Eine Tagung folgt somit immer dann dem Ziel der Akademiearbeit, wenn es ihr gelingt, gesellschaftlich strittige Themen so zu behandeln, dass eine ergebnisoffene Diskussion möglich ist, die allen Teilnehmern zugesteht, ihre Meinung zu vertreten und sich der Überzeugungsarbeit anderer zu widersetzen. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach den »Grenzen des Sagbaren« (Thomas Niehr) am Ort der Akademie im gegenwärtigen gesellschaftlichen Diskurs.

Inwiefern die Akademie sich heute dieser und weiteren Herausforderungen annehmen kann und was sie darüber hinaus für eine plurale und demokratische Gesellschaft zu leisten vermag, ist unter anderem Gegenstand dieser Tagung – in gut protestantischer Sachlichkeit und Nüchternheit, die den Kompromiss sucht und zwischen Forum und Faktor zu unterscheiden weiß.

Anmerkungen:

¹ Norbert Frei, *Die Zeit*, 2001.

² Tagungsprogramm, AEABB, *Tagungen der Jungen Generation*, Akte »Was ist des Deutschen Vaterland?«

³ Vgl. Zu den Ausführungen auch Sabrina Hoppe, *Forum und Faktor*, Tübingen 2019.

⁴ Eberhard Müller, *Widerstand und Verständigung*, Stuttgart 1987, S.70.

⁵ Dietrich Rössler, »Der ethische Kompromiss.« In ders., *Akzeptierte Abhängigkeit. Gesammelte Aufsätze zur Ethik*. Tübingen: Mohr Siebeck, 2011, 3–16, hier 13, zitiert nach Sabrina Hoppe, *Demokratische Konsenskultur? Von der Sympathie des bundesdeutschen Protestantismus für eine Ethik des Kompromisses*, ZNThG Bd.32, H.2 (2016), S.235-252, hier S. 238.

⁶ *Rundschreiben an die Teilnehmer der Tagungen für die Junge Generation*, AEABB, *Tagungen der Jungen Generation*


⁷ Vgl. zur Rolle der Akademie und des Kirchentags in diesem Zusammenhang: Helmut Schelsky, *Ist die Dauerreflexion institutionalisierbar?*, ZEE 1 (1957), S.153-174.

⁸ *Sachlicher Bericht, AEABB, Soldatentagungen Akte Nr. 70. Die Tagung fand in Kooperation mit General Reinhardt aus der Abteilung für Soldatenfragen statt.*

⁹ *Sachlicher Bericht, AEABB Deutsche Bilanz 65, Junge Generation Pfingsten.*

¹⁰ Vgl. dazu: Joachim Schwarz: *Die sauberen Verbrechen. Tagungen zum Thema »Medizin im Nationalsozialismus«*, in: *Aufbruch zum Dialog*, S.99-104. Bereits seit 1978 fanden allerdings die sogenannten christlich-jüdischen Toralernwochen in Boll statt, die bis heute fortgeführt werden. Die erste EKD - Studie zum christlich-jüdischen Dialog erschien unter dem Titel »Christen und Juden« im Jahr 1975. 1973 fand in Boll die erste Tagung zum christlich-jüdischen Dialog statt.

¹¹ Albrecht Daur: *Forum oder Faktor. Die Auseinandersetzung über das Selbstverständnis und die Wirkungsmöglichkeiten der Akademiearbeit*, in: *Manfred Fischer/Christoph Bausch (Hgg.): Aufbruch zum Dialog*, S.268.

¹² Klaus Fitschen/Siegfried Hermle/Katharina Kunter/Claudia Lepp: *Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre*, Göttingen 2011. 

Impuls eines Zeitzeugen

Dr. Klaus Hirsch, ehemaliger Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll

1974 kam ich nach einem dreijährigen Aufenthalt in Kamerun als Entwicklungshelfer als Studienleiter an die Akademie nach Bad Boll. Zuvor war ich Gemeindepfarrer in Kirchheim unter Teck. Ich konnte ein neues Referat übernehmen: FÜB, Fach- und Führungskräfte Übersee. Es ging dabei meistens um Wochenseminare zur Auslandsvorbereitung für Mitarbeiter deutscher Firmen, v.a. für die großen Firmen Bosch, Daimler, Siemens, in Zusammenarbeit mit deren Auslandsabteilungen. Großartige Vorbereitungsarbeit leistete der bald verstorbene Heiner Hofmann.

Das Referat hat sich dann bald erweitert zum Internationalen Referat mit den Schwerpunkten interkulturelle und interreligiöse Kommunikation im Kontakt mit der Industrie und Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, wie Brot für die Welt, DÜ, DED, BMZ, AGEH, der SEZ.

Es entwickelte sich eine intensive internationale Arbeit und dies mehrere Jahrzehnte lang. Bad Boll wurde zum Ort von Auseinandersetzungen auf hohem Niveau zwischen Menschen aus Übersee und Deutschen. Es entwickelte sich eine internationale Arbeit im Sinne unseres heutigen Mottos »Streiten lernen und Brücken bauen«. Langjährige, oft auch freundschaftliche Kontakte entstanden zwischen Afrikanern, Südamerikanern und Asiaten. Simultanübersetzungen waren an der Tagesordnung.

Beispiele aus der Arbeit:

Enge Zusammenarbeit mit südafrikanischen Partnern in der Zeit der Apartheid und danach, u.a. mit Jacob Zuma. Eine langjährige Partnerschaft mit Diakonia Council of Churches in Durban entwickelte sich, Begegnungsreisen wurden organisiert. Hilfreicher langjähriger südafrikanischer Kollege in Boll und später in Kapstadt war Robert Kriger und seine Frau Ethel.

Besondere Bedeutung bekamen Auseinandersetzungen v.a. mit der afrikanischen Kolonialgeschichte. Höhepunkt war eine Tagung zu 100 Jahre Berliner Afrikakonferenz 1984, u.a. mit Prof. Dr. Tirmiziou Diallo aus Guinea. Er prägte in den Diskussionen ein Motto, das mir bis heute wichtig und anregend ist:

»Afrika ist nicht das Problem, sondern die Lösung«. Das war und ist eine Herausforderung für internationale Begegnungen und für die Entwicklungszusammenarbeit: Wo liegen die Probleme zwischen Afrika und dem Westen? Die andern sind nicht immer das Problem, die Afrikaner haben ihre eigenen Lösungen in der alltäglichen Zusammenarbeit, in den Arbeits- und Familienstrukturen. Das gilt genauso für Südamerikaner und Asiaten. Aber die Europäer wollten und wollen bis heute nicht von den anderen lernen. Mit diesem Bild des europäischen Lehrmeisters setzen wir uns immer wieder auseinander.

Ein Höhepunkt meiner Arbeit mit afrikanischen Partnern war eine Tagung in Dakar, vor Ort, mit Unterstützung des BMZ.

Des Weiteren hatten wir regelmäßige Kontakte, Begegnungen und Tagungen mit Südamerikanern, vor allem mit Mexikanern und den Lebensproblemen v.a. der indigenen Bevölkerung, so in der Region Chiapas. Bis heute wird diese Arbeit von Studienleiter Mauricio Salazar weiterhin unterstützt. Immer ging und geht es dabei auch um die Achtung der Menschenrechte.

Diese standen auch in der Arbeit mit chinesischen Minderheiten im Mittelpunkt, nicht immer zur Freude der chinesischen staatlichen Autoritäten. In der Arbeit mit chinesischen Freunden wurde auch der Pfarrer, Missionar und Sinologe Richard Wilhelm wieder entdeckt, der auf dem Bad Boller Blumhardt Friedhof begraben liegt. Mehrere Wilhelm Tagungen fanden statt. Von Wilhelm kann bis heute viel gelernt werden für die Begegnung zwischen Europa und Asien. »Ost und West sind einander unentbehrliche Geschwister« war sein Lebensmotto. Vom Vikar der württembergischen Kirche zum Missionar in China bis zum Sinologieprofessor in China und der Gründung des China Instituts an der Uni Frankfurt führte sein Lebensweg.

Viele aktuelle entwicklungspolitische Tagungen haben in meiner Zeit die Arbeit in Bad Boll geprägt. Die meisten sind im Akademiearchiv dokumentiert und bieten bis heute vielerlei Anregungen zu tagesaktuellen Themen und Streitfragen.

Kann Kirche Demokratie? Ein Blick zurück und ein Blick nach vorn

Arnd Henze, Redakteur und Reporter beim WDR mit dem Schwerpunkt investigative Recherche. Autor des Buches »Kann Kirche Demokratie?«

Die großartigen Vorträge und Diskussionsbeiträge heute Nachmittag haben noch einmal eindrucksvoll gezeigt, was das Unverwechselbare der Evangelischen Akademien sein kann, wenn sie sich so beharrlich, differenziert und auch selbstkritisch den blinden Flecken unserer öffentlichen Debatten widmen. Dass wir dabei nach 70 Jahren erstmals auf ein so wichtiges Feld wie die Soldatentagungen schauen, belegt dabei, wie viel aus den ersten Nachkriegsjahrzehnten immer noch der Aufarbeitung harrt – und natürlich deswegen auch toxisch bleibt, weil sich das Unverarbeitete jederzeit und ohne Vorwarnung in die Öffentlichkeit drängen kann.

Das ist dann aber eine andere Diskurswelt als der gepflegte Kammerton von Akademien. Und das ist auch die Perspektive, aus der ich auf das Thema Erinnerungskultur blicke. Im öffentlichen Raum geht es eben nicht nur um historische Einordnung, Kontext, Differenzierung. Es geht um Aneignung und Deutungshoheit über Diskurse. Hier sehe ich mit Sorge, dass sich die demokratiefeindlichen Kräfte von heute nahezu widerspruchslos an die demokratieskeptischen bis -feindlichen Stimmen im Protestantismus der frühen Nachkriegsjahre bedienen können.

Wir könnten jetzt ein Quiz machen: Wer hat's gesagt? Und ich bin sicher es würde Ihnen in jedem Einzelfall schwer fallen zu entscheiden, ob ein Zitat von Björn Höcke, Alexander Krawitz und Alexander Gauland stammt – oder von einem hochverehrten Bischof oder Kirchenpräsident a.D. aus der EKD. Kein Thema betrifft das so sehr, wie die Debatte um einen Schlusstrich und die Relativierung der NS-Geschichte. Von wem stammt zum Beispiel der Satz: »Der Augenblick ist gekommen, mit der Liquidation unserer Vergangenheit zu einem wirklichen Abschluss zu kommen!«? Man kann sich einen solchen Satz gut auf einem AfD-Parteitag vorstellen. Aber er stammt aus einer Radioansprache von Bischof Hanns Lilje aus dem Jahre 1949 und steht für unzählige ähn-

liche Zitate, die sich in Predigten und Reden nahezu aller Kirchenführer dieser Zeit finden lassen (ich muss hier übrigens nicht Gendern – es waren alles Männer). Auch das Aufrechnen von NS-Verbrechen mit der Bombardierung deutscher Städte war schon seit der Gründung der EKD und der Stuttgarter Schulderklärung ein ebenso ver-

breitetes Motiv kirchlicher Rede, wie es das heute in rechter Rhetorik ist.

Mit Blick auf die »Stuttgarter Erklärung« hatte schon Karl Barth früh gewarnt, sie sei der »Vordersatz zu der heute auf der Zunge liegenden Gegenanklage«. Tatsächlich wählten die evangelischen Kirchenführer in ihrer Kritik an der

Besatzungspolitik von Beginn an eine völlig andere Tonlage als in der Beschreibung eigener Schuld.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft standen die westlichen Alliierten vor der Herausforderung, den Staat, seine Verwaltungen und den Sicherheitsapparat vom Einfluss der Nazis zu befreien. Das war das Ziel der Entnazifizierungspolitik, aber auch der Inhaftierung mutmaßlicher NS-Verbrecher. Auch wenn sich konkrete Maßnahmen nur gegen einen Bruchteil der Täter richteten, entstand in der Bevölkerung schnell das Narrativ von der Sieger- und Rachejustiz – am lautesten vertreten von den großen Kirchen. Kirchliche Stellungnahmen aus dieser Zeit sind nahezu durchgängig geprägt von Relativierungen der NS-Verbrechen auf der einen und maßloser Übertreibung der Entnazifizierungsprozesse auf der anderen Seite. Dabei machte es keinen Unterschied, ob die Verfahren anfangs durch die Besatzungszonen geführt oder ab 1946 mit dem Befreiungsgesetz an die Deutschen überführt wurden.

Sogar Martin Niemöller verstieg sich im Namen der gesamten EKD zu dem Vorwurf, mit dem Befreiungsgesetz werde »nunmehr eine Verfolgung einer bestimmten Gesinnungshaltung in einem Umfang legalisiert und betrieben, wie sie selbst unter dem Naziregime niemals betrieben



wurde«. Im Februar 1948 rief Niemöller die Bevölkerung sogar zum Boykott der Spruchkammerverfahren auf und wies alle hessischen Pfarrer an, nur noch als Entlastungszeugen daran teilzunehmen. Zahlreiche Proteste von engagierten Protestanten, die in diesen Spruchkammern mitwirkten und sich von der eigenen Kirche an den Pranger gestellt fühlten, blieben unbeantwortet.

Zu diesem Zeitpunkt war die Rehabilitierung früherer Nationalsozialisten im Übrigen bereits weitgehend abgeschlossen. Die Zahlen widerlegen eindeutig die kirchliche Propaganda. So wurden in der von den USA verwalteten Zone in fast einer Million Verfahren gerade einmal 1 586 (0,2 Prozent) Überprüfte als Hauptschuldige und 22 122 (2,3 Prozent) als NS-Aktivisten eingestuft.

Wenn die Kirchen trotzdem immer wieder von »Millionen Opfern« der Entnazifizierung sprachen und weder die differenzierte Praxis der Spruchkammern noch die zahlreichen Amnestien zur Kenntnis nahmen, operierten sie bewusst mit falschen Fakten. Ihre Kampagne gegen die Entnazifizierung war Populismus pur: faktenfrei, demagogisch und mit dem Konstrukt einer homogenen »Volksgemeinschaft«, das nur über aggressive Ausgrenzung aufrechterhalten werden konnte.

In vielen Stellungnahmen verband sich die Parteinahme für die Rehabilitierung von NS-Beamten mit einer Diffamierung von NS-Gegnern. So behauptete der damalige EKD-Ratsvorsitzende Theophil Wurm in mehreren offiziellen Schreiben an die US-Besatzungsregierung, die »Verfolgung Unschuldiger« bedeute »die Heranziehung ungeeigneter, ja amoralistischer und krimineller Elemente«. Wer ehemalige NSDAP-Mitglieder von Ämtern ausschließe, hole »fachlich unfähige und charakterlich ungeeignete« Personen in die Verwaltungen. Gemeint waren jene, die im April 1933 der Gleichschaltung durch das Berufsbeamtengesetz zum Opfer gefallen waren: also Sozialdemokraten, Liberale und Juden.

Wenn man sich das alles ansieht – und es ist nur ein Ausschnitt dessen, was Wissenschaftler wie Clemens Vollnhals schon in den 1980er Jahren zusammentrugen – dann können Sie erahnen, was für eine unerschöpfliche Fundgrube kirchliches Reden und Handeln aus dieser Zeit für neu-rechte Ideologen heute bildet. Und das ist kein abstraktes Horrorgemälde. Die AfD hat ihr erklärtes Ziel einer »180-Grad-Wende in der Erinnerungspolitik« mit einem strategischen Angriff auf die kirchliche Erinnerungskultur unterfüttert.

Schon im Juni 2019 behauptete der AfD-»Flügel« in seiner Broschüre »Unheilige Allianzen« eine doppelte historische Kontinuität. Die eine Linie behauptet einen durchgängigen Pakt der Kirchen mit den Mächtigen und dem Zeitgeist: von den Deutschen Christen in der NS-Zeit über den DDR-Kirchenbund im SED-Regime bis zur heutigen EKD und ihrer angeblichen Komplizenschaft mit der »Merkel-Diktatur«. Entsprechend gibt es in diesem Konstrukt eine zweite Linie: von der Bekennenden Kirche und dem weltlichen Widerstand gegen Hitler über mutige Einzelne wie Pfarrer Oskar Brüsewitz, der sich 1976 in einer Protestaktion gegen das DDR-Regime selbst verbrannte, bis zu allen, die heute der »Merkel-Diktatur« widerstehen.

Als die Broschüre erschien, wurde sie in kirchlichen Kreisen kaum beachtet. Was da behauptet wurde, erschien vielen als so abwegig, dass man es nicht durch Widerspruch aufwerten wollte. Damit hat man freilich zugelassen, dass sich das infame Doppelnarrativ vom »Pakt mit den Mächtigen« auf der einen und der Aneignung der Widerstandslinien auf der anderen Seite nahezu unwidersprochen ausbreiten konnte – und bei den Coronaprotesten zu einem tragenden Motiv wurde. Die Angriffsflächen unserer für selbstverständlich genommenen Erinnerungskultur haben es den Verächtern der Demokratie leicht gemacht, die Deutungshoheit über die Geschichte in wichtigen gesellschaftlichen Resonanzräumen zu beanspruchen.

Und genau darum geht es, wenn wir über die Frage »Kann Kirche Demokratie?« sprechen. Eine Erinnerungskultur, die nur im geschützten Raum von Akademietagungen und Gedenkveranstaltungen funktioniert, überlässt den öffentlichen Raum denen, die sich die Vergangenheit so zurechtbiegen wollen, wie es in ihr antidemokratisches Weltbild passt. Der schamhafte Mix aus Wegducken, Apologetik und Verklärung, der den kirchlichen Umgang mit den Altvorderen immer noch bestimmt, wird in der rauen politischen Debatte im öffentlichen Raum nicht funktionieren.

Die Alternative liegt dabei freilich nicht in einer billigen und nur der Selbstentlastung liegenden Distanzierung – so als hätte dieses Denken nicht Jahrzehnte nach 1945 geprägt und bis heute Spuren in den Gemeinden hinterlassen. Das aktive Wissen um das restaurative Erbe der Nachkriegszeit braucht als Ergänzung eine selbstbewusste Erzählung, wie sich die Kirchen von diesem Erbe gelöst und mit der Aneignung der Demokratie auch ein Verständnis für die bleibende und nicht

verhandelbare Verantwortung für die Vergangenheit erstritten haben. Wo wir diese historische Lernerfahrung – und es ist eine historische Leistung – als lebendigen Teil unserer Geschichte überzeugend vermitteln und auf heutige Debatte beziehen können, brauchen wir uns vor der Auseinandersetzung mit den Geschichtsfälschern von Rechtsaußen nicht zu fürchten.

Die Stärkung einer ehrlichen und streitbaren Erinnerungskultur ist der deshalb ein Akzent, den die Kirchen zur Stärkung der Resilienz im Stresstest der Demokratie beitragen können und sollten.

Der andere Akzent richtet sich auf die Zukunft, die längst die Gegenwart unserer Gesellschaft prägt. Es geht um die Frage, wie wir den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unter den Bedingungen einer immer größeren Pluralität und Vielfalt neu aushandeln und organisieren. Die Antwort auf diese Herausforderung kann weder das von Rechts propagierte Klammern an ein homogenes Gesellschaftsbild des vorigen Jahrhunderts sein (das tatsächlich ja der Realität entsprach), noch kann die Lösung in der Fragmentierung oder den Egoismen von immer kleinteiligeren Teilkraften liegen.

Die liberale Demokratie braucht ein starkes zivilgesellschaftliches Kraftzentrum, das die Vielfalt der Gesellschaft abbildet und sich immer wieder auf das Gemeinsame in dieser Pluralität verständigt – oder sagen wir es genauer: dieses Gemeinsame erstreitet. Demokratie ist Streit, sagt ja auch der Bundespräsident immer wieder – aber dafür braucht es eine Streitkultur, die Widerspruch als Ausdruck von Wertschätzung erkennt, und etwas weniger von der mitunter erdrückenden Sehnsucht nach Harmonie im kirchlichen Raum.

»Kann Kirche Demokratie?« bedeutet für diese zentrale Zukunftsfrage: finden wir in diesen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen eine selbstbewusste Rolle, die weder im Beharren auf einer längst vergangenen kulturellen Deutungshoheit, noch im Rückzug in den identitätspolitischen Schmollwinkel besteht? Die Antwort auf diese Frage wird natürlich dadurch erschwert, dass wir durch die Freiburger Studie wissen, dass

die Einbrüche bei Mitgliedszahlen und Einkünften noch weiter an Fahrt aufnehmen werden – und schrumpfende Institutionen strukturell eher zur Regression als zum Aufbruch tendieren.

Umso mehr braucht es Klarheit über die Alternative: entweder reißen die Gemeinden und Gruppen ihre Fenster weit auf und bejahen sich als eine von der Botschaft des Evangeliums getragene »Kirche mit anderen« – dann bedeutet das zwingend, sich den sozialen und kulturellen Milieuverengungen zu stellen und sich bewusst als Lernort für gelebte Vielfalt zu verstehen. Oder sie entwickeln sich im Schrumpfungsprozess als Rückzugsorte einer vergangenen homogenen Welt, als Bollwerke, in denen man sich gegen die gefühlten Bedrohungen einer sich verändernden Gesellschaft abschottet – und mit Bach und Luther auch als »Deutsche« noch unter sich sein kann (wobei Bach und Luther auch einer pluralen Gesellschaft um ihre Wertschätzung nicht fürchten müssten).

Dass es zwischen diesen beiden Polen auch Berührungspunkte gibt, kann nach meiner Überzeugung nicht darüber hinweg täuschen, dass der Umgang mit Vielfalt nicht nur das Selbstverständnis der Kirche nach innen, sondern auch ihre Wahrnehmung nach außen für die kommenden Jahre entscheidend definieren wird. Und so erfolgreich die Verjüngung und die Parität zwischen Männern und Frauen in den Gremien angepackt wurden: wenn in allen vier Synoden, in denen ich Mitglied bin (vom Kirchenkreis bis zur EKD) kein einziges Mitglied mit sichtbarer Migrationsgeschichte ist – dann können wir wichtige gesellschaftliche Debatten gar nicht führen, weil uns das Erfahrungswissen fehlt.

Ob Kirche Demokratie kann, ist deshalb eine Frage, die immer offenbleiben muss. Wie beim Fußball liegt die Antwort auf dem Platz – wir geben sie, wo immer wir uns im Stresstest der Demokratie als Teil des Problems oder als Ressource zur Stärkung ihrer Resilienz erweisen.

Vielen Dank!



Diskussion und Gespräche

Moderation: Wolfgang Mayer-Ernst, Studienleiter der Evangelischen Akademie Bad Boll

Wolfgang Mayer-Ernst: Nochmals die Nachfrage, was es heißt, Vielfalt leben und Diversität auf sich zukommen lassen, heißt das auch: Besitztümer infrage zu stellen.

Arnd Henze: Wir erleben es ja auf Kirchentagen. Meine Frau ist interkulturelle Beraterin. Sie war in einem Beratergremium beim Dortmunder Kirchentag. Das Gremium hat, glaube ich, nur einmal getagt, und dann erlebte sie das, womit wir es ganz oft zu tun haben: Am Ende kriegten ganz viele Veranstaltungen so einen Marker »Diversität«. In Wirklichkeit war das häufig alter Wein in neuen Schläuchen. Alles, was irgendwo nach Vielfalt aussah, kriegte plötzlich das neue Label. Das war zu kurz gesprungen. Und das ist die Erfahrung, die gerade dazu führt, dass immer weniger Junge zum Kirchentag kommen. Wenn Jugendliche fünf Tage irgendwo hinfahren wollen, aber ihre Freundinnen und Freunde, mit denen sie im Alltag, in den Schulen und in den Cliques zusammen sind, fühlen sie sich da nicht angesprochen: dann bleiben sie zuhause. Dann ist es für diese Generation viel attraktiver, gelebte Diversität bei Fridays for Future auszuleben, als mit der evangelischen Jugend viele zuhause zu lassen. Das heißt: Es ist eine Überlebensfrage für die Kirche selber, ob sie es schafft, die längst alltägliche Realität gerade in den Städten, wo Schulklassen, und zwar nicht nur in den sozialen Brennpunkten, längst 40, 50 Prozent postmigrantisches Jugendliche haben, diese Vielfalt zu erproben und so zu leben, dass man von dieser Realität nicht abgehängt wird. Wir brauchen in den Kirchen einen Lernprozess, den die Gesellschaft als Ganzes längst durchmacht. Das ist konfliktträchtig. Die ganze Aufgeregtheit, die ganze Aggressivität der Debatten um Identitätspolitik beschreibt der Soziologe El Alafaami als im Grunde ein Paradox gelingender Integration. Also die Tatsache, dass die ganzen migrantischen Communities nicht mehr nur die Dienstleister im Niedriglohnsektor sind, sondern längst ihren Platz am Tisch der gesellschaftlichen Debatten einfordern und einklagen. Das ist ja eine Erfolgsgeschichte, aber das führt dazu, dass sie irgendwann nicht nur mit am Tisch sitzen wollen, sondern auch die Gesprächsordnung, die Gespräche thematisch mitbestimmen wollen, und das heißt, dass andere weniger reden können, und dass andere nicht nur ihre Lieblingsgerichte der letzten Jahrzehnte bekommen, sondern dass auch die Speisenfolge diverser wird. Das ist ein Aushandlungsprozess,

wo wir, glaube ich, nicht die Erfahrensten sind, die am Tisch sitzen. Wenn wir diesen Lernprozess nicht ganz bewusst annehmen, dann bleiben wir nicht nur uns, sondern der ganzen Gesellschaft etwas schuldig – und das betrifft dann die Demokratie als Ganzes.

Wolfgang Mayer-Ernst: Dazu ein Kommentar im Chat von Sabrina Hoppe, die wahrscheinlich nicht zu Unrecht schreibt: Solange das Personal in den Kirchen nicht auch diese Diversität abbildet, ist es schwierig, sich in diesen Prozess einzubringen. Und da haben wir schon den ersten Knackpunkt zur Frage der Diversität. Denn die ist mit unserem hier nicht sehr hilfreichen kirchlichen Arbeitsrecht nicht so leicht zu bekommen.

Prof. Dr. Norbert Haag: Ich finde es eine spannende Diskussion, ich könnte bei der inhaltlichen Beschreibung sehr gut mit. Bei dem, was ich so erlebe, plagt mich gelegentlich die Skepsis, wie dieser Lernprozess, den wir beschreiten sollten, gelingen kann. Denn wenn ich mir zum Beispiel die kirchliche Erinnerungskultur anschau, z.B. beim Reformationsjubiläum oder ähnlichem, dann sieht mir das doch sehr nach Selbstlob aus. Ich habe mich beim Zuhören gefragt, wie initiieren wir eigentlich diesen Prozess, den Sie aus meiner Sicht völlig zurecht angemahnt haben? Mit Blick auf die soziologische Struktur unserer Kirche wäre ich da nicht sehr hoffnungsfroh gestimmt, und ob ich sehr hoffnungsfroher wäre, wenn ich mir jetzt einen Teil unsere kirchenleitenden Gremien vergegenwärtige, das weiß ich offen gestanden auch nicht so recht. Was bleibt denn da eigentlich noch? Für Akademien hätten wir eigentlich in meinen Augen ein super Betätigungsfeld, auf dem sie sich profilieren könnten, aber ich würde jetzt auch nicht sagen wollen, dass man ihnen das Leben gerade besonders leicht macht. Das führt jetzt nicht zu einer brillanten Analyse, aber das sind Dinge, die mich beim Zuhören sehr bewegt haben, wie ich gestehen muss.

Arnd Henze: Ich bin da etwas optimistischer. Ich glaube, wenn wir über Erinnerungskultur reden, dass das weg muss vom Ritualisierten und hin muss da, wo es auch von außen herausgefordert ist. Ich komme jetzt relativ viel herum, und ich kriege in Gemeinden gezeigt, wie die durch einen externen Anstoß – und ich glaube, man kann die externen Anstöße nicht hoch genug einschätzen –

dazu gebracht werden, Selbstverständlichkeiten in ihren Kirchengebäuden so zu thematisieren, dass etwas Kreatives heraus kommt. Wir haben die destruktive Debatte um die Hitlerglocke in den Kirchen gehabt. Die haben ganze Gemeinden zerstört, weil sie davon überrollt, bedrängt wurden. Es war ihnen gar nicht bewusst. Es hat medialen Druck gegeben. Das hat die Gemeinden polarisiert, hat die rechten Kräfte gestärkt. Im Ergebnis war das also kontraproduktiv. Einige Pfarrer haben die Gemeinden verlassen und manche praktizierenden Vorstände sind daran zerbrochen. Das zeigt, wenn man nicht vorbereitet wird, dann kann einen das überrollen, und kein Mensch weiß, durch welchen Zufall und durch welchen unvorhersehbaren Auslöser so etwas auf einen hereinbrechen kann. Ich habe es umgekehrt erlebt, wie zum Beispiel in Bielefeld: Da hat eine Schülergruppe eine große Kirche besichtigt und hat sich über die kriegsverherrlichenden Gedenksteine im Eingangsbereich gewundert, die es ja in vielen Kirchen gibt. Die Schüler haben einen Brief an das Presbyterium geschrieben und damit einen Diskussionsprozess ausgelöst, der dazu geführt hat, dass sich die Gemeinde intensiv damit beschäftigt hat, wie dieser Eingangsbereich neu und als Denkanstoß gestaltet werden kann. Das Ergebnis ist ein herausragendes Beispiel einer zeitgemäßen Brechung – eben nicht als Verdrängung, sondern Denk- und Diskussionsanstoß. Sie glauben gar nicht, was das für die Schulklassen für ein Erfolgserlebnis war, dass sie mit ihrer Verstörung, die sie ausgelöst haben, ein so kreatives und am Ende auch stadtweit und landeskirchenweit wahrgenommenes Projekt generiert haben. Und ich glaube, dass wir Erinnerungskultur so anpacken müssen: weg vom schamvollen »wir müssen doch irgendetwas tun«, und hin zu einer Erzählgemeinschaft des Gelingens. Das ist ansteckend und damit. Wo Erinnerungskultur und Erinnerungsarbeit gelingen, kann sie auch neue Akteure gewinnen, wie diese Schulklassen – wenn man sie daran teilnehmen lässt. Und am Ende generiert der Erfolg den Mut an anderer Stelle.

Ich bin übrigens ziemlich sicher, dass viele Gemeinden in den nächsten Jahren nicht nur beim Thema NS-Vergangenheit, Kriegsvergangenheit, Nationalismus, Militarismus, sondern auch zum Beispiel beim Thema Rassismus auf dem völlig falschen Fuß erwischt werden. So wie der Melchior im Ulmer Münster von einem Tag zum anderen von der »Bild«-Zeitung bis zum SWR in den Medien war, und es nur einem wirklich hochgradig kommunikativen Dekan und seiner Kirchengemeinde zu verdanken war, dass diese Welle sie nicht überrollt hat. Die haben es wirklich ge-

schaft, die Frage im Blick zu behalten: Kann eine rassistische Melchiorfigur tatsächlich unsere Weihnachtsgeschichte symbolisieren? So ein Konflikt kann jeder Gemeinde mit jedem Aufhänger, mit jedem Anlass passieren.

Wir hatten grad im Rheinland einen Tag der Presbyter. Es gab dort zwei Workshops, in denen es zu offen rassistischen Äußerungen kam – ohne, dass das von der Moderation aufgefangen wurde. Das hat sofort auf Facebook und Twitter die Runde gemacht – und die Landeskirche hat plötzlich aus dem Schock heraus bemerkt, dass sie da großen Nachholbedarf hat. Alle, die meinen, sie könnten das Thema aussitzen, werden davon eingeholt. Umgekehrt: Nur wenn wir das Thema proaktiv auf unsere Tagesordnung setzen, werden wir solche Herausforderungen auch erfolgreich bestehen können. Und das ist gerade beim Thema Rassismus, mit dem wir uns in den Kirchen noch kaum auseinandergesetzt, ein ganz großes Zukunftsthema.

Romeo Edel (*KDA Stuttgart*): Ich bin dankbar für Ihren zweiten Beitrag, weil der das für mich noch einmal relativiert hat, was Sie mit Kirche meinen. Ich möchte Ihnen gerne die Frage stellen: Von was reden Sie, wenn Sie von Kirche reden? Sie haben viel von den Kirchenoberen und von dem, was es an Leitpublikationen gibt, geredet. Aber es gibt ja sehr viel anderes, und das haben Sie, glaube ich, in Ihrem zweiten Beitrag deutlich gemacht. Gleichzeitig bin ich nahe bei Ihnen, weil ich natürlich die Spannung auch sehe, dass oft von Kirchenleitungen alles versucht wird zu vermeiden, was irgendwie ein bisschen Aufruhr erzeugt. Der Pressesprecher der Landeskirche sagt, der größte Teil seiner Arbeit besteht darin, Krisen abzuwenden, sodass sie möglichst nicht in die Öffentlichkeit kommen. Da gibt es natürlich ein Problem, das wir als Volkskirche haben, weil wir große Sorge haben, dass irgendwelche Dinge nach außen treten, die zu viele Wellen erzeugen, die wir nicht haben wollen. Da ist eine gewisse Angst. Da könnte ich Ihnen ein Beispiel erzählen, aber wir haben nicht mehr so viel Zeit, wo ein Kollege von Ihnen eine Presseerklärung macht und dann bei uns am nächsten Tag bei uns in Württemberg die Drähte heiß laufen zwischen Bischof und Direktor der Akademie. Da gibt es also diese Fürsorge und die Sorge, dass man das alles nicht will, und deswegen auch diese ganze Diversitätsproblematik. Ansonsten stimme ich der Kollegin Hoppe voll zu, das ist sicher eines unserer Probleme des Personals. Angefangen bei uns Pfarrerinnen und Pfarrern. Wir kommen wahrscheinlich zu über 90 Prozent aus einem be-

stimmten Milieu, so dass wir nicht anschlussfähig sind für die anderen Milieus. Wer sich mit diesen Sinus-Milieus beschäftigt hat, weiß, dass es kein Wunder ist, dass wir nur zwei, drei dieser Milieus abdecken können.

Arnd Henze: Das ist keine Aufgabe, die die Kirchenleitungen lösen können. Sie können Unterstützung geben, sie können Impulse geben, aber die entscheidenden Diskussionen finden im Presbyterium statt. Darüber führt der erste Schritt raus aus der Blase, durch die Einbeziehung der ehrenamtlichen Kirchenvorstände. Dort braucht es den Mut, die Türen sperrangelweit aufzureißen und auch: dass wir uns Feedback von außen holen müssen. Wo sind wir denn aus der Sicht von anderen relevant – und wo sind wir so mit uns selbst beschäftigt, dass wir für andere irrelevant geworden sind? Wenn wir uns dieser schmerzlichen Befragung nicht stellen, dann werden wir tatsächlich als Kirche auch in unserer Relevanz immer weiter schrumpfen. Ja, Sie haben recht, das ist keine Sache von Kirchenleitungen, das ist der Mut, im öffentlichen Raum etwas zu riskieren. Ich habe am Anfang gesagt, ich habe die Evangelischen Akademien als extrem mutig erlebt, und das hat ganz früh fast emotionale Bindungen bei mir geschaffen, auch bei Jugendentagungen, die ich miterlebt habe. Aber dieser Mut wird manchmal auch im Alltag gebraucht, wo es nicht mehr um den geschützten Raum der Akademien, sondern um den Mut im öffentlichen Raum geht.

Ich will Ihnen ein Beispiel erzählen. Heiligabend 2019 wurde in Aue bei einer Weihnachtsfeier für sozial Bedürftige bei einem Streit unter zwei Geflüchteten ein ehrenamtlicher Helfer lebensgefährlich verletzt. Die rechtsextreme Szene in Aue, die durch sehr hohe Wahlergebnisse der AFD in der Region sowieso schon einen Dominanzanspruch hat, hat drei Tage später zu einer großen Kundgebung auf dem Marktplatz aufgerufen. Der Superintendent, ein ganz besonnener Mensch, hat zeitgleich zu einem Friedensgebet in der Kirche aufgerufen. Am Ende waren über 2000 Menschen, von denen viele wahrscheinlich drei Tage vorher im Heiligabendgottesdienst gesessen haben, plötzlich auf einer von der NPD angemeldeten Kundgebung und hörten Martin Kohlmann, dem Stadtrat aus Chemnitz, zu, der sagte: »Naja, wenn der Superintendent nicht kommt, dann halte ich hier mal eine Predigt«. Und wenn Sie das im Internet sehen, sehen Sie eine demagogisch perfekt vorgetragene Hasspredigt und völkische Predigt – und 2000 Leute haben dem zugehört, haben geklatscht, keiner ist gegangen. Und


die Kirche? Sie hat hinter den Mauern ihrer großen Stadtkirche mit großzügig geschätzt 500 Menschen nicht im öffentlichen Raum, sondern hinter verschlossenen Türen ein Friedensgebet abgehalten. Das war eine Situation, wo die Machtfrage gestellt wurde! Hier ging es um die Frage: Wo ist die Kirche in dieser aufgewühlten Situation? Gibt sie den öffentlichen Raum kampflos preis oder verteidigt sie ihn? Wo erkämpft sie ihn auch später zurück oder wo zieht sie sich ängstlich zurück und überlässt den Raum anderen, die ihn dann auf verschiedenste Weise demagogisch füllen? Ich glaube, solche Situationen sollten wir uns alle in unseren Kirchengemeinden in dieser extrem polarisierten gesellschaftlichen Situation, in der wir sind, vorstellen und uns die Frage stellen: Wo geben wir selber öffentlichen Raum frei, und wo finden wir die zivilgesellschaftlichen Partner? Denn allein werden wir es nicht schaffen, den öffentlichen Raum für die Demokratie zu verteidigen?

Wolfgang Mayer-Ernst: Sie haben mit dem Beispiel noch einmal deutlich gemacht, um was es geht, nämlich den öffentlichen Raum nicht den Falschen zu überlassen.

Prof. Dr. Jörg Hübner: Herr Henze, ich habe Sie zu Beginn so verstanden, dass Sie sagen, die Akademien sollten eigentlich noch mehr Mut haben, gerade wenn sie eine gesellschaftspolitische Brückenbaufunktion übernehmen, eben nicht die seelsorgerliche, sondern die gesellschaftspolitische, im Sinne einer Demokratie. Welchen Tipp würden Sie uns geben, der Sie ein Akademieliebhaber sind, in welche Richtung wir zu gehen haben, damit denn dieser Mut erkennbar ist in der Gestaltung des öffentlichen Raumes? Wie würden Sie das sehen auch als Redakteur vom WDR, eines öffentlichen Senders, der die Öffentlichkeit wahrnimmt?

Arnd Henze: Wir starten jetzt eine Reihe: »Wiedersprechen« Das Ziel ist es, für die offensichtliche Zerrissenheit, Ungeduld, Überforderung, Erschöpfung, Wut der Menschen nach über einem Jahr Corona einen öffentlichen Hörraum zu schaffen. Wir werden zunächst acht Veranstaltungen machen, immer mit einem anderen Schwerpunkt. Wir haben die Entscheidungsträger der Stadt und gesellschaftliche dazu wichtige Multiplikatoren von Handelskammer, Gewerkschaften, ASTA, KITA-Leiterinnen bis zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen, eingeladen – und zwar ausdrücklich nicht, um als Referenten unter sich zu diskutieren, sondern zuzuhören und die Erfahrungen aufzunehmen. Mal kucken, ob uns das

gelingt. Am Anfang muss das natürlich digital sein, aber so bald wie möglich wollen wir die Räume wieder analog und präsentisch machen. Wir wollen einen Raum, in dem sich die Menschen nicht zwischen den Durchhalteparolen der Regierung und den Lockrufen Querdenker und Demokratieverächter zerrieben fühlen. Denn die Demagogen nutzen doch das kommunikative Vakuum und rufen: kommt alle her zu uns, die ihr mühselig und beladen seid, bei uns werdet ihr erquicket! Wir müssen dieser Querdenkerszene den Nährboden entziehen, dass da immer mehr Leute deshalb hinkommen, weil sie woanders nur ermahnt werden, sich zusammen zu reißen. Nein, diese Erschöpfung und Wut brauchen im Moment einen Hörraum. Und das braucht den Mut, das zuzulassen und nicht den sofort den gepflegten Kammerton der Evangelischen Akademien als Sprachbarriere aufzubauen. Umso

klarer muss dann die Grenze gezogen werden: Diese Grenze ist Menschenfeindlichkeit, ist Demagogie, ist pauschale Demokratieverachtung. Wenn uns das gelingt und nicht nur ein Kummerkasten wird, sondern der Beginn zu einem wirklichen Gespräch – dann tut das der Demokratie gut. Dann überwindet das auch den gefühlten Graben zwischen der Befindlichkeit der Menschen und dem Gefühl der Abgehobenheit der Entscheidungsträger. Das kann auch scheitern, aber wenn wir es nicht probieren, dann gibt es auch nichts Vergleichbares in Köln nicht. Diese Pionierarbeit wünsche ich mir an ganz vielen Orten: wenn es andere nicht schon, dann eben durch kirchliche Akteure oder Akademien, aber immer mit Kooperationspartnern! 

Lernprozesse in der Demokratie. Historische Erfahrungen und zukünftige Herausforderungen

Prof. Dr. Paul Nolte, Historiker, Publizist und Professor am Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Präsident der Ev. Akademie zu Berlin

Wie sollte ein solcher Jubiläumsvortrag aussehen? Er sollte eine Bilanz ziehen, Etappen und Erfolge markieren, natürlich immer mit selbstkritischem Unterton, denn es muss ja, beim abschließenden Blick in die Zukunft, auch noch etwas zu tun übrigbleiben.

Da muss ich Sie leider gleich enttäuschen: Diesen Vortrag werden Sie heute von mir nicht hören – und das nicht nur, weil der formatbedingt kürzere Zeitrahmen das nicht zulässt.

Vielmehr möchte ich, mehr aus der Vogelperspektive, einen Blick auf die Grundkonstellationen demokratischer Lernprozesse in der Bundesrepublik im letzten Dreivierteljahrhundert werfen.

Was bedeutet »Demokratie lernen« oder »Lernprozesse in der Demokratie« eigentlich?

Am Anfang war keine Demokratie, sondern das Gegenteil, und dann nahmen die Westdeutschen, später auch die ehemaligen DDR-Bürger, immer mehr davon auf, bis der Pegelstand auf »vollständig gefüllt« stand. Oder irgendwann stehen wird?

Sie hören schon heraus: An diesem Bild, das nicht nur in Politik und Öffentlichkeit, sondern auch in meiner Disziplin, in der akademischen Geschichtswissenschaft, in der Zeitgeschichte durchaus einflussreich ist, möchte ich einige Korrekturen anbringen. Und wenn Sie jetzt eine nicht triumphale, aber auch nicht pessimistische, sondern eher eine skeptische Tonlage herausgehört haben, dann liegen Sie richtig.

I.

Was haben wir gelernt, in 75 Jahren seit dem Ende des Nationalsozialismus, in gut 70 Jahren in der Demokratie der Bundesrepublik?

Lassen sich Lernprozesse inhaltlich beschreiben? Gewiss: Es lassen sich Beispielsätze formulieren, sogar nach dem klaren Muster: »Wir haben gelernt, dass ...«. Dass Demokratie nicht nur in der Verfassung, im Grundgesetz steht, sondern aktives Handeln und Gestalten der Bürgerinnen und Bürger verlangt, auch über das Wählen-Gehen hinaus. Dass es keinen »sauberen« Weg von der Last der Diktatur in die Freiheit der Demokratie gibt, keine »Bewältigung« der Vergangenheit.

Aber bei näherem Hinsehen wird es sofort komplizierter. Dass Demokratie auch eine »Lebensform« ist. Dass sie mit einer grundsätzlichen Haltung der »Menschlichkeit« anfängt, war schon in den Debatten der späten 1940er und der 1950er Jahre präsent.

Lernprozesse in der Demokratie als Fortschritt, als Stufenaufstieg? Wir lernen immer mehr; wir werden immer bessere, immer vollständigere Demokraten?

Diese Erwartung »war einmal«, vor allem in den 60er/70er Jahren, dann noch einmal nach 1989/90.

- Bsp. Regierungserklärung Willy Brandt 1969: »Mehr Demokratie wagen«
- Bsp. Wiedervereinigung: Vorstellung einer glücklichen Verbindung von Freiheit und Einheit – endlich dürfen auch die Ostdeutschen Demokraten sein!

Inzwischen: eher Skepsis, jedenfalls Ernüchterung – das Ziel wird jedenfalls (offensichtlich) nie erreicht. Es ist eher die Vorstellung von einem Kreislauf, einem immer neuen Ansetzen, den Stein den Berg hinaufzurollen (Sisyphos-Metapher). Und nicht nur, weil Demokratie immer wieder an junge Menschen, an nachwachsende Generationen neu vermittelt werden muss.



II.

Demokratie lernen war in der Vergangenheit nie abgeschlossen, und ist auch in der Zukunft nie fertig, weil Demokratie selber wandelbar ist, weil Demokratie sich historisch verändert hat. Darin kann eine gute und eine weniger gute, eine optimistische und eine skeptische Nachricht stecken:

Demokratie wandelt sich, weil wir etwas gelernt haben; oder: Demokratie ist ein schwankender Grund, eine Zone der Unsicherheit; es gibt in ihr immer wieder »neue Löcher zu stopfen«.

Die Veränderung der Demokratie seit 1945/49 (und auch darüber hinaus) in dreierlei Hinsicht, in drei Perspektiven:

(1) Erweiterung der Demokratie:

Von der Demokratie als Staatsform zur »Demokratie als Lebensform«; Forderung nach der »Demokratisierung aller Lebensbereiche« um 1970; partizipatorische und zivilgesellschaftliche Demokratie; »Inklusion«, usw.

(2) Nicht-Veränderung, Kontinuität:

Nicht alles an der Demokratie ist offenbar beliebig oder kann einem Wandel unterworfen sein. Einsicht, dass Institutionen eine wichtige Rolle spielen. Freie Wahlen – Parlamente – aber auch: Grundrechte; Meinungsfreiheit; offene Gesellschaft.

Das ist eine wichtige Erkenntnis gerade der letzten Jahre, in der Herausforderung des Populismus, der ja nicht zuletzt »Anti-Institutionalismus« ist.

(3) Formwandel der Demokratie:

Auflösung eines klassischen Ordnungsmusters, wie es für die Demokratie der Nachkriegsjahrzehnte typisch war: Nationalstaatliche Rahmung – Primat der parlamentarischen Politik und staatlichen Exekutive – Volksparteien – Pluralistische Interessenorganisation (Vereine, Verbände) – Gegensatz von Demokratie und Diktatur.

Seit einigen Jahrzehnten, beschleunigt seit den 2000er Jahren, wird Demokratie diffuser, uneindeutiger. Wir sehen Zwischen-Zustände zwischen Demokratie und Diktatur; eine Auflösung der nationalstaatlichen Souveränität (Europa; Globalisierung); das Schwinden der Volksparteien und

der Organisierung der Gesellschaft in Verbänden und Großgruppen (einschließlich der Kirchen).

Die Folge und Wirkungen: eine größere Offenheit der Demokratie. Damit ist hier aber nicht soziale Offenheit gemeint im Sinne dessen, was wir seit einiger Zeit »Diversität« nennen. Sondern eine gewachsene Unsicherheit bezüglich der Formen, in denen wir Demokratie betreiben. Diese Unsicherheit ist ein Nährboden für Populismus und autoritäre Versuchungen.

III.

Lernprozesse in der Demokratie – Lernen von Demokratie: Das ist in besonderer Weise ein deutsches Problem, eine deutsche Denkweise, ein deutscher Weg – jedenfalls nach 1945, nach dem Nationalsozialismus (und vor allem: wegen ihm). Der »pädagogische Ansatz« in Verbindung mit dem Wechsel der politischen Ordnung war von Anfang an da, seit der westalliierten, vor allem amerikanischen »Re-education«, und hat sich bis heute durchgehalten – in wechselnden Konstellationen.

Fünf Phasen lassen sich dabei unterscheiden (die sich aber auch überlappten):

(1) Besatzungszeit und frühe Bundesrepublik, 1940er und 1950er Jahre: Das war die Fundierungsphase der Demokratieerziehung, ebenso in einem sachlichen Sinne wie in der Begründung der Vorstellung, dass Demokratie »gelernt« werden könne und müsse. Im Rückblick sind die nationalsozialistischen Kontinuitäten vor allem in den 1950er Jahren deutlicher hervorgetreten, aber das heißt nicht, dass es in dieser Zeit nicht ein überaus scharfes Bewusstsein für den Gegensatz von Diktatur und liberaler Demokratie, von Menschenverachtung und Menschenwürde gegeben habe.

(2) »1968« im weiteren Sinne / 1960er und 1970er Jahre: Das war eine Sturm- und Drangzeit des demokratischen Lernens: Zunächst einmal eine Phase des Optimismus und der gesellschaftlichen Liberalisierung, des Abbaus herkömmlicher Vorstellungen von Autorität in vielen Lebensbereichen. Aber es war zugleich – denken Sie an die Debatte um die »Notstandsgesetze« – eine Phase der Ängste vor dem Rückfall in Autoritarismus und Diktatur. Drittens gehörte zu dieser Phase auch die Profilierung von Alternativen zur liberalen und parlamentarischen Demokratie: in sozialistischen Räte-Modellen und anderen linken Konzeptio-

nen von Demokratie jenseits des Grundgesetzes.

(3) 1980er und 1990er Jahre: Demokratie und Erinnerungskultur; der Holocaust als Negativfolie der Demokratie (TV-Serie Holocaust 1979; Historikerstreit 1986; »Nie wieder Auschwitz!«).

(4) 1990er Jahre (und danach): Die Wiedervereinigungs-Konstellation; Demokratie im Lichte von »Ost« und »West«, auch: im Lichte einer »anderen Diktatur« und ihrer Langzeitfolgen.

(5) 2010er Jahre bis heute: Vertrauensverlust; neue Skepsis; Unbehagen in der Demokratie; Rechtspopulismus und Anfeindungen der liberalen Demokratie – aber auch: neue Demokratie-Initiativen als Reaktion darauf; neues, positives »Demokratiebewusstsein«; demokratische Selbstvergewisserung.

Was zeigt das? Ein Grundthema des Lernens von Demokratie – in vielen verschiedenen Variationen:

- Konstante des Gedankens der (notwendigen) Erziehung zur Demokratie, von der Demokratie als individueller ebenso wie kollektiver Lernaufgabe.
- Das ist durchaus eine deutsche Besonderheit, eine Besonderheit der deutschen »Erzählung« von der Demokratie.
- Beispiel Frankreich: Nicht »Demokratie«, sondern »Republik« ist der zentrale Begriff; »Einheit und Unteilbarkeit« der Republik: »république indivisible« (Art. 1 der Verfassung von 1958 / Fünfte Republik) (übrigens auch: »laïque«, laizistisch!).
- Sonja Levsen: Erziehung / Erziehungsstile in Frankreich und der BRD in den 1950er -1970er Jahren: in Frankreich, nicht in Deutschland, war vieles »autoritärer«; Schule als »Demokratieproblem« und Hebel für Demokratie nur in der Bundesrepublik.

- Zur deutschen Erzählung von der Demokratie gehört es also, sie als stets gefährdet zu beschreiben, als ein kostbares, aber prekäres Gut, das jederzeit verteidigt werden müsse.

IV.

Was folgt nun daraus?

Gewiss die Einsicht: der demokratiepädagogische Auftrag der Evangelischen Akademien seit 1945, in der unmittelbaren Nachkriegszeit, hat sich bewährt; er ist zumindest erhalten geblieben – und bleibt weiterhin aktuell.

Vermutlich auch die Erkenntnis: Die Betonung des »Demokratie-Lernens« in der Bundesrepublik hat sich gelohnt. Die Stabilität der Demokratie, die (auch im internationalen Vergleich) Stärke des Vertrauens in sie haben davon profitiert; konkret: profitiert von politischer Bildung als Demokratieerziehung.

Aber: kein Anlass für Triumphalismus! Und ein Ende dieses Weges, das dürfte klar geworden sein, ist weder erreicht noch in Sicht.

Also, liebe Bad Boller: »Weitermachen!«:

Als eine Stimme in einem größeren und vielfältigeren Chor – die privilegierte Stellung von einst werden die Evangelischen Akademien nicht zurückgewinnen. Als Sisyphos-Arbeiterin, die den Stein immer wieder neu den Berg hinaufrollen muss. Oder, um das Bild zu variieren: den Stein der Demokratie immer neue Berge hinaufrollen muss. Denn eins ist sicher: die aktuelle Gefährdung der Demokratie, und die aktuelle Diskurslage einer demokratischen Krise, wird nicht die letzte gewesen sein. Es kommt etwas nach dem Populismus. Wir wissen noch nicht, was. Aber eines gewiss nicht: die perfekte Demokratie, die uns das Lernen erspart. D

Wir brauchen die Auseinandersetzung! Gesellschaftliche Betrachtungen und theologische Impulse im Zeitalter des Populismus

Prof. Dr. Reiner Anselm, Lehrstuhl für Systematische Theologie und Ethik, Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität München und Vorsitzender der EKD-Kammer für Öffentliche Verantwortung

Natürlich sind alles mittlerweile Gemeinplätze, und dennoch ist es richtig: Unsere Gesellschaft ist nicht nur einem Differenzierungs-, sondern zunehmend auch einem Polarisierungsprozess unterworfen. Verstärkt durch die Möglichkeiten der digitalen Kommunikation zerfällt die Gesellschaft in einzelne, teils virtuelle Gemeinschaften, die nur noch wenig Berührungsflächen miteinander haben. Entscheidend ist dabei nun, dass diese Gemeinschaften sich gegenseitig nicht als Ergänzung oder gar Bereicherung, sondern wechselseitig als Bedrohung wahrnehmen. Im Hintergrund steht dabei die Erfahrung oder, vielleicht besser, die Wahrnehmung, dass die jeweils anderen Positionen und Gemeinschaften Überzeugungen vertreten, die, in die politische Praxis umgesetzt, den Spielraum für die eigene Identität über Gebühr einschränken. Das kann sehr unterschiedliche Formen annehmen: Von den Fragen der Geschlechterordnung über die Migrationspolitik bis hin zu Kontroversen um eine klimaschützende Lebensform zieht sich ein weiter Bogen.

Charakteristisch für solche gegenseitig abgeschoteten Gemeinschaften – vielleicht wäre »Aggregationen« sogar ein passenderer Begriff – ist, dass sie Zugehörigkeit nicht einfach über **Abgrenzung**, sondern über **Ablehnung** definieren. Abgrenzung, andere als anders dastehen zu lassen, ist für jede Identität unverzichtbar; zur Ich-Werdung gehört immer auch die Unterscheidung vom Du. Allerdings darf diese Abgrenzung eben nicht zu einer Ablehnung des Anderen werden, zu einer Auffassung, die ihm das Existenzrecht oder die gleichberechtigte Mitbürgerschaft abspricht. Damit ist bereits deutlich: eine undifferenzierte Kritik aller Abgrenzungsprozesse ist ebenso unsachgemäß wie eine Steigerung der Abgrenzung zur Ausgrenzung. In manchen Diskursen über »Othering« zeigt sich heute, wie schmal der Grat zwischen beiden ist: Anderen »Othering« vorzuwerfen, kann fehlgeleitete Aus-

grenzung kritisieren, aber sie kann auch selbst ausgrenzen. Die gegenwärtig wieder aufgeflammete Diskussion um die Identitätspolitik hat hier ihren Haftpunkt.

Weniger aber über solche Formen der Ausgrenzung, als vielmehr durch das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen ist die Polarisierung der Gesellschaft in den letzten Jahren in den westlichen Gesellschaften vorangetrieben worden. Die Problematik und vor allem auch die Gefahr der rechtspopulistischen Bewegungen liegt darin, dass sie die Abgrenzung mit der Suggestion eines homogenen, ethnischen Volkskörpers verbinden und damit grundsätzlich das Prinzip demokratischer Bürgerschaft negiert. Der Anspruch, allein das Volk zu vertreten, die Ablehnung alles Fremden, die sich bis hin zu Hass und Gewalt steigern können, sind wichtige Merkmale dieser Richtung.

Dagegen sind linkspopulistische Bewegungen gespeist durch ein Gleichheitsideal, das sich gegen wahrgenommene oder gar selbst erlebte Benachteiligungen richtet. In dieser Perspektive haben sie eine grundsätzlichere Nähe zum Gedanken einer Bürgergesellschaft, sie stehen allerdings in der bereits kurz angeklungenen Gefahr, Identitätsansprüche, die aus Abgrenzung entstehen, per se für illegitim zu erklären und damit ihrerseits auszugrenzen.

Führt man sich dies vor Augen, dann wird deutlich, worin die Herausforderungen für das Zusammenleben und damit für eine Ethik des Politischen in einer freiheitlichen, pluralen und demokratischen Gesellschaft liegen: Es gilt, Identitäten zu ermöglichen, die Vielfalt aber als Bereicherung und nicht als Bedrohung zu verstehen. Dazu bedarf es, und hierin liegt ein gewisses Paradox, zugleich eines gemeinsamen Bewusstseins, einer Haltung, die es ermöglicht, einander in aller Viel-



falt zugleich als Freie und Gleiche, als Bürgerinnen und Bürger zu verstehen. Die Frage, wie eine solche freiheitliche Vielfalt und die notwendigen gemeinsamen Überzeugungen in das rechte Verhältnis gebracht werden können, gehört zu den großen Aufgaben der Gegenwart. In der einen oder anderen Weise ist dies in den verschiedenen Vorträgen gestern ja auch schon angeklungen. Die große Herausforderung besteht darin, dass es diese Haltung selbst nur als einen Horizontbegriff gibt, als etwas Orientierendes, das sich aber nie erreichen lässt. Denn wenn eine solche Haltung selbst kodifiziert und damit festgeschrieben würde, müsste sie notwendig die Pluralität der Lebensführung ausschließen. Anders gesagt: Es gibt sie nur in der Auseinandersetzung.

Wie lässt sich die Rolle des evangelischen Christentums, wie lässt sich auch die Rolle der Kirche und natürlich auch der evangelischen Akademien in diesen Horizont einzeichnen? Es liegt auf der Hand, dass diese Frage aufs Engste verbunden ist mit den Kontroversen um das Politikverständnis und auch um das kirchliche Selbstverständnis der Nachkriegszeit. Ohne den informierten Blick auf die Geschichte, gewissermaßen und pointiert: ohne die Vorträge von gestern im Ohr zu haben, lässt sich hier keine angemessene Positionsbestimmung leisten.

Der Protestantismus der Nachkriegszeit ist ja bekanntlich durch eine scharfe Auseinandersetzung zwischen dem landeskirchlichen und dem bruderrätlichen Flügel gekennzeichnet. Hinter ihm verbirgt sich die Frage, ob die Aufgabe der Kirche die Integration unterschiedlicher Strömungen unter Wahrung der individuellen Freiräume und der individuellen Vielfalt sein sollte, oder ob es zum Wesen der Kirche gehöre, in politischen Fragen eindeutig Position zu beziehen und in letzter Konsequenz den sog. »*status confessionis*« zu erklären, den Bekenntnisfall. Das bedeutet nichts anderes, als diejenigen aus der Kirche auszuschließen, die sich eine entsprechende Positionierung nicht zu eigen machen möchten. Auch wenn es zu dieser Situation nicht gekommen ist, blieb die Forderung nach einer klaren Positionierung gerade in politischen Fragen, im Blick auf die Wiederbewaffnung, die Nachrüstung, den Umgang mit dem Apartheidregime und jüngst natürlich in den Fragen der Migrationspolitik und dem Umgang mit alternativen Lebensformen Teil der innerprotestantischen Auseinandersetzung.

Der Bezug dieser historischen Konfiguration zur Gegenwart ist offenkundig: Die unterschiedlichen Kirchenverständnisse, die hier im Hintergrund

stehen - und die natürlich mit der alten Diskussion um das Selbstverständnis der evangelischen Akademien, um »Forum« oder »Faktor« eng verwandt sind - lassen die Problemlagen durchscheinen, die ich eben geschildert habe: Die Schwierigkeit der bruderrätlichen Position bestand darin, dass die Klarheit einer Positionierung aus der christlichen Botschaft heraus, die hier eingeklagt wurde, nicht ohne weiteres kompatibel ist mit dem Integrationsauftrag, der der Kirche eben auch zu eigen ist. Denn ist nicht der Auftrag, auch auf die zuzugehen und die zu integrieren, die nicht meiner Meinung sind, ein elementarer Bestandteil der Botschaft? Führt eine solche Positionierung nicht unmittelbar zur Exklusion?

Aber, und diese Rückfrage lässt sich an die landeskirchliche, die Mehrheitsposition im Protestantismus richten: Ist die Integration verschiedener Positionen tatsächlich mit dem Pluralitätsanspruch vereinbar? Exemplarisch sichtbar wird dieses Problem, wenn in zahlreichen Kirchenordnungen die Formel des »einmütigen« Entscheidens eine Rolle spielt. Bis heute hält sich die Auffassung, dass jeder Konflikt, dass divergierende Positionen schließlich in einen Konsens aufgelöst werden müssen. Noch die Demokratiedenkschrift aus dem Jahr 1985, mit der sich der Protestantismus zur freiheitlichen Ordnung des Grundgesetzes bekannte, beklagte das Parteiengezänk. Eine solche Haltung ist jedoch näher am Gedanken einer letztlich kirchlich kontrollierten und regulierten Einheitskultur, in der zwar Vielfältigkeit zugelassen ist, aber nur, solange sie mit der Zielrichtung auf einen Konsens letztlich in einer gemeinsamen Position aufgehoben wird. Diese Überlegung zeigt: Letztlich standen sich die Position des landeskirchlichen und die des bruderrätlichen Protestantismus näher als es die Protagonistinnen und Protagonisten wahr haben wollten. Unterschiede bestanden letztlich mehr in der konkreten politischen Positionierung als in der zugrundeliegenden Konzeption. Und die Problematik ist ebenso deutlich: Eine solche Konsensorientierung drängt diejenigen an den Rand, die sich und ihre Überzeugungen in diesem Konsens nicht untergebracht sehen.

Die Schwierigkeiten, die daraus entstehen, lassen sich sowohl in der Kirche wie auch im Politischen beobachten: In beiden Fällen kommt es zu einer Distanzierung: Im Blick auf die Kirche hat dies den Austritt, im Blick auf die Politik auf den als 2/3-Demokratie beklagte sinkende Bereitschaft, sich zumindest an Wahlen zu beteiligen, zur Folge. Allerdings zeigt sich im Politischen, noch nicht allerdings im christlich-religiösen Bereich,

derzeit auch noch eine andere Tendenz: Die der Radikalisierung, die ich bereits angesprochen habe.

Welche Aufgaben entstehen daraus für die Zukunft: Es gilt, die Ressourcen des christlichen Glaubens für die Formulierung einer verbindenden, gemeinsamen Perspektive fruchtbar zu machen, dieses Gemeinsame aber nicht auf der Ebene von Sachentscheidungen zu suchen, sondern in einer Haltung, die die grundsätzliche Pluralität von politischen Positionen anerkennt. In der Sprache der Politikwissenschaft: Diese Ressourcen zielen auf die Konturen der *polity*, auf die Sphäre des Politischen, nicht auf die *policy*, auf konkrete Sachfragen. Während auf der Ebene der *polity*, der Rahmenbedingungen, eine gemeinsame Haltung ausgebildet sein muss, ist auf der Ebene der *policy* Pluralität von Nöten. Hier kann es immer nur unterschiedliche Positionen geben – und es ist notwendig, die Auseinandersetzung zwischen allen unterschiedlichen Auffassungen zu suchen und zu befördern. Nur so kann die politische Partizipation gelingen, die für ein demokratisches Gemeinwesen unabdingbar ist. Das bedeutet natürlich auch, dass es auf der Ebene konkreter politischer Fragen immer nur Kompromisse geben kann, keine Konsense.

Die Grenzen der Auseinandersetzung sind in diesem Modell auch gleich benannt: Dort nämlich, wo das Verbindende der gemeinsamen Auffassung des Politischen, dass nämlich alle als Freie und Gleiche anerkannt werden, nicht geteilt werden.

Und wie ist es nun mit den theologischen Impulsen? Hinter dieser Unterscheidung steckt nicht einfach eine Reformulierung politikwissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern die Einsicht in den Charakter des Glaubens an den Schöpfer, Versöhner und Erlöser. Er begründet nämlich als Glauben an den Schöpfer ebenso die Gemeinschaft mit allen Menschen, den Respekt vor ihnen als Geschöpfe Gottes, wie er auf die Vorläufigkeit menschlicher Urteilsbildung verweist: Die Schöpfung ist endlich, nicht göttlich. Diese Vorstellung formatiert zugleich das Verständnis der Freiheit: Der Gedanke der Freiheit ist konstitutiv für die Schöpfung; Gott hatte keine Notwendigkeit, die

Welt zu erschaffen, er tat dies aus freien Stücken. Mit der Gottebenbildlichkeit des Menschen ist daher dessen Freiheit als Mitwirkender an der Schöpfung gegeben. Gleichzeitig unterliegt die Freiheit aber zwei Beschränkungen, der ebenfals mit der Schöpfung gegebenen Vorläufigkeit und Fehlbarkeit der Freiheit, sowie der Freiheit des Nächsten. Beide Aspekte nimmt der Verweis auf den Versöhner auf: Hier wird deutlich, dass die Befreiung von der Sünde im Glauben der Freiheit eine Grundrichtung einschreibt, nämlich den der vor Anderen verantworteten Freiheit. Versöhnung steht daher für Freiheit in der Gemeinschaft, weil sich menschliche Existenz immer in der Spannung von Individualität und Gemeinschaft vollzieht. Politische Existenz steht stets in dem Spannungsfeld zwischen Individualität und Sozialität. Wir bleiben auf die Gemeinschaft angewiesen, sind aber doch als Einzelne Träger individueller Rechte und der individuellen Würde. Und die unhintergehbare Individualität des Glaubens führt dazu, dass der Respekt vor dem Einzelnen und seinen Rechten immer den Vorrang vor den Interessen und Bedürfnissen der Gemeinschaft haben kann. Und schließlich begründet der Glaube an den Erlöser eine Hoffnungsperspektive, die als Horizont stets orientierend ist, dennoch aber nie erreicht werden kann. Versöhnung als die Möglichkeit, Freiheit trotz Fehlbarkeit festzuhalten.

»Das Jenseits ist die Kraft des Diesseits«, formulierte Ernst Troeltsch am Schluss seiner großen Untersuchung zu den Soziallehren des Christentums. Das Leben im Horizont des Jenseits, der christlichen Überzeugung, die im Glauben an Gott den Schöpfer, Versöhner und Erlöser ihren Ausdruck findet, steht für eine Haltung und eine Motivation, aber keine spezifischen Antworten. Diese müssen wir im Diskurs, auch im Streit untereinander finden – und uns dabei doch getragen wissen von einer gemeinsamen Überzeugung. Diese Auseinandersetzung auch mit denen zu führen, die nicht zum engeren Kreis der Kirche gehören, wird die unverzichtbare, aber auch die schwere Aufgabe der Akademien in der Zukunft sein. D

Verantwortung wagen – die evangelischen Akademien im Dienst des Aufbaus und der Bewahrung der Demokratie

Prof. Dr. Elisabeth Gräß-Schmidt, Institut für Ethik, Evangelisch-Theologische Fakultät der Universität Tübingen und Mitglied des Rates der EKD sowie des Deutschen Ethikrates

Die Akademie Bad Boll war als erste evangelische Akademie in Deutschland Leitstern eines Neuaufbruchs in der Suche nach einer demokratischen Welt nach Ende des Zweiten Weltkriegs. Dieser Ort und seine Bedeutung kann für die politische und gesellschaftliche Kultur im Nachkriegsdeutschland kaum überschätzt werden auch dass sie von Theologie und Kirche ausging, die in der Vergangenheit alles andere als demokratiefreundlich war. Kirche und Theologie, gerade auch die protestantische, musste viel lernen, um der Verflechtung von Thron und Altar und der damit einhergehenden Autoritätsgläubigkeit und Gehorsamsethik entsagen und einen totalen Neuaufbruch wagen zu können. Das hat man deutlich gezeigt, indem man dem in der Akademie Raum gab, zuvorderst in Person Ernst Blochs und Rudi Dutschkes in einem Gespräch in den 60er Jahren. Mit dabei war auch ein Theologe, der leider viel zu früh verstorbene Wolf Dieter Marsch.

Neues wagen, das galt ist in vielfältiger Hinsicht und legitimierte sich durch Kritik am Hergekommenen, auch dem eigenen Herkommen. Obwohl Kritik dem Protestantismus in die Wiege gelegt war, musste die Kritikfähigkeit evangelischer Theologie immer wieder erkannt und freigelegt werden. Für die Nachkriegszeit war es die Kritik an herkömmlichen politischen Weichenstellungen nicht nur der NS- Zeit, sondern auch der konservativen Haltung der vorweimaraner und weimaraner Zeit. Schließlich gab es erst 1985 die sogenannte Demokratietendenzschrift der EKD, die mit der Zurückhaltung protestantischer Theologie und Kirche gegenüber der Demokratie aufräumte. In ihr wurde das Bekenntnis zur Demokratie als ein dem Christentum Eigenes erkannt. In dieser Linie der Verpflichtung zu kultureller Aufbauarbeit an einer demokratischen Gesellschaft, sah sich die evangelische Akademie Bad Boll verpflichtet. Sie ist bis heute bedeutsam. An drei Punkten soll die Relevanz dieser Arbeit auch und gerade für heute geltend veranschaulicht werden. Sie betreffen den

Beitrag der Akademien 1. zur Kritik-, 2. zur Bildungs- und 3. zur Kommunikationsfähigkeit.

1. Bildung zur Kritik als Aufgabe des Protestantismus

Mit dem Bekenntnis zur Demokratie in der Nachkriegszeit wurde herausgestellt, dass nicht zuletzt gerade die *Kritik* und *Kritikfähigkeit* zum Ausweis des rechten Glaubens gehört, Kritik verstanden als Fähigkeit zu unterscheiden. Diese Einsicht war denn auch der Ausgangspunkt der Bemühungen nach dem Zweiten Weltkrieg um den Aufbau der Demokratie, die zur Errichtung evangelischer Akademien führte.



Bad Boll war die erste solcher Akademien, und ihr gebührt daher besondere Beachtung und heute der besondere Glückwunsch in diesem Jubiläumsjahr. Bemerkenswert ist der Brief von Landesbischof Wurm, der an die Intellektuellen, die Politiker und Wirtschaftsgestalter seiner Zeit appellierte, die Neugestaltung Deutschlands nach den verheerenden Jahren des Naziregimes und des Zweiten Weltkriegs und davor auch des Ersten Weltkriegs, in die Hand zu nehmen und die Akademien waren Foren kritischer Aufbauarbeit und Aufbauarbeit zur Fähigkeit der Kritik.

Wenn wir diese Linie ausziehen in die Gegenwart, dann sehen wir: Solche Kritik als Fähigkeit des Unterscheidens ist heute nötiger denn je im Zeitalter der so genannten vierten technologischen Revolution, der Digitalisierung, die gerade die Demokratie in ihrer öffentlichen Funktion, beziehungsweise in ihrer Fähigkeit Öffentlichkeit herzustellen herausfordert. Zwischen *Fake News* und Filterblasen gilt es, eine Plattform, einen öffentlichen Raum zu erhalten, an dem diese Fähigkeit zur Kritik, zur kritischen Unterscheidung, sich vollziehen kann, an dem sie wach gehalten werden kann und nicht betäubt, verschleiert, oder gar unterdrückt wird. Bereits zur Gründungszeit der Bad Boller Akademie und der ihr folgenden weiteren Akademien wie Tutzing,

Loccum, Arnoldshain, Hofgeismar haben Geistesgrößen wie Theodor Wiesengrund Adorno und Hans Magnus Enzensberger von der Kultur- bzw. Bewusstseinsindustrie gesprochen, die – kurz nach Faschismus und Totalitarismus – die Öffentlichkeit als Raum der Publizität, als Raum der Freiheit der Meinungsäußerung beschädigt und in Frage stellt. Während damals die ökonomischen Interessen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung an den Pranger gestellt wurden, als Gefährder der Freiheit der Meinungsbildung und der Meinungsäußerung, sind es heute die digitalen Techniken der öffentlichen Medien als diejenigen die der Manipulation der Meinungsbildung Tür und Tor öffnen, und so die Demokratie unterwandern können. Hier die Akademien daran zu erinnern, dass sie es sind, für die es von Anfang an programmatisch war, solche geschützten Räume für die Freiheit der Meinungsäußerungen abzubilden, und damit dem Aufbau der Demokratie zu dienen, ist gerade heute einzuschärfen, gerade im Jubiläumsjahr. Denn die Demokratie ist immer gefährdet. Sie erhält sich nicht von selbst. Damit bin ich auch bereits beim zweiten Punkt.

2. Kultur der Bildung als Auftrag des Protestantismus

Der Bedeutung von Bildung kommt gerade hinsichtlich der Gefährdung der Demokratie eine entscheidende Rolle zu. Daran erinnert der amerikanische Philosoph John Dewey »Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden und Bildung ist ihre Hebamme«. Zu solcher Bildung gehört das Verständnis des Menschen, seiner Freiheit und Würde im öffentlichen Raum, wie es im Bundesrepublikanischen Kontext auch das Grundgesetz mit Art.1 die Menschenwürde als Prinzip und als Grundnorm in langen kämpferischen Auseinandersetzungen in beeindruckender Weise festgehalten hat.

Das protestantische oder reformatorische Menschenbild hat Bildung immer hochgehalten und verankert sie sogar anthropologisch im Menschsein. Hier können wir an Schleiermacher erinnern, den Kirchenvater des Neuprotestantismus, der das Menschsein als ein Menschsein im *Werden* herausgestellt hat und dieses Selbst werden als die eigentliche Bildungsgeschichte des Menschen begriffen hat. Aber bereits neutestamentlich wurde bei Paulus dieser Prozess des *Werdens* des Menschen hervorgehoben, im Absterben des alten und Werden des neuen Menschen.

Dieser Bildungsprozess vom Alt- zum Neuwerten, schließt die genannte Kritik und Kritikfähig-

keit ein, und zwar Kritik auch gegenüber dem eigenen Leben, den eigenen Einsichten. Hier ist das Aufklärungsmoment festzuhalten. Paulus schärft uns diesen Bildungsprozess ein und dieser Aufgabe sah sich auch Luther verpflichtet. Mit der Bildung ist der wesentliche Charakter des christlichen Verständnisses des Menschen angesprochen, nämlich dass seine Bestimmung sein irdisches Leben übersteigt. Und gerade deshalb ist sein irdisches Leben durch und durch als Werden, d. h. als Bildungsgestalt selbst anzusehen. Das Verständnis des Menschen wird durch das Evangelium kritisch immer wieder neu justiert. Insofern ist Bildung ein Thema der reformatorischen Theologie, das eng mit der Kritikfähigkeit und Freiheit des Menschen verbunden ist.

Die Aufgabe der Akademie trifft sich mit diesem Bildungsverständnis im besten Sinne. Solche Bildung des Menschen ist nicht abgeschlossen mit Schulbildung und Studium und auch nicht mit verschiedenen gesellschaftlichen Ehren, die man erlangt, sondern sie umfasst das ganze Leben bis zum Tod, ja sie reicht über den Tod hinaus. Lebenslanges Leben in Hochform! Sich dessen bewusst zu sein, bedeutet aber nicht Ruhelosigkeit, sondern Lust und Liebe zu Kultur. Zu solchem Lernen gehört es auch Neues zu entdecken, sich neuen Wagnissen zu stellen. Dazu gehört es, eingefahrene gesellschaftliche Strukturen aufzubrechen, auch in den eigenen Reihen, so etwa, um ein Beispiel zu nennen, ein traditionelles Frauenbild, das evangelische Theologie nicht nur mit den gesellschaftlichen Einstellungen teilte, sondern diese im Rekurs auf sogenannte Schöpfungsordnungen oft noch verstärkte und guthieß.

Hier ist also auch Kritik als Selbstkritik seitens der evangelischen Theologie und Kirche gefragt. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: die Tagungsleiterin und Sozialpädagogin Herta Leister hat mit solch kritischer Arbeit 1974 in Bad Boll angefangen und sie und folgende Studienleiterinnen haben Frauenakademien organisiert, die das gemeinsame Arbeiten als ein »langsames, lachendes Entdecken eines Wir erlebt haben«. So wurde in der Akademie Bad Boll, mit der Achtung der Frauenbewegung und feministischer Theologie in vielen Jahren eine Art des Theologietreibens entwickelt, die weit in kirchliche Institutionen und Universitäten hineinwirkt und dort allerdings nur mühsam dort ankam. Es waren solche Kommunikationsräume, die in Bad Boll geschaffen wurden und bis heute bedeutsam sind – und damit komme ich zum dritten Punkt.

3. Die Bedeutung der Kommunikationskultur als Aufgabe der Akademien

Es war die Einsicht des ersten Akademiedirektors und Gründers Eberhard Müller, dass in Deutschland ein *Kommunikationsnotstand* zu beheben war. Eberhard Müller stellte sich dieser Aufgabe, er wollte mit den evangelischen Akademien einen solchen Beitrag der Kirchen zur moralischen Wiedergeburt Deutschlands und zur Realisierung einer demokratischen Gesellschaft leisten.

Eine demokratische Gesellschaft bedarf einer demokratischen Gesprächskultur, die die Verantwortung des Einzelnen und seines Mitspracherechts ernst nimmt. Das muss aber immer wieder gelernt werden. Es ist Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Gerade heute gilt, dass Demokratie und Demokratien weltweit lernen müssen, wie sie ihre Öffentlichkeit, ihre kritische Öffentlichkeit erhalten können, um nicht Verschwörungstheorien und einer Spaltung der Gesellschaft den Weg zu ebnet. Kommunikation setzt damit die beiden anderen Faktoren erstens die Kritikfähigkeit und zweitens die Bildung voraus. Denn Kommunikation ist heute besonders herausgefordert durch mehrere Faktoren, vor allem durch das Verhältnis von Individualität und Pluralität auf der einen und die hoch spezifizierte Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Funktionsbereiche auf der anderen Seite. Beides sind zunächst Erschwerungen, sich zu orientieren, sich in der Welt zurechtzufinden, die je eigene Aufgabe auch erkennen und so Verantwortung wahrnehmen zu können. Von Anfang haben daher die Akademien das interdisziplinäre Gespräch gerade mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Religion gesucht, um die Herausforderungen der Moderne bewältigen zu können. Diese Aufgabe gilt heute in den Zeiten globaler Vernetzung verstärkt und wiederum verstärkt in den Zeiten von Corona, das die Folge solcher globaler Vernetzung bereits auf drastische Weise problematisiert. Und dazu kommt, angesichts der Einzug haltenden kulturellen und pluralen Vielfalt und religiös bedingten unterschiedlichen Vorstellungen des Menschen noch wird die Aufgabe dringlich und zugespitzt auf die Frage »Was ist der Mensch und was ist das gute Leben?« diese Frage bleibt der ethische *Cantus firmus* zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

Die Evangelische Akademien haben hier eine besondere Aufgabe, denn sie können die Pluralitätsfähigkeit des christlichen Glaubens produktiv ins Spiel bringen. Für den evangelischen Glauben ist hier weiterhin das leitend, was für den Beginn

der Bundesrepublik in ihrer Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz galt und wie es auch für das Bildungsverständnis im christlichen Sinne leitend ist, nämlich an der Menschenwürde festzuhalten, sie so zu bestimmen, dass sie durch die Begegnung mit den Herausforderungen nicht vereinheitlicht nur für bestimmte Vorstellungen geht oder zur kleinen Münze wird, sondern dass sie ihrer Pluralitätsfähigkeit unter Beweis stellt. Das tut sie, indem sie in ihrer Unbestimmtheit und Offenheit Raum behält, um sich in ihrer menschenrechtlichen Qualität immer wieder in öffentlichen Debatten zur Geltung bringen zu können. Die Bindung an das Gewissen sichert dem evangelischen Glauben diese Offenheit.

Kein einzelner, keine Religion, keine Weltanschauung kann für sich allein in Anspruch nehmen, endgültig das zu bestimmen, was das Menschseins ist und wie seine Würde aufzufassen ist. Hier sind wir alle gleichermaßen in den Ring der Debatten hineingeworfen und müssen uns bewähren, jede und jeder mit den je eigenen Gewissensüberzeugungen. Das gilt um so mehr seit in den letzten Jahren und Jahrzehnten das tatsächlich durch Globalisierung und Pluralisierung hinzugetretene Fremde, nicht nur das Fremde einer anderen Disziplin, sondern das Fremde einer anderen Kultur, einer anderen Religion und damit auch das Fremde eines anderen Selbstverständnisses des Menschen Eingang in unserer Gesellschaft hält. Hier ist das kontrollierte Streiten und aufeinander Hören einzuüben.

Ein solcher Wettstreit verschiedener Auffassungen würde nicht nur die Offenheit der Menschenwürde, sondern einem weiten Verständnis von Bildung entsprechen, wie es einem Protestantismus gut zu Gesicht steht, der einen Pluralismus aus Prinzip vertritt, und so an der Kritik der Unterscheidung orientiert ist. Dieses Prinzip des Pluralismus hat christlich verstanden seinen Grund in der Anerkennung der Endlichkeit und Fehlbarkeit des Menschen, die um die Verfehlungen und insbesondere die Verfehlungen der Freiheit weiß. Beidem ist wiederum mit dem Instrument der Kritik zu begegnen. Damit wird die kategoriale Bedeutung der Kritik als Beitrag des Protestantismus zur Kultur, zum Aufbau der Gesellschaft zur Sicht des Menschen deutlich. Das ist auch nicht verwunderlich. Es ist die Kritik und die Einsicht in die Bedeutung der Kritik für das Verständnis des Menschen, aus dem er hervorgegangen ist.

Die Kritik ist die Form der Auseinandersetzung, die aus dem Gewissen haben wollen – hier mit

Heidegger zu sprechen – hervorgegangen ist. Gegen das Gewissen kann keiner ankommen, das wusste Martin Luther und das ist. Heute kurz vor dem 500. Jahrestag von Luthers Auftritt in Worms, feiern wir die Bedeutung solcher Kritik. Sie ist der Ausgangspunkt reformatorischer Theologie. Luther loziert sie im Gewissen. Gleichwohl wusste Martin Luther auch: das Gewissen ist nicht die Stimme Gottes, vielmehr repräsentiert es – mit Paulus – Gedanken, die einander verklagen. Es leitet mithin eine kritische Auseinandersetzung ein und firmiert für den Grundlegungscharakter der Kritik, wenn es um Wissen und Wahrheit geht. In Anlehnung an Kants Kritik der reinen Vernunft zeigt die Kritik eine realistische Dimension auf, die die Sicht des Glaubens auf die Welt verleiht. Wie Kant versucht hat für die Wissenschaften einen sicheren Boden zu finden, so versucht der Protestantismus mittels Kritik für den Glauben einen sicheren Boden zu finden. D. h. zunächst einmal, dass man den Menschen erkennt und anerkennt, so wie er ist, das versucht dem Menschen und seiner Freiheit realistisch gerecht zu werden und nicht zu einem selbst ersehnten Scheingebilde zerrinnt.

In dieser Kritikdimension sind zwei Unterscheidungen zu treffen: die Kritik muss einmal im Sinne der Redlichkeit darauf achten, dass die Endlichkeit des Menschen ernst genommen wird und zum anderen die Sündhaftigkeit des Menschen. Beide Aspekte, Endlichkeit und Sündhaftigkeit drohen in einem überdimensionierten Freiheitsverständnis verloren zu gehen, das in der modernen Gesellschaft an allen Orten aufscheint, von den Selbstbestimmungsdebatten um den assistierten Suizid bis hin zu Kompetenzdebatten von künstlicher Intelligenz eines Post- oder Transhumanismus.

Gerade die Anerkennung des fehlbaren und endlichen Menschen hält ein realistisches Verständnis von Freiheit hoch. Dieses realistische Verständnis von Freiheit weiß nicht nur um ihre Ambivalenz, sondern auch um den Hang, Freiheit

zu verwirklichen, indem man sie überdehnt. Solche Überdehnungen finden immer dort statt, wo man Verantwortung meint übernehmen zu müssen für solche Dinge, die für ein einzelnes Leben zu groß sind. Das gilt etwa auch für die Haltung gegenüber der Vergangenheit. Auch diese Herausforderung ist eine Aufgabe, die sich für die Akademie stellt. Wie ist mit dieser Aufarbeitung von Schuld, mit der Bewältigung der Vergangenheit umzugehen? Dass so etwas wie Stuttgarter Schuldbekennnis oder das Darmstädter Wort möglich war, beruht nicht in einer vollmundigen Selbstübersteigerung, sondern beruht auf eben jenem Verständnis des Menschen, das die Vergewung kennt und dass insofern den Menschen in seiner Fragilität in seiner Endlichkeit und Fehlerbarkeit annehmen und auch in moralischer Hinsicht dann verstehen kann. Damit ist angezeigt, dass man die Taten korrigieren kann, d.h. wesentlich Schuld zugeben zu können und die Konsequenzen daraus zu ziehen, im Wissen darum, dass man trotzdem oder gerade in dieser Schuldanerkennung vor Gott bestehen kann.

Die Akademien sind ein Ort, an dem solche Reflexionen über Verständnis, Bestimmung und Aufgabe des Menschen in Ruhe durchgespielt werden können. Sie sind als Seismograph gesellschaftlicher Entwicklungen, als die Speerspitze des Umgangs mit neuen Herausforderungen zu sehen, die auf die Gesellschaft zukommen. Sie können ihre Entwicklungen begleiten und Aufgaben benennen, die in Verantwortung übernommen werden können. Solche Avantgarde zu sein, ist in einer Zeit, die wie keine andere die Zukunftsgestaltung zur Aufgabe sich machen muss, die wie keine andere Verantwortung für die Zukunft übernehmen muss, das was wir brauchen. Solche kreative und verantwortliche Avantgarde zu sein, das sollten Evangelische Akademien im Allgemeinen und Bad Boll im Besonderen als ihre urreigenste Aufgabe begreifen. D

Diskussion und Gespräche

Moderation: PD Dr. Anja Reichert-Schick, Studienleiterin der Evangelischen Akademie Bad Boll (bis 31. März 2021)

PD Dr. Anja Reichert-Schick: Ich möchte zunächst an Sie, Herr Nolte eine Frage richten. Sie hatten vorhin die Demokratie als Kreislaufmodell dargestellt. Wenn wir jetzt zusätzlich noch das Bild betrachten, das die beiden Pole Demokratiefrost und Demokratielust umfasst, wie passen diese beiden Modelle zusammen, und wo würden Sie aktuell unsere Gesellschaft einsortieren?

Prof. Dr. Paul Nolte: Der Begriff des Kreislaufs ist mir nur sehr zögerlich über die Lippen gekommen, das ist ja doch nur so ein Konstrukt, und dann bin ich doch lieber auf Sisyphos ausgewichen. Kreislaufvorstellungen sind ja doch der christlichen Vorstellung und der protestantischen Theologie nicht gerade sehr vertraut. Ich wollte auch keine Ausflüge in den Buddhismus starten. Diese Vorstellung des Suchens ist das Entscheidende, was darin zum Ausdruck kommt. Wir sind offensichtlich in einer Situation, in der die klaren Zielvorstellungen ein Stück weit verlorengegangen sind. Das ist sozusagen eine Grunddiagnose, die weithin wohl auch geteilt würde. Als Historikerinnen und Historiker reden wir ja viel über die Zeit der 1970er Jahre, oder man erinnert heute daran, wie da die Zukunftseuphorie so groß war in den Olympischen Spielen 1972, oder mit der Landung der Menschen auf dem Mond 1969, und alles schien erreichbar. Dann kamen auch sehr bald die Grenzen des Wachstums, und vieles sehen wir eben heute wesentlich skeptischer. Wir gehen auf unsicherem Terrain, wir wissen nicht mehr genau, wohin wir gehen; überhaupt auch Ziele für die Zukunft zu fixieren, ins Auge zu fassen, ist schwieriger geworden. Da ist ein Spannungsverhältnis, über das wir uns selber manchmal gar nicht im Klaren sind, was das zu bedeuten hat mit den sehr weit greifenden Zukunftsvorstellungen, die wir uns in der Politik durchaus auf die Agenda schreiben, wie 2030 keine Verbrennungsmotoren mehr zu bauen und 2050 dieses oder jenes Klimaziel zu erreichen, und dann sind wir auch schon bei 2070, und spätestens dann wird man doch skeptisch und erinnert sich, jedenfalls als Historiker, auch in aller Bescheidenheit daran, dass die Reparationspläne für Deutschland nach dem ersten Weltkrieg bis spät ins 20. Jahrhundert reichen sollten. Das ist auch irgendwann schon nicht mehr christlich zu planen, wo wir 2125 stehen wollen. Also da ist auch etwas Demut und Zurückhaltung geboten

angesichts dieser sehr weit ausgreifenden Zukunftsvorstellungen. Und damit die Demut nicht zum Frust wird, finde ich es eine gute protestantische und lutherische Gesinnung, die Frau Gräb-Schmidt gerade vorgeführt hat. Meine triviale Form, das herunterzubrechen, ist doch immer noch, das Apfelbäumchen pflanzen oder den Stein wieder ein Stück weiter zu rollen. Das ist, glaube ich, eine tiefe theologische Begründung und ein christlicher Impetus, der uns dann hilft, auf diesem unsicheren, schwankenden Grund dann weiterzugehen und Aufgaben wieder in Angriff zu nehmen.

Anja Reichert-Schick: In all dem spielen ja Diskurse eine ganz wichtige Rolle, und ich möchte hierzu eine Anmerkung aus dem Chat einspielen. Karl-Ulrich Gscheidle (KDA) stellt die Frage: Welche Verfahrensregeln sind denn nötig für diese Diskurse? Die Frage richtet sich an alle Referierenden. Wer von Ihnen fühlt sich am ehesten angesprochen? Wer von Ihnen hat einen Rat zu Verfahrensregeln für Diskurse unserer Zeit für Suchende auf unsicherem Terrain?

Prof. Dr. Elisabeth Gräb-Schmidt: Ich denke, der Kompetenteste bei uns ist Paul Nolte, Verfahrensregeln zu benennen.

Paul Nolte: Ich wollte jetzt nicht gleich weiterprechen. Ich sage vielleicht einmal ein oder zwei Stichworte. Es ist sehr schwer, diese Verfahrensregeln zu bestimmen und sozusagen wasserdicht zu machen. Man muss auch Verfahrensregeln immer wieder verhandeln, und das tun wir ja auch. Ich glaube auch, dass angesichts vieler Regeln und Missregeln des digitalen Diskurses es wichtig ist, Vertrauensräume und geschützte Räume zu schaffen. Solche geschützten Räume waren und sind auch die Evangelischen Akademien. Man muss wissen, was im Raum bleibt und nicht verletzt wird. Journalistisch würde man sagen, was nicht durchgestochen wird und nicht sofort bei Twitter gepostet wird. Da ist diese oder jene Bemerkung rausgerutscht und wird sozusagen an den digitalen Pranger gestellt. Diese Schaffung eines Vertrauensraumes, die Abschattung solcher Räume, ist für mich keine wichtige »Lametta-Diskursregel«. Es muss Räume geben, wo ich weiß, wenn ich mich da rein begeben, ist der Ofen heiß, und ich kriege da vielleicht einmal

eins übergeben, und man muss auch die Grenzen zwischen diesen Räumen respektieren.

Elisabeth Gräß-Schmidt: Das habe ich ja schon angedeutet, die Schwierigkeit, die besondere Herausforderung heute ist tatsächlich, Gespräche zu führen, die dann auch tatsächlich Kritik ermöglichen, und dazu muss es diese geschützten Räume geben, geschützt aber nicht in dem Sinne, dass man sich abschottet, sondern dass im Grunde die verlorene Gatekeeper-Funktion, die durch die sozialen Medien hervorgerufen worden ist, hier geschaffen wird. Es soll also Orientierung und Hilfestellung für diejenigen geschaffen werden. Es sollen Pflöcke eingeschlagen werden, an denen man dann kritisch abwägen und diskutieren kann: Was ist jetzt hier tatsächlich qualitativ gute Information, und was ist Pseudoinformation in dem Sinne, das sie letztlich das Wissen, das vorhanden ist, konterkariert? Es ist also sozusagen eine Ordnungsfunktion zu etablieren, die nicht autoritär ist, sondern die sozusagen wie ein Kompass fungieren kann, um nicht völlig verloren zu gehen in irgendwelchen vorurteilsbelasteten Mitteilungen, denen wir ja tatsächlich immer mehr ausgesetzt sind. Und da, denke ich, ist es eben gut, wenn ich weiß, es gibt solche Orte. Wir haben die Presse, die guten Qualitätszeitschriften, und es wäre verheerend, die gäbe es nicht. Ich denke, im amerikanischen Raum ist das auch die Gefahr, dass es solche unabhängigen Medien immer weniger gibt, und hier müssen wir noch darauf achten, dass wir diese erhalten. Die Akademien zählen für mich auch zu einem solchen Raum, in dem man sozusagen nicht filtert, sondern letztlich ordnet und Zuordnungen vornimmt, also Ordnung und Hilfestellung für einen qualitativen Diskurs schafft, der letztlich nicht vereinheitlicht, sondern einen Raum bietet, dass alle ihre Vorstellungen und Überzeugungen äußern können, aber in diesem Äußern letztlich sozusagen ein Bildungsprozess in Gang gesetzt wird als gegenseitiges Geben und Nehmen, und man sich da auch letztlich nicht auf eine Version der Überzeugungen als die einzig richtige zurückziehen kann und darf.

Anja Reichert-Schick: Herr Anselm, wie ist denn Ihr Blick auf die Diskurse? Lassen Sie uns noch etwas dezidierter auf den produktiven Streit blicken. Ist der Streit, ist die Debatte wichtig für die Demokratie, und warum brauchen wir ihn? Oder andersherum gefragt: Wäre es nicht für alle viel angenehmer, wenn wir konsensorientiert agieren würden?

Prof. Dr. Reiner Anselm: Wenn man immer konsensorientiert ist, kann das schnell unangenehm werden, nämlich wenn man keine individuelle Position mehr einnehmen kann. Das ist tatsächlich, glaube ich, ein Problem, das manche an der Kirche problematisch finden, dass sie so extrem konsensorientiert ist. Mir ist sehr eindrücklich der Bericht eines früheren Göttinger Kollegen in Erinnerung, der als Scout das Reformationsjubiläumsjahr 2017 beobachtet hat. Er hat gesagt, in der Außenperspektive wirkt die Konsensorientierung protestantischer Selbstinszenierung sehr exklusiv, nicht erzeugt durch tatsächlichen Konsens, sondern durch sehr viel Anmutung und durch auch suggestive Formen. Als solches wirke das auf Außenstehende eher abstoßend. Deswegen glaube ich nicht, dass das mit dem Konsens eine per se gute Sache ist. Die richtige Form des protestantischen Umgangs ist der Kompromiss, das heißt das Ernstnehmen der Multiperspektivität, das Ernstnehmen auch der Vorläufigkeit. Da gibt es keine Suggestion der Einheitlichkeit, es ist gelebte Vielfalt. Hier liegt, so würde ich sagen, auch der produktive Gewinn, den wir aus den Debatten über die Diversität mitnehmen können. Der Kompromiss lässt gerechtfertigte Unterschiedlichkeiten bestehen. Darüber hinaus möchte ich die Frage nach der Bedeutung des Streits selbst mit einer Frage verbinden, gerade im Blick auf das, was von Herrn Nolte und Frau Gräß-Schmidt im Blick auf das Vertrauen und auf die geschützten Räume dargestellt wurde. Hier scheint es mir doch so zu sein, dass wir in der Tat zu wenig Räume des kultivierten Streitens haben. Zum kultivierten Streit gehören mindestens drei Voraussetzungen. Die erste ist vielleicht auch schon die Schwerste, aber vielleicht auch die selbstverständlichste, nämlich alle Streitenden als gleichberechtigte Personen anzuerkennen und ernst zu nehmen, dass man eigentlich in allen Fragen unterschiedlicher Meinung sein kann. Die zweite ist, dass man sich selbst gewissen Falsifizierungsregeln aussetzt, den Spielregeln des Vernunftgebrauchs, wie das Jürgen Habermas formuliert hat, aussetzt. Während die erste Voraussetzung in einer Evangelischen Akademie gut realisiert wird, die zweite schon schwieriger, nämlich konsequent am Ideal der Aufklärung festzuhalten. Das bedeutet, daran festzuhalten, dass Positionen nicht nur dadurch ihre argumentative Kraft entfalten können, dass sie von einer bestimmten Person oder Gruppe vorgebracht werden, sondern auch davon abgelöst werden können, sie müssen als verallgemeinerungsfähige Positionen formuliert werden können. Das ist angesichts der Partikularität, die natürlich die eigenen Glaubensüberzeugungen darstellen, eine echte Herausforderung.

rung. Es ist allerdings auch eine Herausforderung, der sich die Theologie seit zweihundert Jahren widmet. Und die dritte Voraussetzung birgt für die Akademie vor allem organisatorische Herausforderungen: Vertrauensräume dürfen nicht gleich alles in die Öffentlichkeit bringen. Hier sehe ich doch ein gewisses Problem, was möglicherweise durch kirchlich-institutionelle Interessen, aber auch vom Selbstverständnis der Akademien her selbst generiert wird durch das Ziel der Außenwirkung, dem Leitgedanken, dass immer alles gleich veröffentlicht werden muss. Diese Öffentlichkeitsorientierung empfinde ich, ehrlich gesagt, selbst als ein ganz großes Problem. Ich sperre mich nicht grundsätzlich, und als Wissenschaftler veröffentlicht man ja auch immer, aber es muss auch irgendwie auch klar sein, dass bestimmte Dinge tatsächlich auch mal unter uns bleiben. Denn nur dann kann offen gestritten und gesprochen werden. Und hier würde mich wirklich die Frage interessieren, wie wir das unter den Bedingungen der zunehmenden Digitalisierung auch bei Akademietagungen denken können. Hier haben wir nun in der Pandemie die Praxis etabliert, dass permanent Sachen in den digitalen Raum übertragen werden und damit natürlich das Geschützte, das Vertraute per definitionem verlassen wird. Keiner von uns kann beurteilen, wer jetzt hört, was wir hier diskutieren. Das ist vollkommen anders, als wenn wir tatsächlich in Bad Boll wären. Das scheint mir eine echte Herausforderung zu sein, nicht zuletzt aufgrund der Versuchungen, die das Digitale auch bringt, aber eben auch aufgrund der kirchenorganisatorischen Zumutungen, sozusagen durch Öffentlichkeitsarbeit, Veröffentlichung permanent die eigene Existenz zu rechtfertigen. Das ist im Grunde die Analogie zu den Qualitätszeitschriften.

Elisabeth Gräß-Schmidt: Darauf wollte ich gleich eingehen, nicht antworten, sondern eingehen. Ich finde es eine hervorragende Formulierung von Dir, Reiner, für die Diskursregeln, denen wir uns unterwerfen sollten, diese drei Punkte zu beachten: Erstens alle als gleichberechtigte Partner anzusehen, zweitens Orientierung an der Aufklärung, Falsifizierungsmodi ernst zu nehmen, drittens die Frage der Öffentlichkeit, die Frage der Geschütztheit eines Diskursraums. Zum Ersten denke ich, das ist wesentlich unter dem Gesichtspunkt der Pluralismusfähigkeit zu sehen. Wenn der Protestantismus sagt, das Prinzip der Pluralität sei eminent bedeutsam, dann muss sich das daran bewahrheiten, dass man gleichberechtigte Partner vor sich hat und den anderen und die andere in der Formulierung ihrer Glaubensüberzeugung und ihrer Meinungskundgebung tatsäch-

lich auch reden lässt und sich eben auch selbst, und das würde übergehen in den zweiten Punkt, diskutieren lässt. Man muss bereit sein, richtig zu hören. Aber ein Moment möchte ich da noch vorwegschoben, damit das auch tatsächlich angemessen passieren kann, angemessen vor dem Hintergrund protestantischer Perspektive. Ein solcher Diskurs muss dann tatsächlich auch so gestaltet sein, um nicht in Beliebigkeitsvielfalt auszuarten, dass man sich klar wird über die eigene Haltung und Überzeugung. Dass man tatsächlich zunächst einmal an der Klarheit des eigenen Profils arbeitet. Das ist keine Profilneurose, sondern die Erstellung des Profils dient dazu, sich seines eigenen Glaubens zu vergewissern, und erst von da aus kann man eigentlich auch in ein Gespräch treten, um diejenigen Punkte zu identifizieren, die unter Umständen den Diskurs bereichernd hinzukommen. Also es geht dabei letztlich um das Starkmachen und die Mündigkeit der eigenen Religionsfreiheit, die diese auch dem anderen gewährt. Dies geschieht vor dem Hintergrund der eigenen explizierten Glaubensgewissheit. Und das soll in einem gegenseitigen Austausch möglich sein. Das setzt natürlich auch eine gewisse Coolness voraus. Wir wissen, dass, wenn es ans Innerste geht, ein solcher erforderlicher Gleichmut schwer zu erreichen ist. Und das Dritte, das finde ich einen ganz wesentlichen Punkt, dass man einen Raum hat zu sprechen, einen geschützten Raum, ohne dass alles was man äußert gleich öffentlich wird. Das ist gerade in der Theologie ganz bedeutsam, und das kennt sicher die katholische Theologie vielleicht noch stärker als die evangelische, dass es in der Universitätstheologie einen Diskursraum benötigt, um bestimmte Topoi auszudiskutieren, ohne dass dies gleich zur dogmatischen Lehre werden muss. Schleiermacher hat zum Beispiel sehr scharf unterschieden das, was er als Universitätslehrer sinnierend zur Diskussion stellte von dem, was er als Dogmatiker als kirchliche Lehre zu vertreten hatte. Die Dogmatik galt es an der Verbindlichkeit der Bekenntnistradition zu orientieren. Diese Stimmigkeit herbeizuführen war die Aufgabe, die die Reformulierungsaufgabe der kirchlichen Lehre vorzunehmen hatte. Dies sah er als Aufgabe des Protestantismus für die Dogmatik, diese in eine gegebene Zeit hinein zu sprechen, die Glaubensaussagen für die Zeit darzulegen. Für die Aufgabe der Universitätstheologie ist es daher von Bedeutung, geschützte Räume zu haben, um Kirche und Theologie verstärkt ins Gespräch zu bringen. Das, denke ich, wäre auch eine Möglichkeit für die Akademien als Foren solche erprobenden Gespräche führen zu können.

Paul Nolte: Im Chat war ja auch die Frage zur Pluralitätsfähigkeit und damit sozusagen die Frage nach der Wertschätzung der Teilnehmenden zu lesen. Diese Frage ist zum Teil schon beantwortet worden. Es ist mir aber auch aufgefallen, und da würde ich noch mal gerne anschließen, weniger aus theologischer Sicht, aber in Anknüpfung an das, was Arnd Henze gestern vorgetragen hat, das mir auch noch im Kopf herum geht, die Frage nach dem Spannungsfeld von Qualität und Quantität. Ein gewisses Spannungsverhältnis kann man doch da schon sehen, würde ich jedenfalls beobachten, zwischen dem, was Arnd Henze gestern über Diversität einerseits und Hörräume andererseits gesagt hat, mit dem doch durchaus anderen Akzent, den ich bei ihm gehört habe, wenn es um dieser Avantgardefunktion von Akademie geht. Über dieses Spannungsverhältnis müsste man ja auch noch mal nachdenken. Und das andere Spannungsverhältnis liegt in der Pluralität selber begründet: Die Pluralität, von der wir jetzt ausgegangen sind, auch bei Reiner Anselm, das ist eine klassisch liberale Pluralität. Da sind unterschiedliche Individuen, unterschiedliche Meinungen, und die müssen zur Geltung kommen. Die neueren Vorstellungen, wo dann der Begriff Identitätspolitik häufig fällt, gehen ja davon aus, dass Überzeugungen an bestimmte Gruppen gebunden sind. Das war ja doch so ein bisschen der Hintergrund der Intervention von Arnd Henze gestern, es würde eine wirkliche Pluralität gar nicht geben, wenn nur Mittelalterliche biodeutsch zusammen sind – wie auch hier in diesem Teilnehmerkreis. Und auch über dieses Spannungsverhältnis muss man mal sprechen. Meine Frage an Arnd Henze gestern wäre gewesen, ob er dieses Moment nicht auch überschätzt. Aber es ist eine Herausforderung, wie man diese Diversität, von der er gesprochen hat, wenn die auch pluralitätsfördernd sein soll – beides ist ja nicht identisch –, in der Evangelischen Kirche, ich will jetzt gar nicht von Akademien sprechen, herstellen kann? Wie kann man diese in einer religionssoziologischen Situation schaffen, die ja weit davon entfernt ist, sozusagen einen Proselyten zu machen. Wir werben ja nicht darum, dass türkische Migranten in die Evangelische Kirche kommen, und tun dies aus guten theologischen Gründen nicht. Von der Judenmission haben wir uns ganz verabschiedet. Vierzig bis fünfzig Prozent der Jugendlichen in Frankfurt haben einen Migrationshintergrund, der mag auch christlich sein und zum Teil auch evangelisch, aber zu einem geringen Anteil. Wie gehen wir dann eigentlich als Kirche und als Gesellschaft mit diesen Diversitätsansprüchen um, wenn wir von dem, was wir evangelisch, aber auch politisch eigent-

lich gar nicht wollen, weit entfernt sind? Wir sind nun einmal in einer Situation in Deutschland – die kann man durchaus auch beklagen –, in der nicht eine große religiöse Dynamik herrscht. Natürlich: Die Missionsbewegung in den evangelischen Reihen würde es natürlich freuen, wenn das so wäre, wenn also ein großes Missionszelt in Neukölln mit dem Titel »Migranten, wählt evangelisch!« aufgebaut wird. Das wäre eine ganz andere Kirche. Auch darüber muss man mal reden. An diesem Spannungsverhältnis führt auch kein Weg vorbei. Ich will das nur mal benennen.

Reiner Anselm: In der Tat, darüber muss man sprechen. Man sollte sich intern darauf noch einmal einen selbstkritischen Blick gestatten, dass durchaus in Teilen unserer Kirchen und des Protestantismus unreflektierte Sympathie für Muster einer gruppenbezogenen Identität vorherrscht und daher das Diversitätsargument schal erscheint. Demgegenüber möchte ich unterstreichen, was Elisabeth Gräß-Schmidt deutlich gemacht hat: Evangelischer Glaube ist individueller und gruppenbezogener Glaube, und aus diesem Grund würde ich sehr, sehr vorsichtig sein, sich diesen gruppenbezogenen Diskursen zu stark zu öffnen. Die Reduktion, dass jemand nur über ein bestimmtes Merkmal bestimmte Positionen hat, halte ich, auch soziologisch, für absolut unterkomplex. Davon hat man sich in der Rollentheorie längst verabschiedet. In den gegenwärtigen Debatten kehren auch Positionen von Gruppenidentität wieder, die hochgradig konstruiert und nicht frei von ideologischen Überhöhungen sind. Demgegenüber ist in meinen Augen das protestantische Paradigma in Verbindung mit der Aufklärung wesentlich leistungsfähiger, sodass dass wir hinter dieses Paradigma nicht zurückfallen sollten: Wir sprechen die Gruppenmitglieder z.B nicht als Migranten mit muslimischem Hintergrund an, sondern wir sprechen sie zunächst mal schlicht und ergreifend als Menschen an.

Anja Reichert-Schick: Die Diversität beschäftigt uns in der Akademie in der Tat in vielen Bereichen. Herr Anselm, Sie hatten es vorhin bereits angesprochen, jetzt kommt aktuell noch eine weitere Schwierigkeit hinzu: die Digitalisierung. Wir befinden uns schon seit Monaten in der Situation, dass wir nur digital präsent sein können, und vermutlich wird das in den kommenden Monaten so bleiben. Wie können wir denn unter diesen Bedingungen und mit all den Problemen, die Sie bereits angesprochen haben, zu einer guten Wirklichkeit in der Akademiearbeit kommen? Hätten Sie dazu einen Rat?

Elisabeth Gräß-Schmidt: Reiner, du hast den Dialog angesprochen. Das ist ganz zentral, um eine mündige Person herauszubilden zu können, aber diese Individualität, die jetzt im christlichen Glauben angesprochen ist, ist eben bezogen auf die Sozialität. Individualität und Sozialität hängen zusammen. Aber das Besondere ist eben, dass die Individualität nicht einfach gruppenbezogen sozusagen vereinnahmt wird, sondern gar viel auch eine Gruppengemeinsamkeit ist, sondern eine Gemeinschaft ist. Man muss also auf das Allgemeine schauen, auf das Soziale im Ganzen, dass das funktioniert. Das funktioniert nur, wenn die Betroffenen tatsächlich zu mündigen Personen heranreifen, und das, denke ich, muss auch entscheidend sein für die Frage des Umgangs und des Zugehens auf andere Religionen. Schritte solchen Zugehens sind nicht, dass man das Religiöse einfach kappt, so habe ich Deinen Vorschlag verstanden, und auf der politischen Ebene miteinander spricht. Ich denke schon, wenn zur Mündigkeit die eigene Überzeugung gehört, muss man dies auch für die Überzeugung der anderen ermöglichen können. Religion ist ein Teil des gesellschaftlichen Lebens und muss in eine Demokratieförderlichkeit gebracht werden. Das ist ein schwieriges Unterfangen, und insofern ist die Frage, Demokratie und Religion in ein wechselseitiges Verhältnis zu bringen, eine wichtige Aufgabe, die wir auch für das interreligiöse Gespräch im Blick behalten sollten.

Prof. Dr. Jörg Hübner: Was alle drei Vorträge, so habe ich es empfunden, eint, ist dieser Horizontbegriff: Demokratie als Horizontbegriff, wenn ich es übersetze, Herr Nolte. Herr Anselm: Horizontbegriff des Gemeinsinns, so habe ich Sie verstanden. Elisabeth, das Menschsein, der Begriff des Menschen, als Horizontbegriff protestantischer Theologie. Es besteht die Aufgabe, diesen Horizont klar zu machen und Orientierungspunkte zu schaffen. So verstehe ich die Einheit bei allen drei Vorträgen. Und jetzt beißt sich das dann doch mit diesem Begriff, Elisabeth, von der Avantgarde der Akademie, nämlich in einer herausfordernden Zeit. Ich nenne nur die Stichworte Digitalisierung, Klimakrise, Gutes Leben nach der Corona-Krise. Haben da nicht auch Akademien diese Rolle einzunehmen, aber wie können sie das? So beschäftigen sich nicht ganz zufällig alle Studienleitenden in der Sommerklausur Ende Juni mit der Frage des Guten Lebens angesichts der großen Herausforderungen unserer Zeit. Welche Aufgabe kommt hier den Akademien zu?

Elisabeth Gräß-Schmidt: Die Frage des guten Lebens ist die Frage des Lebens des Einzelnen

und des Lebens der Gemeinschaft, des Gemeinwohls usw., und Avantgarde zu sein, denke ich, heißt, dass man das, was wir jetzt hier tun, zum Beispiel Probleme identifizieren und so herunterbrechen, dass sie operationalisierbar werden. Ich habe auch davon gesprochen, Akademien sind Orte, in denen man das vielleicht durchspielen kann. Da ist natürlich der erste Schritt, dass man tatsächlich Probleme identifiziert: Da ist eben Digitalisierung und die Frage des öffentlichen Raums, die Frage nach der Erhaltung des öffentlichen Raums, die Wertschätzung des Einzelnen, dass sich nicht alle abschotten und Gruppen dann hermetisch verschlossen einander gegenüber treten, entweder sich gar nicht mehr wahrnehmen, ausgrenzen und verfeinden. Du fragtest ja auch nach dem Raum der Gemeinsamkeit, und da würde ich die Frage des Menschseins und Guten Lebens in Freiheit mit erwähnen. Freiheit ist nur, wenn man dem Anderen Freiheit lässt, sich zu äußern, die Freiheit, sich wahrzunehmen, nicht übersehen zu werden. Das ist jetzt ein weiteres Problem, das wir haben, dass zwar die Individualität großgeschrieben wird, aber sie wird ja letztlich eingedämmt, sozusagen letztlich nivelliert im Rauschen der sozialen Medien, und alle müssen um Aufmerksamkeit kämpfen. Das ist eben auch ein solches Problem, das letztlich die Isolierung der Individuen kennzeichnet, diese Gefahr, wenn das Gemeinsame eines Allgemeinen verloren geht, und dann schließt man sich eben in Gruppen zusammen und wird dann als Einzelner übersehen. Das sind Mechanismen, die alt und bekannt sind. Ich denke, die Akademien können hier in der Ansprache der Einzelnen zum Zwecke an das Gemeinsame beitragen. Das ist eine Gestaltungsaufgabe, zu erinnern und durchaus in dem Sinne, wie es Herr Nolte mit der Sisyphusmetapher aufgenommen hat, und er hat das ebenso mit Camus ausgeweitet: Man muss sich Sisyphus als einen glücklichen Menschen vorstellen, und das kommt dann zusammen mit dem Bild vom Apfelbäumchen, das Herr Nolte auch für Luther zitiert hat. Das denke ich auch zusammen mit dem Bild meines Lebens: Es gibt ein Lernen über den Tod hinaus, wir bleiben Lernende und sind auf dem Weg. Aber das heißt jetzt nicht, dass wir selbstständig werden. Das zeigt ja gerade das Apfelbäumchen, wir müssen bis zum letzten Atemzug, soweit wir dazu imstande sind, diese Gestaltungsaufgabe, die uns mitgegeben ist, wenn wir es theologisch wenden, als Schöpfungsaufgabe, als Kulturaufgabe, in der Erinnerung das Humane, das mehr ist als bloße Bedürfnisbefriedigung, mit Lust und Liebe zum Dasein, zum Zuge bringen. Das ist die veritable Aufgabe im gesellschaftlichen Raum. Da sind, denke ich,


gerade auch die Religionen, die Kirchen, die Theologie letztlich ein Stakeholder, dieses vermeintlich überflüssige Luxusgut mit der Freude am Dasein angesichts der Wirrnisse aufrecht zu erhalten.

Anja Reichert-Schick: Frau Gräb-Schmidt, das war schon ein wunderbarer Ausblick auf das, was wir in Zukunft zu tun haben. Ich möchte Ihnen gerne noch konkret die Frage stellen, welchen Auftrag für unsere zukünftige Arbeit Sie uns gerne mit auf den Weg geben möchten?

Paul Nolte: Ich wollte etwas zu der Avantgarde sagen, weil mich das reizt, diesen Begriff noch einmal aufgreifen. Herr Hübner hatte ja danach gefragt. Bei mir als Historiker klingen da vor allem zwei Sachen an: Avantgarde ist politische Avantgarde, also am Anfang des 20. Jahrhunderts Lenin, und diese Avantgarde wollen wir nicht. Es ist aber auch die künstlerische Avantgarde am Anfang des 20. Jahrhunderts. Diese Avantgarde wollen wir, eine experimentelle Avantgarde, eine selbstgewisse Avantgarde, eine Avantgarde auch im Blick auf solche Fragen, die Sie, Herr Hübner, inhaltlich angesprochen haben: Klimawandel – auch da ist Selbstgewissheit, das möchte ich einmal protestantisch-politisch sagen, fehl am Platz, und die leninschen Attitüden von Greta Thunberg, egal, ob sie 17 oder 57 ist, finde ich nicht gut. Ich weiß, dass soziale Bewegungen so funktionieren, dass sie eines gewissen Überschusses bedürfen usw. Davon wird sowieso nicht alles umgesetzt. Natürlich, aber experimentelle, demütige Avantgarde würde ich noch mal sagen, das

ist Akademie. Und vielleicht konkretisieren Sie das für Ihre Arbeit dann selber.

Reiner Anselm: Das aufnehmend möchte ich kurz sagen: Avantgarde zu sein, ja, wirklich den Gedanken der Aufklärung weitertreiben, nicht als Eliteprojekt, sondern als ein Projekt, das darauf angelegt ist, alle dazu zu befähigen, auf dem Markt der Meinung ihre Positionen begründet zum Ausdruck zu bringen. Der Begriff des Marktes ist bewusst gewählt, denn es ist ja die eigentliche Pointe des Marktes, dass dort unterschiedliche Güter konvertibel werden, dass sie gewechselt werden können in etwas anderes. Nach diesem Vorbild kann die Akademie die Agora sein, in der Positionen konvertibel und verstehbar werden können. Akademie als Avantgarde in diesem Sinn – missverstanden wäre es jedoch, wenn diese als etwas Abgeschlossenes, etwas Geheimbündisches gesehen oder agieren würde.

Elisabeth Gräb-Schmidt: Ich habe in meinem vorherigen Statement eigentlich schon diesen Ausblick vorgenommen. Avantgarde nicht im Sinne des Antwortgebens, sondern tatsächlich in der Frage der Identifizierung von Problemen, bei der Spurensuche des richtigen Weges, diese Probleme zu bewältigen. Tatsächlich nicht im leninschen Sinn, sondern dazu brauchen wir eben die Kreativität des Künstlerischen, der Kultur im weiten Sinne, zu der meines Erachtens auch die Religion mit dem Potenzial der Umgangsbewältigung hinzuzuzählen ist. 

Und was nun? Resümee während einer Podiumsdiskussion

Moderation: PD Dr. Anja Reichert-Schick, Studienleiterin der Ev. Akademie Bad Boll (bis 31. März 2021), und Wolfgang Mayer-Ernst, Studienleiter der Ev. Akademie Bad Boll

PD Dr. Anja Reichert-Schick: Wir haben jetzt in den Vorträgen schon viele Impulse zur Lage unserer Demokratie bekommen. Ich würde aber trotzdem zu Beginn noch einmal einen Blick auf dieses Thema werfen und die Frage in die Runde stellen: Wie beurteilen Sie die Lage unserer Demokratie? Stecken wir wirklich in einer Krise, und sind das alles nur eigentlich besondere Herausforderungen unserer Zeit? Wie gut sind wir da noch aufgestellt?

Dr. Andreas Baumer (Heinrich-Böll-Stiftung): Wenn man den großen Blick darauf wirft und unsere Demokratie zum Beispiel mit anderen europäischen Staaten vergleicht, Frankreich, Italien, sehen wir, dass wir ein relativ akzeptiertes Parteiensystem haben, sodass man da nicht von einer Krise sprechen kann, dass wir, was den Rechtspopulismus angeht, uns einer europäischen Normalität annähern. Von daher steht die repräsentative Demokratie ganz gut da. Wenn wir uns das ein bisschen genauer anucken, die Ebenen wechseln und beim Stichwort Rechtspopulismus bleiben, kommen wir aber zu einem anderen Befund: Wenn eine solche Partei in den ostdeutschen Bundesländern zur zweitstärksten Kraft geworden ist und da eine immer prominentere Rolle spielt, dann ist das nur mal ein Schlaglicht, wo man eine krisenhafte Entwicklung feststellen kann. Und dann muss man natürlich weitergucken, und dazu sind heute Morgen ja schon viele Beispiele genannt worden: Die polarisierte Gesellschaft, Blasen, die immer weniger miteinander sprechen, eine Einwanderungsgesellschaft, die das lange Zeit nicht sein wollte, ein in vielen Bereichen verbreiteter Rassismus, der viele Gruppen von Bürgerinnen und Bürgern belastet und ausgrenzt, Institutionen wie Polizei, Bundeswehr, die zu gewissen Teilen rechtsradikal durchgesetzt sind, was immer deutlicher wird. Da würde ich durchaus von Krisen sprechen, und diese Reihe könnte man, glaube ich, eine Weile fortsetzen.

Dr. Stefan Hofmann (Konrad-Adenauer-Stiftung): Es gibt mehrere Sachen, die man sich genau anschauen muss. Zum einen, wenn wir uns die Funktionsweise unserer politischen Institutionen anschauen, können wir uns immer noch glücklich wähnen im Vergleich zu vielen anderen Ländern. Die Erosion, die wir teilweise in den USA erleben, die Erosion, die wir in vielen anderen,

auch europäischen Ländern erleben in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit, dann geht's uns noch wirklich gut. Wenn ich allerdings auch hier gleich Wasser in den Wein gießen möchte. Es ist nämlich so, dass wir aus meiner Sicht viel zu sehr der Meinung verhaftet sind, dass alles gesetzt ist und so bleibt. Ich glaube, dass da ganz viel im Schwung ist, und da bin ich zumindest d'accord in der Analyse mit Andreas Baumer, dass es starke Erosionseffekte gibt, dass auch beobachtbar ist, dass Demokratien nur dann ihre Legitimität behalten, wenn sie Performance haben, und da haben wir ein bisschen ein Problem. Wir sind oft zu sehr in Gulliver'schen Systemen gefangen, auch was die Abläufe angeht. Wenn man sich anschaut: Wie agil handelt das Land angesichts von Corona? Wie kreativ sind wir? Ich glaube, wir sind so sehr in bürokratische Abläufe verstrickt, dass wir da letzten Endes Legitimität einbüßen, und das wirkt sich jetzt auch in den Umfragen aus, was die regierenden Parteien angeht. Es gibt noch einen weiteren Punkt, an dem ich glaube, dass wir mittelfristig ein ernsthaftes Problem bekommen, und zwar gerade auch durch die Corona-Krise: nämlich das, was das gemeinsame Fundament von Realität betrifft. Vorhin habe ich in der Diskussion den Begriff der Rationalität aufgeschnappt. Die Frage, was unterschiedliche Leute als rational empfinden, divergiert. Leben wir noch in gemeinsam wahrgenommenen Realitäten? Normalerweise stellt man diesen Konsens her, indem man sich begegnet – wo auch immer. Aber durch die Virtualisierung der Kommunikation der Gruppen, die auch Andreas Baumer angesprochen hat, laufen wir Gefahr, dass sich parallele Realitäten in abgegrenzten Gruppen entwickeln. Die sind dann verdammt schwer wieder einzufangen, sodass auch Zutritte von uns, gewissermaßen als intellektueller Kreis, immer schmaler und enger werden. Da habe ich Bauchschmerzen. Das müssen wir, glaube ich, beobachten.

Johanna Hasting (Friedrich-Naumann-Stiftung): Ich glaube, dass wir in der Demokratiebetrachtung gewissermaßen eine parallele Entwicklung erleben wie es in der Welt ist: es wird globaler, komplexer, sicher auch öffentlicher, es wird schneller. Menschen reagieren darauf nicht nur in diesem Mosaikstück Demokratie, das wir gerade anschauen, sondern auch in vielen anderen Be-

reichen. Das heißt, wenn sich etwas ändert, wird es erst mal befremdlich wahrgenommen und wird erst mal als Krise verstanden. So haben Sie auch Ihre Frage formuliert: Befinden wir uns in einer Krise? Ich würde eher mit Herrn Professor Nolte mitgehen und sagen, wir leben in einem ständigen Wandel, Demokratie wandelt sich ständig und wir müssen darauf eingehen. Dieses Bild des Sisyphus ist frustrierend für uns alle, aber so ist es eben, das ist teilweise schon selbstverständlich. Was passiert dann, wenn sich etwas ändert? Zwei Dinge können passieren: Das eine ist, jemand zieht sich zurück aus dieser Angst und Verunsicherung heraus und die Polarisierung nimmt zu. Das ist das, was Andreas Baumer schon sagte. Menschen suchen sich einen anderen Raum der Äußerung, zum Beispiel den außerparteilpolitischen Raum. Wir sehen ja, dass sich viele politische Debatten gar nicht mehr in Parteien abbilden, sondern in ganz anderen Räumen. Ich möchte aber trotzdem einen Aspekt der Hoffnung einbringen, damit es nicht zu düster wird. Wir haben diese Woche eine Diskussion gehabt mit zwei politischen Start-ups in einem Diskussionskreis zu Politik und Innovation. Ich war dabei sehr beeindruckt, was es mittlerweile an Foren, Unternehmen und Bewegungen gibt, die nicht im parteipolitischen Sinne, aber in ihrer Art und Weise zur politischen Diskussion beitragen.

Anja Reichert-Schick: Wenn wir diese Statements hören, welche Konsequenzen möchten wir denn daraus für die politische Bildung ziehen? Was möchten wir mit unserem Bildungsauftrag, auch an der Akademie, verfolgen?

Prof. Dr. Reinhold Weber (*Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg*): Mich bewegen zwei Dinge, die an das anknüpfen, was bisher gesagt wurde, aber die legen Fragestellungen offen, die uns in der politischen Bildung im Moment sehr bewegen. Ich kann mich allem anschließen, was gesagt wurde, aber es gibt zwei Dinge, die mir persönlich im Moment Sorge bereiten: Der eine Punkt ist eine gewisse Polarisierung, die in der Gesellschaft stattfindet unter dem Schlagwort Identitätspolitik, und wir wissen alle, dass die extreme Rechte die Gesellschaft spalten will. Das liegt auf der Hand, und da findet in unserer Gesellschaft gerade eine enorme Anstrengung statt, von Gewerkschaften, von staatlicher Seite, von gesellschaftlicher Seite usw., dass ich glaube, weil ich ein grundsätzlich positiv gestimmter Mensch bin, dass wir das in den Griff kriegen. Wo ich aber eine Art Hilflosigkeit verspüre, ist die Reaktion derer, die mit einer Identitätspolitik antworten und dabei eine überschießende Dynamik an den Tag legen. Meine Sorge ist einfach, dass sich unsere Gesellschaft tatsächlich immer weiter polarisiert, und dass wir die gemeinsame Gesprächsbasis verlieren. Das betrifft uns alle. Das betrifft christliche Einrichtungen genauso wie staatliche und viele andere Einrichtungen. Es ist ein großes Anliegen der politischen Bildung, im Gespräch zu bleiben mit allen. Dazu müssen einerseits Expertendiskurse geführt werden, dazu muss aber andererseits auch verständlich gesprochen werden. Aber dieser Spagat ist natürlich für uns politische Bildner immer von ganz zentraler Bedeutung. Wir haben, seit es politische Bildung überhaupt gibt, immer über Zielgruppenfragen, über Vermittlungsformate nachzudenken. Aber das ist vielleicht noch mal ein anderes Thema. Also so eine gewisse Hilflosigkeit gegenüber dem eigentlich unschönen Wort Identitätspolitik von vielen Menschen, die es auch gut meinen, aber doch etwas zu weit gehen und dadurch zu einer Polarisierung beitragen, viele Menschen damit auch ausgrenzen, weil die einfach nicht mehr mitkommen bei manchen Diskussionen, und da habe ich persönlich so ein bisschen die Befürchtung, dass wir etwas in US-amerikanische Verhältnisse (wir sind noch lange nicht so weit) kommen.

Ein zweiter Punkt, der mich bewegt, ist eine Gereiztheit, die ich in unserer Gesellschaft wahrnehme. Da spielt Corona eine wichtige Rolle, auch vieles andere in unserer Gesellschaft. Diese Gereiztheit wird medial verstärkt, sie wird durch Polarisierung verstärkt und durch anderes auch. Nehmen wir nur ein Beispiel: An einem Donnerstag werden von einer bestimmten Behörde die Corona-Schnelltests freigegeben und am Montag darauf sind diese Schnelltests nicht flächendeckend in Schulen. In Teilen der Medien und in der Öffentlichkeit wird dann gleich von »Chaos«, »Regierungskrise« und was auch immer gesprochen. Das will ich nur als Beispiel nehmen für eine Gereiztheit, eine übersteigerte Erwartungshaltung in unserer Gesellschaft, die, wie gesagt, ihre Gründe hat, die aber ein Stück weit Maß und Mitte verloren hat. Das hat Auswirkungen auch auf die politische Bildung. Mit diesen Dingen müssen wir umgehen. Damit will ich auch schon abschließen. Also zwei Dinge: Der Polarisierung entgegenwirken und gleichzeitig auch versuchen, eine gewisse Gereiztheit aus der Gesellschaft zu nehmen und den Boden des gemeinsamen Gesprächs nicht zu verlieren.

Anja Reichert-Schick: Das sind ja schon ganz konkrete Aufträge, und an der Stelle stellt sich die

Frage, inwiefern hier die Kirchen und Akademien eine Rolle spielen können, und da möchte ich jetzt an meinen Kollegen Wolfgang Mayer-Ernst übergeben.

Wolfgang Mayer-Ernst: Es wurde heute Vormittag und auch gestern schon viel gesagt über die Herausforderungen für die politische Bildung, aber auch das Potenzial kirchlicher Akademien, überhaupt von Kirchen, sich in politische Diskurse einzubringen. Aber Kirchen sind natürlich Weltanschauungsgemeinschaften in einer diversen, säkularen Gesellschaft. Auch gehören sie zu den auch Großinstitutionen, denen in unserer Zeit auch einiges an Misstrauen entgegengebracht wird. Von Arnd Henze wurde dazu schon einiges Kritisches gesagt: Die Kirchen litten unter einem Mangel an Diversität, an einem Gemeinschafts- und Homogenitäts-Bewusstsein. Trotzdem meine Frage: Können Kirchen politische Bildung? Sind sie die richtigen Partner und Player in der politischen Bildung? Ich möchte diese Frage zunächst dem Akademiedirektor stellen, dann aber auch den Vertretern der Stiftungen und der Landeszentrale – mit der herzlichen Bitte, keine Festrede zum Jubiläum der Akademie Bad Boll abzugeben, sondern offen auch auf kritische Punkte zu verweisen.

Prof. Dr. Jörg Hübner: Die Akademien genauso wie die Kirchen müssen politische Bildung natürlich betreiben, weil sie eigentlich unabhängig sind, und dieses unabhängige Forum macht sie doch eigentlich stark für diese, wie es Herr Nolte nannte, experimentelle Avantgarde, wo Menschen suchen können, wo Menschen miteinander nach neuen Lösungen und Alternativen suchen. Da sehe ich die große Chance gerade für kirchlich organisierte, kirchlich aufgestellte politische Bildung, und das wollen wir als Evangelische Akademie Bad Boll in den Vordergrund rücken. Ich freue mich sehr, dies auch mit anderen Kooperationspartnern gemeinsam gestalten zu können, mit fünfhundert Kooperationspartnern verschiedener Art. Diese Vielfalt garantiert Unabhängigkeit und damit auch eine gewisse Neutralität. Manchmal ist das nicht ganz einfach, weil wir immer noch den Anspruch im Kopf haben, es gäbe die Wahrheit oder Ähnliches mehr. Das schafft uns als Kirchen manchmal ein inneres Problem in dem Sinne, es gäbe eine Botschaft, der wir Rechnung zu tragen hätten. Aber schon das Evangelium ist ja schon vielgestaltig. Deswegen sollten wir diese Freiheit der Suche nach tragenden Horizontbegriffen in aller Fröhlichkeit in den Akademien vorantreiben.

Wolfgang Mayer-Ernst: Ich gehe nicht gleich zu der Vertreterin und den Vertretern der politischen Stiftungen, sondern zur Landeszentrale für politische Bildung. Herr Weber, sind nicht eigentlich Sie als Landeszentrale eine neutrale Einrichtung?

Reinhold Weber: Die LpB ist eine überparteiliche Einrichtung. Wir haben unsere Magna Charta, den Beutelsbacher Konsens, das Grundgesetz und die freiheitlich-demokratische Ordnung als die Grundlage unserer Arbeit. Insofern sind wir überparteilich, aber wohlgerne nicht wertneutral. Das ist wichtig zu betonen. Das formt unsere Arbeit, das ist keine Frage. Wir haben wahrscheinlich ähnlich viele Kooperationspartner wie Sie, Herr Hübner. Wir wirken stark in die Gesellschaft hinein. In Bezug auf die Kirchen habe ich immer ein bestimmtes Bild vor Augen. Wir als Landeszentrale für politische Bildung erreichen in hohem Maße junge Menschen, die sich in irgendeiner Art und Weise in Ausbildung befinden, von der Schule bis hin zum Studium. Wir versuchen in den letzten Jahren verstärkt, auch in der beruflichen Ausbildung präsent zu sein. Aber wir tun uns in manchen Bereichen zumindest nicht so leicht, Menschen zu erreichen, die einfach in der Mitte des Lebens stehen, die berufstätig sind, die Familie haben usw. Mit den Vertretern kirchlicher Einrichtungen, mit denen ich spreche, glaube ich manchmal festzustellen, dass kirchliche Partner gegenüber uns den Vorteil haben, dass sie Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen erreichen, in manchen Teilen sicherlich stärker als wir. Aber ich merke in Gesprächen auch, dass kirchliche Gemeinden von politischen Themen teilweise fast zerrissen werden. Denken wir an das Thema Populismus, denken wir an den Umgang mit der sogenannten Flüchtlingskrise seit 2015. In kirchlichen Gemeinden gibt es dann manchmal auch völlig verständlicherweise eine gewisse Unsicherheit in der Herangehensweise, in der Form der Austragung der Konflikte, die plötzlich auftreten können, und da sehe ich uns als kompetente Kooperationspartner der Kirchen, und zwar in einem gegenseitigen Austausch, in einer gegenseitigen Befruchtung. Ich will ganz kurz ein Beispiel nehmen. Wir machen seit zwei, drei Jahren eine Reihe: »Populistischen Parolen Paroli bieten«. Das ist ein Workshop-Seminar, sehr stark nachgefragt, und da geht es einfach darum, in der Zivilgesellschaft, in der Bevölkerung Menschen gegen populistische Argumente zu wappnen, die einem am Arbeitsplatz, an der Supermarktkasse, in der Straßenbahn begegnen können. Mit der Leiterin des Evangelischen Stifts in Urach bin ich darüber einmal ins Gespräch gekommen. Sie sagte: »Warum adaptieren wir das

nicht in Kirchengemeinden?« Und ich sagte: »Ja, natürlich, das müssen wir sogar machen.« Und wir machen das jetzt auch mit evangelischen Kirchengemeinden, und das Format kommt genauso gut an. Das soll nur ein kleines Beispiel sein, wo ich eine sehr gelungene Kooperation sehe zwischen staatlicher politischer Bildung, überparteilicher und kirchlich-konfessionell geprägter politischer Bildung.

Wolfgang Mayer-Ernst: An die liberale Vertreterin die Frage: Wie sehen Sie die Kirchen als Partner der politischen Bildung?

Johanna Hasting: Ich bin selber Christin. Ich finde das ein ganz tolles Beispiel, das Herr Weber hier angesprochen hat, sozusagen die Verbindung zwischen inhaltlichem Training und Kirchengemeinden. Mitglieder und v.a. Mitarbeitende von Gemeinden von Leuten, die in der Gesellschaft eine Multiplikatorenfunktion haben, und wir sollten da als politische Stiftungen über den Tellerrand hinausschauen. Nicht nur Politiker haben eine Multiplikatorenwirkung für einen gesellschaftlichen Anspruch, unser Zusammenleben zu gestalten. Wir alle haben das gleiche Mandat, nämlich unsere gesellschaftlichen Herausforderungen zu gestalten, und wenn wir da mehr zusammenarbeiten und voneinander lernen dann ist das doch in gemeinsamem Sinne. Da müssen wir noch enger zusammenarbeiten. Wer ist denn wirklich in der Gemeinde und in der Gesellschaft da? Das sind nicht unbedingt Volksvertreter, wir sind ja da in Blasen gefangen, sondern das ist der Kirchengemeinderat, das ist die Jungschargruppe, das ist die Kirchengemeindeführung usw. Ich glaube, dass Christen im politischen Gefüge unserer Gesellschaft noch viel eloquenter, aktiver, auch sprechfähiger gemacht werden müssen. Das ist eine Zielgruppe, die wir vielleicht so noch nicht ausreichend ausgebildet haben.

Stefan Hofmann: Als Kooperationspartner, als Referenzpunkt sind die Kirchen für uns sehr wichtig, das ist ganz klar. Ich würde trotzdem einmal als Politikwissenschaftler, unabhängig davon, dass ich für eine »C-Stiftung« arbeite, auch noch einmal sagen: Um Gesellschaften zu einen, sie zum Positiven zu mobilisieren, brauchen wir in irgendeiner Form Konstrukte, um das zu tun. Sie können das tun mit der Nation. Sie können es aber auch tun vielleicht mit einer anderen Haltung, hinter der etwas steckt wie Zusammengehörigkeit, die ein Grundbedürfnis der Menschen ist. Insofern ist Religion grundsätzlich als orientierender Faktor und natürlich gerade auch mit unserem Menschenbild als Versorger für ein umfas-

sendes Wertesystem wichtig – unabhängig davon, ob man selber gläubiger Christ ist. Ich glaube, dass die Werteangebote insbesondere in den christlichen Religionen vorhanden sind. Aber ich möchte es nicht auf die christliche Religion reduzieren. Der christliche Wertebezug ist ganz wichtig, und wir merken, dass es auch Angehörige anderer Religionen durchaus schätzen, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, die religiös gebunden sind. Übrigens auch in der mir nahestehenden Partei, der CDU, in der ja durchaus Menschen anderer Religionen willkommen sind. Das geht kreuz und quer. Ich sage das, weil das C bei uns eben drinsteckt. Das ist natürlich auch bei den anderen politischen Parteien so der Fall. Ich glaube, es gibt allerdings noch einen ganz wichtigen Punkt aus dem Christentum, der für uns vital ist und gerne unterschätzt wird: das Persönlichkeitsprinzip, das einer der Pfeiler der Sozialen Marktwirtschaft ist. Ich habe das so verstanden, dass dieses beinhaltet, dass uns Gott mit der Fähigkeit ausgestattet hat, als Individuen selbst zwischen Gut und Böse zu unterscheiden. Das beinhaltet auch gleichzeitig das Prinzip der Demut gegenüber der Haltung der anderen: dass man sich nicht zur Behauptung aufschwingt, im Besitz einer letztlichen Wahrheit zu sein, sondern es um die Summe der Wahrheiten innerhalb des gemeinsamen Wertekorridors geht. (Kirche, kirchliche Akademien als Orientierungsfaktoren finde ich als Kooperationspartner sehr wichtig.)

Andreas Baumer: Interessant ist der Punkt von Herrn Weber, Kirche als Kooperationspartner zu betrachten, um in die Mitte der Gesellschaft zu kommen. Wir als politische Stiftungen, die wir politisch nicht neutral und stark in unserem eigenen politischen Milieu verwurzelt sind, haben andererseits natürlich auch den Anspruch und den Wunsch, auszugreifen und mit anderen ins Gespräch zu kommen. Dabei sind die Kirche und Institutionen wie die Akademie oder der Hospitalthof in Stuttgart ganz wichtige Partner, um neue Milieus und Zielgruppen anzusprechen.

Anja Reichert-Schick: Herr Weber, Sie haben vorhin von der Gereiztheit der Gesellschaft gesprochen. Man sagt auch, wir sind in der Zeit des Gebrülls. Wie können wir denn in diesen Zeiten gute und konstruktive Gespräche führen? In welchem Diskurssegel können wir diskutieren, wenn wir immer die Grenzen des Sagbaren überschreiten und Regeln brechen? Wie können wir damit umgehen, wenn wir alle zu Wort kommen lassen wollen, die Pluralität in unseren Veranstaltungen widerspiegeln?

Reinhold Weber: Ich denke, wir brauchen auf der einen Seite geschützte Gesprächsräume. Es ist ja bisweilen wichtig, dass Menschen, die ein Thema verbindet, in einem geschützten Raum zusammenkommen, um sich auszutauschen. Das ist relativ leicht zu bewerkstelligen. Viel schwieriger ist es aber, offene Gesprächsräume zu schaffen, wo Menschen mit möglichst unterschiedlichen Interessenlagen, sozialen Lagen oder sonstigen Faktoren zusammenkommen. Das ist die eigentlich große Herausforderung für uns alle. Ich habe vorhin schon gesagt, wir müssen aufpassen, dass wir einen relativ großen Teil der Gesellschaft nicht verlieren in dieser Gesprächsbereitschaft. Und dann ist es natürlich für uns in der politischen Bildung allergrößte Aufgabe, für einzelne Gesellschaftsteile Formate zu finden. Ich möchte es plastisch machen und vielleicht zwei, drei Beispiele nennen. Wenn wir an die Menschen denken, die aus Familien kommen mit Zuwanderungsgeschichte, dann sind sie für diese Zielgruppe der bessere Gesprächspartner, wenn Sie selber Personal haben, das vielleicht aus einer Familie mit Zuwanderungsgeschichte kommt. Das macht sie offener gegenüber diesen Gruppen. Wir haben zum Beispiel mit der Gedenkstätte Oberer Kuhberg in Ulm ein Format mit Schulen aufgelegt, das sich speziell an Jugendliche mit Migrationshintergrund gerichtet hat: »Was geht mich eigentlich eure Geschichte an?« Ein anderes Beispiel, wo wir glauben, einigermaßen erfolgreich zu sein, ist das Stichwort »Peer Education«. Junge Menschen unterrichten Junge aus der gleichen Generation. Es ist ein großer Unterschied, ob Sie einen Veranstaltungspart haben, wo der ältere Herr mit grauen Haaren sitzt und doziert und berichtet oder durch eine Einrichtung führt, oder ob das Jugendliche selber machen oder ältere Schüler oder Studierende, die mit Jugendlichen solche Bildungsformate machen, die deren Sprache sprechen, wenn der Altersunterschied nicht so groß ist, die deren Slang, die deren Formate auch beherrschen. Wir wissen ja alle, dass wir bestimmte Bevölkerungsgruppen nur noch über mediale Formate erreichen, und natürlich ist es eine große Herausforderung für eine Akademie und auch für eine Landeszentrale, diese sehr große Vielfalt an Formaten bereitzuhalten, die wir inzwischen haben. Das sind Herausforderungen finanzieller, personeller Art usw. Aber ich glaube, um diese Gesprächsfähigkeit zu erhalten, kann das nur bedeuten, in diese Vielfalt zu gehen und entsprechende Formate und Medien zu nutzen. Das ist jetzt ganz schnell und leicht daher gesagt, wir wissen alle, dass das in der praktischen Umsetzung sehr schwierig ist, aber wir haben heute früh schon öfter mal von Horizonten gehört.

Anja Reichert-Schick: Das war schon noch mal ein konkreter Auftrag an uns, mit Blick auf die Formate kreativ und erfinderisch zu werden und an der einen oder anderen Stelle auszuprobieren. An die drei Vertreter der Stiftungen die Frage: Wie führen Sie das Gespräch in diesen Zeiten, und wie können wir zu einem guten Gespräch kommen?

Stefan Hofmann: Das Stichwort war ja noch mal die Gereiztheit der Gesellschaft. Es gibt mehrere Punkte, die man betrachten muss. Erstens einmal haben wir den Auftrag, selbst achtsam zu sein, als diejenigen, die politische Kommunikation in irgendeiner Form ausüben. Wir werden niemals dem Ideal des herrschaftsfreien Diskurses – ich meine es war von Habermas – entsprechen, aber wir versuchen immer wieder ein Stück näher zu rücken. Es ist wichtig, dass man andere Leute nicht »unterpflügt«, dass man sie emotional wahrnimmt und auch im Dissens den Kontakt hält. So, glaube ich, müssen wir unsere Formate ein Stück weit aufbauen, auch moderieren. Das betrifft auch sämtliche Formen von Online-Kommunikation. Wenn wir Anregungen geben, politische Kommunikation, auch im Online-Bereich. Wir hatten früher noch Trainer mit dabei, die sozusagen beigebracht haben, wie man diskursiv anderen den Dolch zwischen die Rippen stemmt. Ich würde das nicht mehr tun. Früher, in den ganz alten Bundestagsdebatten, war es noch lustig, wenn Wohlrabe plötzlich Übelkrähe genannt wurde. Da müssen wir, glaube ich, sehr aufpassen. Zu guter allerletzter würde ich einen Blick gerne auf alle Akteure richten, die in diesem Prozess drin sind: Wir natürlich als politische Bildner, dass wir immer mal wieder schauen, was sich innerhalb der Medienlandschaft und außerhalb der sozialen Medien tut. Wir haben da durch das Prä der Online-Kommunikation, durch den Wegfall von klassischen Printmedien und auch durch den ökonomischen Druck auf diesen Medien eine Not entstehen sehen, die darauf basiert, dass Medien zu ihrer Werbefinanzierung ständig Klicks brauchen. Diese Klicks kriegt man nur hin durch »Klickbaiting«, durch das Überspitzen von Nachrichten und Überschriften, auch bei Qualitätsmedien. Das ist nicht überall so, aber in der Tendenz. Vorhin haben Sie angesprochen, die Schnelltests wurden am Donnerstag genehmigt und am Montag waren sie noch nicht da. Diese ganz schnelle Aufregung überall, auch in den Begriffen... Ich glaube, da müssen wir aufpassen, und da ist jeder Einzelne, der kommuniziert, aufgerufen, zu überlegen, inwieweit wir die Maßstäbe, die wir an andere Menschen anlegen, an uns selber anlegen können. Da gibt es sehr viel

zu tun, aber man muss es in einem wertschätzenden Diskurs tun. Wertschätzung und Kontakthalten wäre hier mein Fazit.

Anja Reichert-Schick: Herr Baumer, was ist Ihr Rezept für gute Gespräche in unserer Gesellschaft?

Andreas Baumer: Zum einen halte ich es für wichtig, Gesprächsräume zu eröffnen, wo Leute, die sich vielleicht nicht unbedingt begegnen würden, miteinander in einem guten Rahmen ins Gespräch kommen können. Da gilt es natürlich auch immer, über neue Formate nachzudenken, was für uns alle eine große Herausforderung ist. Eine Kollegin von mir hat im letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Christopher Street Day ein sehr schönes Format entwickelt: Eine digitale Bibliothek, wo sie eine Reihe von Leuten gefunden hat, die unter dem Stichwort sexuelle Vielfalt bereit waren, über ihre persönlichen Geschichten zu sprechen, und dann konnten die Leute, die Interesse hatten und etwas fragen wollten, was sie vielleicht noch nie gefragt hatten, in einer Bibliothek mit einem schwulen Familienvater ein Gespräch zu zweit führen und da auf eine sehr vertraute Ebene kommen. Solche Ideen muss man weiterdenken und auch die neuen digitalen Möglichkeiten nutzen, um Formate zu entwickeln, aber auch gleichzeitig Leuten die Möglichkeit anzubieten, sich sozusagen das Rüstzeug zu besorgen, um in diesen aufgeregten Zeiten diskursiv bestehen zu können.

Johanna Hasting: Ich möchte das zusammenfassen, was Stefan Hofmann und Andreas Baumer gesagt haben. Ich glaube, wir müssen mit Demut rausgehen, auch aus unseren eigenen Blasen. Das ist einfacher gesagt als getan, aber es geht. Es ist oft aufwendig, es braucht sehr viel Zeit. Aber ich glaube, das Thema ist ganz wichtig. Keiner hat alle Antworten, und wir dürfen hier nicht mit dem Zeigefinger kommen. Kooperationspartner sind dabei ganz wichtig, diverse Sprache, diverse Akteure. Wir haben zum Beispiel einen jüdischen Rapper, der an Schulen geht. Er hat einen anderen Zugang zu den Jugendlichen, zu den jungen Erwachsenen wie ihn niemand aus unserer westlichen Akademikerblase hat. Das ist wichtig, und mit solchen Leuten müssen wir arbeiten. Und dann Training, Training, Training – Menschen dazu befähigen, eloquent zu sein, und argumentativ fit zu werden. Der digitale Raum gibt da enorme Möglichkeiten. Wir haben vor zwei Jahren selber noch nicht geahnt, dass wir in der Art und Weise neue Menschen erreichen können.

Anja Reichert-Schick: Jörg Hübner, was würdest Du denn von all dem, was Du jetzt gehört hast, spontan in das Hausaufgabenbuch der Studienleitenden der Akademie schreiben?

Jörg Hübner: Das Stichwort vom Wertekorridor von Stefan Hofmann würde ich gerne mit hinzunehmen. Bewusst haben Sie ja nicht gesagt, es gibt diese und jene Werte, sondern einen Wertekorridor, auf dem wir uns bewegen. Dieses erste Stichwort gefällt mir als Vertreter einer Akademie, die werteorientierte Bildungsarbeit leistet. Das zweite Stichwort, was uns natürlich auch prägt, ist bestimmt durch das, was Sie eben mit Respekt oder Sie, Frau Hasting, mit Demut benannten. Respekt und Demut gehören ja zusammen. Wenn ich demütig bin, respektiere ich auch das Gegenüber und die Meinung des anderen. Das, glaube ich, ist ein zweites wichtiges Stichwort, Respekt in Kombination mit dem Stichwort Demut. Das Dritte: Bei aller Liebe zum Digitalen, bei allen Versuchen im Digitalen einen Platz zu finden, dürfen wir nicht vergessen, dass es auch Menschen gibt, die im Digitalen nicht leben wollen oder können. Diesen Bezug aufzubauen, das empfinde ich als ganz große Aufgabe der Akademie, auch unserer Akademie, auch mit der Landeszentrale oder mit den politischen Stiftungen zusammen. Wir dürfen diesen Aspekt nicht verlieren: Analoges und Digitales sind miteinander in Verbindung zu bringen – gerade nach der Corona-Krise. Damit bin ich beim Letzten und Vierten: Das, was ich noch hinzufüge, das, was wir brauchen und worum wir ringen möchten, ist Zeit. Demokratie und demokratischer Ausgleich benötigen Zeit. Das ist die größte Gefährdung der Demokratie, dass wir die Zeit einfach nicht mehr haben. Es muss ganz schnell entschieden werden. Morgen muss alles schon da sein. Erwartungsmanagement ist ja heute das Stichwort, das neue Stichwort der Moderne. Eben diese Zeit zu achten, um Zeit zu kämpfen, für Diskurse Freiräume zu haben, Zeit für die Hörräume zur Verfügung zu stellen, das halte ich für eine ganz entscheidende Aufgabe der Zukunft, die in unser Hausaufgabenbuch gehört.

Stefan Hofmann: Das Digitale bietet aus meiner Sicht eine unglaubliche Chance für Inklusion: dass wir Leute quer durch soziale Schichten und quer durch regionale Trennungen ohne den Zwang zur Mobilität erreichen können. Da ist in Zukunft für die analogen Veranstaltungen ein kleiner digitaler Aufwand erforderlich. Ich hoffe, dass wir auch in Zukunft noch alles irgendwo hinbeamten, per Zoom oder sonst wie. Und ich wollte das, was Herr Professor Hübner gesagt hat,

noch ansprechen. Die Erwartungshaltung an Obama war »managing expectations«. Das war, was ihm auf der Seele lag, und ich habe irgendwo einmal einen anderen Begriff gelesen, »Softness« – gewissermaßen die Amazon-Devise: heute geht es raus und morgen muss es im Briefkasten sein oder vor der Tür stehen. Für mich ein Ungeist ist, der aus der Flasche gekommen ist. Das ist noch mal eine Chance für die Kirchen, die immer auch einen Ort für Kontemplation bieten. Die Entschleunigung im Alltag, aber auch in Räumen, in denen wir zusammenkommen, das ist sehr, sehr wichtig.

Anja Reichert-Schick: Was ist für Sie wichtig für die Akademiearbeit, ein gelungenes Symbol, eine gelungene Metapher, die Sie gerne sehen wollen?

Reinhold Weber: Ich weiß nicht genau, ob das auf Ihre Frage hundertprozentig passt, aber ich habe mir einen persönlichen Leitspruch zurechtgelegt, aber vielleicht auch einen Leitspruch der politischen Bildung, von Oskar Negt, dem Soziologen, der schon vor vielen Jahrzehnten gesagt hat, was auch heute früh schon vorgetragen wurde: »Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die immer wieder neu gelernt werden muss.« Diesen schönen Spruch kann man sich eigentlich tagtäglich verinnerlichen.


Jörg Hübner: Politische Bildung und auch ein Bild für das, was sie ist, hat unbedingt etwas mit Bewegung, mit Dynamik zu tun. Das Bild von der Brücke ist mir zu statisch. Dieses Innovative, diese experimentelle Avantgarde sein, das Nachvorne-denken, also das Immer-in-Bewegung-Sein, diese Lebendigkeit macht politische Bildung unserer Moderne aus.

Anja Reichert-Schick: Zunächst die Bitte an die Gäste im Chat: Sie haben sicher eine Menge besprochen, teilen Sie es mit uns.

Stefan Hofmann: Vielen Dank für die Aufforderung, ein Credo zu verbreiten, das ich einmal

gelernt habe: die drei Säulen der Motivation. Das eine ist, dass man in der Akademiearbeit, aber auch in der politischen Bildung eigene Kompetenz erfahren kann. Das, was die Teilnehmenden mit hereinbringen, ist von Wert und wenn irgend möglich einzubauen. In Chats und in Gesprächsrunden. Autonomie, das heißt, dass diejenigen, die mitwirken, auch frei sind, Dinge zu bewegen, zu verändern. Dass man sich nicht in statischen Konzepten bewegt, also Agilität. Das Letzte ist, was ich schön finde: sich in Gemeinschaft erfahren, also dass wir doch immer wieder die Räume haben, in denen wir als Menschen zusammenkommen. Wir kriegen das auch einigermaßen hin. Im Vor-Chat wurde gesagt, das (Digitale) ist Astronautenkost. Das stimmt ja nicht nur. Wir schaffen es tatsächlich doch, richtige Begegnung ein Stück weit hinzukriegen. Aber ich glaube, auch die emotionalen Faktoren in der politischen Bildung, ohne sie manipulativ zu verstehen, sind absolut wichtig.

Johanna Hasting: Ich erachte die Brücke oder das Forum zu statisch und würde Sie eher als etwas Dynamischeres beschreiben. Es gibt dieses Kugelstoßpendel mit den kleinen Kugeln dran, und man kann das kleine Steinchen hochziehen, und dann gibt es einen Impuls für die anderen vier, fünf Steinchen. Das wäre sozusagen das Bild, das mir einfällt, also ein Impulsgeber, aber in geordnetem Rahmen.

Andreas Baumer: Ich muss sagen, dass mir eigentlich keine gute Metapher eingefallen ist, deshalb sage ich es ganz prosaisch. Eine gelungene Tagung muss man sich vorstellen wie die Fußballmannschaft meines Sohnes: Eine ganze Reihe von extrem unterschiedlichen Leuten vereint in einer gemeinsamen Idee, in einem gemeinsamen Teamziel, auch einmal ein bisschen ruppig untereinander, aber hinterher doch wieder voller Zusammenhalt. Das finde ich eigentlich ein ganz schönes Bild. 

epd Dokumentation



Informationen aus erster Hand

Texte und Dokumente aus Kirche und Gesellschaft

Ich bestelle ein kostenloses Probeexemplar epd Dokumentation

Tel.: (069) 58098-191

Fax: (069) 58098-226

E-Mail: aboservice@gep.de

www.epd.de

Absender

Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik gGmbH · Aboservice · Postfach 50 05 50 · 60394 Frankfurt

Jahrgang 2020

45/20 – **30 Jahre Deutsche Einheit** – Kirchliche Stimmen und Rede von Bundespräsident Steinmeier am 3. Oktober 2020 in Potsdam.
20 Seiten / 2,80 €

46/20 – »Hybride« **Zukunft auch für Gottesdienste?** Ausgewählte Ergebnisse der Befragungsstudie »Rezipienten-Typologie evangelischer Online-Gottesdienstbesucher*innen während und nach der Corona-Krise (ReTeOG)« (Von Ralf Peter Reimann (EKiR) und Holger Sievert (Hochschule Macromedia) – 28 Seiten / 3,60 €

47/20 – **Flüchtlingsaufnahme kontrovers: Was treibt die Engagierten?** Ergebnisse des quantitativen Teils des Forschungsprojekts Zivilgesellschaftliches Engagement (Digitale Jahrestagung des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SI) der EKD, 14.-15. September 2020)
36 Seiten / 4,30 €

48/20 – **75 Jahre Evangelische Akademie Bad Boll**
32 Seiten / 4,30 €

49/20 – **Multiprofessionalität und mehr.** Multiprofessionelle Teams in der evangelischen Kirche – Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven (Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD) – 44 Seiten / 4,90 €

50/20 – **Ökumenischer Lagebericht 2020 des Konfessionskundlichen Instituts** (Kollegium des Konfessionskundlichen Instituts des Evangelischen Bundes, Arbeitswerk der EKD, Bensheim) – 40 Seiten / 4,30 €

51/20 – **Keine Gewalt! – Konzepte und Methoden der aktiven Gewaltfreiheit** (3. Friedensethischer Studientag zum Diskussionsprozess zur Landessynode 2021 der Evangelischen Kirche im Rheinland, 5. September 2020, Online) – 44 Seiten / 4,90 €

52/20 – Digitale Synodentagung 2020 (1) **7. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD**, 6. bis 9. November 2020 – 32 Seiten / 4,30 €

Jahrgang 2021

1-2/21 – **Rüstungsexportbericht 2020 der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE)**
80 Seiten / 6,10 €

3/21 – Digitale Synodentagung 2020 (2) **7. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD**, 6. bis 9. November 2020 – 24 Seiten / 3,60 €

4/21 – **Digital – parochial – global?! Ekklesiologische Perspektiven im Digitalen (1)** (Workshopreihe der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Kooperation mit der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Evangelischen Akademie der Pfalz, Workshop I – Gottesdienst, Liturgie und Verkündigung, 16. Oktober 2020, digital)
32 Seiten / 4,30 €

5/21 – Digitale Synodentagung 2020 (3) **7. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD**, 6. bis 9. November 2020 – 68 Seiten / 5,40 €

6/21 – **Das gefühlte Corona – Erfahrungen mit der Pandemie und die Folgen für die kirchliche und diakonische Praxis** (Digitale Tagung der Evangelischen Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi), 16.-17. November 2020) – 36 Seiten / 4,30 €

7/21 – **Sterbehilfe (1)** – Die Diskussion über mögliche Suizidassistenten in kirchlich-diakonischen Einrichtungen
40 Seiten / 4,30 €

8/21 – **Interreligiöse Solidarität im Dienst einer verwundeten Welt.** Ein christlicher Aufruf zum Nachdenken und Handeln während der Corona-Krise und darüber hinaus (Gemeinsame Veröffentlichung des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog und des Ökumenischen Rates der Kirchen) – **Empathie braucht sich nicht auf.** Erinnerung und Gegenwart in Zeiten von Covid19 (Kanzelrede der Evangelischen Akademie Tutzing von Dr. Mirjam Zadoff, 11. Oktober 2020)
20 Seiten / 2,80 €

9/21 – Digitale Synodentagung 2020 (4) **7. verbundene Tagung der 12. Generalsynode der VELKD, der 3. Vollkonferenz der UEK und der 12. Synode der EKD**, 6. bis 9. November 2020 – 36 Seiten / 4,30 €

10/21 – **»Gemeinsam am Tisch des Herrn«** (Texte zur Debatte um das Papier des Ökumenischen Arbeitskreises evangelischer und katholischer Theologen zum gemeinsamen Abendmahl) – 40 Seiten / 4,30 €

11/21 – **Digital – parochial – global?! Ekklesiologische Perspektiven im Digitalen (2)** (Workshopreihe der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Kooperation mit der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Evangelischen Akademie der Pfalz / Workshop II – Abendmahl, 29. Januar 2021, digital) – 28 Seiten / 3,60 €

12/21 – **Letzter »Bericht über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse« von Präses Manfred Rekowski / Impulspapier »Lobbyistin der GOTT-Offenheit. Zum öffentlichen Auftrag und Auftreten einer Minderheitskirche«** (Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland) – 32 Seiten / 4,30 €

13/21 – **Das Netz trägt auch durch schwere Zeiten. Möglichkeiten und Formen von Seelsorge und Beratung online – Mehr digitale Souveränität gewinnen IX** (Evangelische Akademie im Rheinland, 27. November und 2. Dezember 2020, digital) – 32 Seiten / 4,30 €

14-15/21 – **100 Jahre evangelische Landeskirche in Thüringen** (Beiträge einer Tagung der Evangelischen Akademie Thüringen in Kooperation mit der Gesellschaft für Thüringische Kirchengeschichte e.V. und dem Landeskirchenarchiv der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland vom 6.-7. November 2020 im Zinzendorfhaus Neudietendorf sowie des Festgottesdienstes der EKM in der Georgenkirche Eisenach am 8. November 2020) – 108 Seiten / 7,60 €

16/21 – **Wohnungslosigkeit – eine sozial- und wohnungspolitische Herausforderung** (Texte aus Diakonie und Sozialforschung) – 52 Seiten / 5,30 €

17/21 – **Atomare Abschreckung, künftige Kriegsführung sowie Bedeutung des Wirtschaftssystems für Nachhaltigkeit** (Online-Studientag der Ökumenischen Konsultation Gerechtigkeit und Frieden (ÖKGF) und der Evangelischen Akademie im Rheinland, 22. November 2020) – 40 Seiten / 4,30 €

18/21 – **Sport und Gewalt**. Dritter Sportethischer Fachtag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Evangelische Akademie Frankfurt, 10. März 2021
44 Seiten / 4,90 €

19/21 – **500 Jahre Reichstag in Worms (1)**
Auftakt des Jubiläums vom 16. bis 18. April 2021:
Digitaler Festakt, Multimedia-Installation, Fernsehgottesdienst – 20 Seiten / 2,80 €

20/21 – **Ethik der Digitalisierung in evangelischer Perspektive** (Vortragsreihe einer Online-Tagung, Evangelische Akademie Loccum, Januar/Februar 2021)
24 Seiten / 3,60 €

21/21 – **500 Jahre Reichstag in Worms (2)**
Gewissen – Luther, Worms und die Folgen: Online-Tagung der Ev. Akademie Hofgeismar am 12./13. Februar 2021 – 28 Seiten / 3,60 €

22/21 – **Digitale Synodentagung 2021** 1. verbundene Tagung der 13. Generalsynode der VELKD, der 4. Vollkonferenz der UEK und der 13. Synode der EKD, 6. bis 8. Mai 2021 – 40 Seiten / 4,30 €

23/21 – **3. Ökumenischer Kirchentag (1)**
Eröffnungsgottesdienst, Gedenken zu Beginn, Festveranstaltung, Bibelarbeiten (Frankfurt am Main, 13. bis 16. Mai 2021) – 36 Seiten / 4,30 €

24/21 – **Gedenken an Corona-Opfer: Ökumenischer Gottesdienst und Staatsakt**, Berlin, 18. April 2021 – **Ökumenischer Gottesdienst zur bundesweiten Eröffnung der Woche für das Leben** – »Leben im Sterben«, Augsburg, 17. April 2021 – **Jubiläum »1700 Jahre freier Sonntag«** – 24 Seiten / 3,60 €

25/21 – **Digital – parochial – global?! Ekklesiologische Perspektiven im Digitalen (2)** (Workshopreihe der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Kooperation mit der Evangelischen Akademie im Rheinland und der Evangelischen Akademie der Pfalz / Workshop III – Amt und Gemeinschaft, 9. April 2021, digital) – 28 Seiten / 3,60 €

26/21 – **4. Elbe-Symposium »Der Fluss trägt die Last«**
27. März 2021, digitale Veranstaltung der Ev. Akademie Sachsen-Anhalt und der Ev. Landeskirche Anhalts
48 Seiten / 4,90 €

27/21 – **Evangelische Akademien: Streiten lernen und Brücken bauen – Demokratieförderung in Vergangenheit und Zukunft** Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll, digital, 26.-27. März 2021
60 Seiten / 5,30 €

Der Informationsdienst **epd**-Dokumentation (ISSN 1619-5809) kann im Abonnement oder einzeln bezogen werden. Pro Jahr erscheinen mindestens 50 Ausgaben.

Bestellungen und Anfragen an:
GEP-Vertrieb
Tel.: (069) 58 098-225.
E-Mail: kundenservice@gep.de
Internet: <http://www.epd.de>

Das Abonnement kostet monatlich 31,15 € inkl. Versand (mit Zugang zum digitalen Archiv: 36,25 €). E-Mail-Bezug im PDF-Format 29,40 €. Die Preise für Einzelbestellungen sind nach Umfang der Ausgabe und nach Anzahl der Exemplare gestaffelt.

Die Liste oben enthält den Preis eines Einzelexemplars; dazu kommt pro Auftrag eine Versandkostenpauschale (inkl. Porto) von 2,50 €.

epd-Dokumentation wird auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.